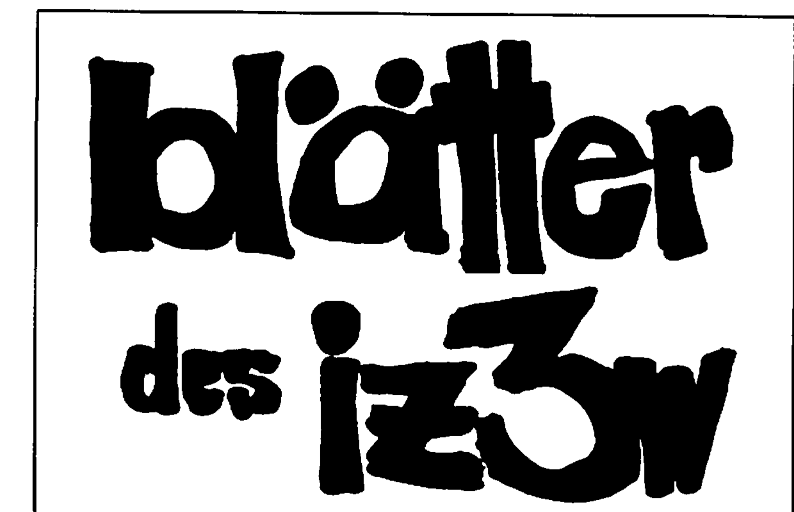
Nr. 167 August 1990




DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

# 500 Jahre Kolonialismus



# Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Klaus Schreiner, Jörg Späler, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187
Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: 55,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)
**Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,50,- (zuzügl. Porto)**
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
**Redaktionsschluß für Nr. 168:**
14.08.1990
**Anzeigenschluß für Nr. 169:**
(Druckfertige Vorlagen) 21.08.1990

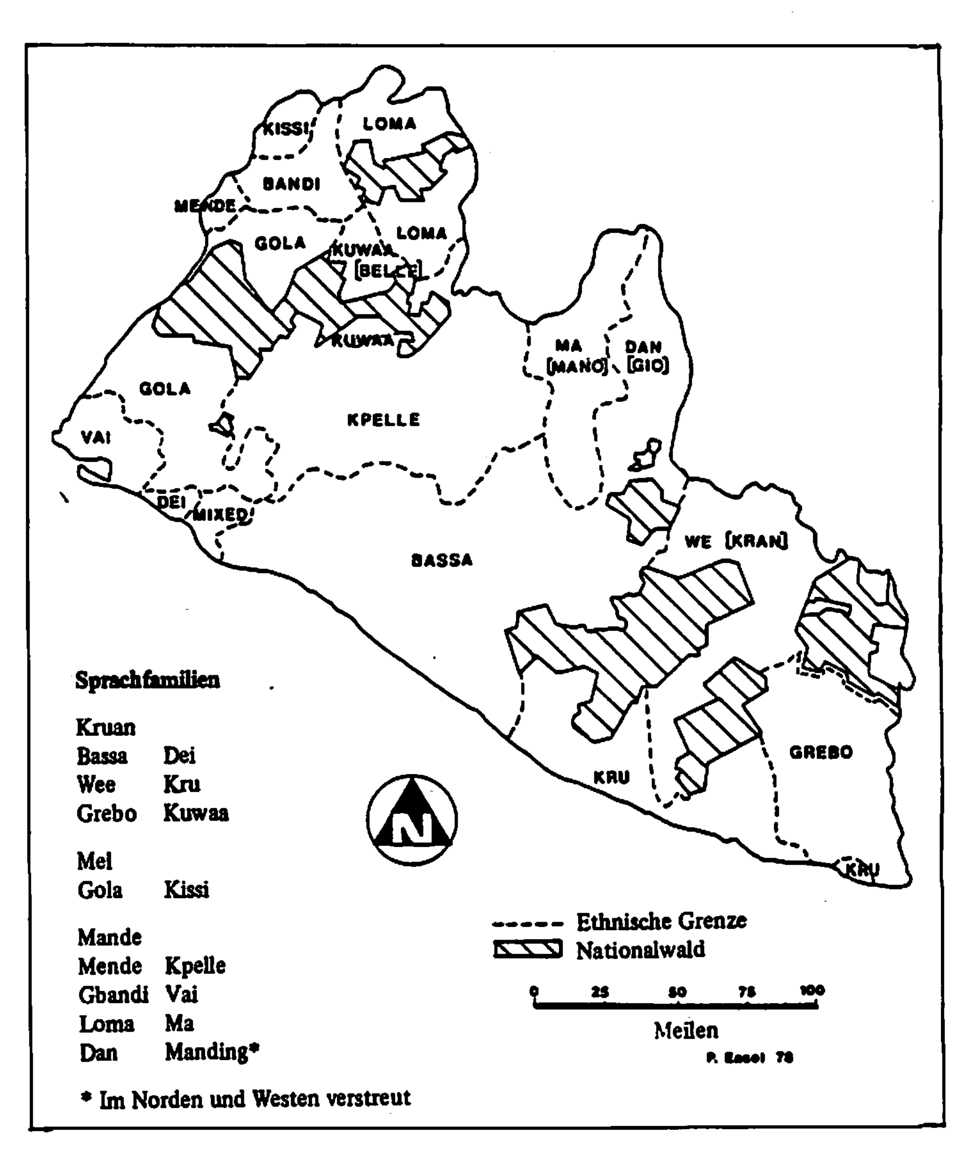


# Inhaltsverzeichnis

# Schrecken mit Ende?

## Monrovia bald vom Tyrannen befreit

**Seit Weihnachten 1989 tobt in Liberia ein blutiger Bürgerkrieg, der nicht enden wird, bevor der verhaßte Präsident Samuel Doe seine Sachen gepackt und Monrovia verlassen hat. Doch diese Befreiung des Landes vom Tyrannen steht kurz bevor und hat vielleicht schon stattgefunden, wenn dieses Heft die LeserInnen erreicht.**
**Samuel Doe, der sich im April 1980 an die Macht putschte, war für viele Liberianer zunächst ein großer Hoffnungsträger. Er setzte der korrupten und undemokratischen Herrschaft der ameriko-liberianischen Elite, die sich aus den Nachfahren der aus den USA stammenden Gründungsväter des ältesten unabhängigen afrikanischen Staates (1847) rekrutiert, ein Ende. Doch Korruption und Repression, die Übel, die Doe zu beseitigen versprach, hat er in den zehn Jahren seiner Regierung auf die Spitze getrieben.**




Mitte Juli 1990 scheinen die Stunden des Präsidenten gezählt. Fast alle Minister der noch offiziell amtierenden Regierung haben ihren Rücktritt erklärt und sind geflohen. Nachdem Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Regierung Doe und den Rebellen der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) im Juni in Freetown abgebrochen wurden, hat die NPFL die Hauptstadt Monrovia eingenommen und steht unmittelbar vor dem Präsidentenpalast.
Die Versorgungslage in der Hauptstadt, die während der letzten Monate durch den Flüchtlingsstrom aus den Kampfgebieten auf ein Vielfaches ihrer normalen Bevölkerungsstärke angewachsen war, ist äußerst ernst. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, die Strom- und Wasserversorgung ist seit Anfang Juli zusammengebrochen. In den Flüchtlingscamps der Stadt besteht akute Seuchengefahr. In der Hafenstadt Buchanan, der für Wochen umkämpften zweitgrößten Stadt des Landes, sind bereits Menschen an Hunger gestorben. Die Hälfte der Landesbevölkerung, so wird geschätzt, lebt mittlerweile als Flüchtlinge, entweder in den Nachbarländern Elfenbeinküste, Guinea und Sierra Leone oder in Liberia selbst. Nach einem halben Jahr Bürgerkrieg ist das Land endgültig ruiniert. Die diesjährige Reisernte in weiten Teilen des Landes wird als Folge des Krieges ausfallen, eine Hungersnot droht. Man wartet nur noch, daß Doe endlich in seinem noch im Januar gekauften Präsidentenjet, einer Boing 707, ins Ausland flieht, damit wenigstens die Chance besteht, das Blutvergießen zu beenden.



Doe kurz nach der Machtübernahme 1980

Der Krieg begann, als Weihnachten 1989 ca. 200 Soldaten der bis dahin völlig unbekannten NPFL, in erster Linie Angehörige der Ethnien Dan und Mano, unter Führung eines Charles Taylor von der Elfenbeinküste aus in den Nordwesten Liberias, nach Nimba County, dem Hauptwohnsitz der Dan und Mano, einmarschierten, mit dem erklärten Ziel, nach Monrovia vorzustoßen, um Samuel Doe zu stürzen. Die Regierung reagierte sofort, verhängte den Ausnahmezustand über die Region und entsandte Truppen dorthin, die — anfangs noch begleitet von us-amerikanischen Militärberatern — ein furchtbares Blutbad unter der Zivilbevölkerung anrichteten. Flüchtlinge berichteten, wie die Regierungssoldaten mehrere Ortschaften nahe der Grenze zur Elfenbeinküste vollkommen zerstörten. Ganze Straßenzüge wurden niedergebrannt, „auf der Suche nach versteckten Rebellen" wahllos Menschen, auch Kinder und schwangere Frauen, bestialisch ermordet. 125 Kleinkinder im Alter von bis zu 7 Jahren, die nicht alleine in den Busch fliehen konnten und in den überfallenen Dörfern zurückblieben, wurden Recherchen einer amerikanischen Menschenrechtsorganisation zufolge auf Lastwagen nach Monrovia transportiert und sollen dann in der Nähe der Hauptstadt in Massengräbern lebendig begraben worden sein.

Obwohl zunächst nur in Nimba gekämpft wurde, kam es auch in Monrovia und in anderen Städten zu Verhaftungen, Morden und Überfällen auf ganze Stadtviertel. So wurden Ende Mai in Monrovia Dan- und Mano-Soldaten der regulären Armee ermordet aufgefunden, mit abgeschnittenen Köpfen, Gliedmaßen und Geschlechtsteilen. Zur „Identifizierung" veröffentlichten daraufhin die Zeitungen die Fotos von diesen Toten.

Erst diese beispiellose Bestialität der Regierungssoldaten hat die Söldnertruppe von Charles Taylor zu einer mehrere tausend Männer und Frauen starken, mittlerweile wohl Angehörige aller liberianischen Ethnien umfassenden „Volksarmee" anschwellen lassen. So berichtet ein Anfang Mai von der NPFL vorübergehend gefangengenommener deutscher Journalist über seine Erlebnisse während seines Marsches durch das entvölkerte Kampfgebiet: „Nach wenigen Kilometern begreifen wir *mit* einem Schlag besser, wie aus apolitischen Bauern wild entschlossene Rebellen werden können: ein beißender Geruch verschlägt uns plötzlich den Atem, dann sehen wir die halbverwesten Leichen von drei Bäuerinnen vor uns liegen." Zehn Tage vorher waren diese Bäuerinnen mit fünf anderen Frauen aus einem Flüchtlingslager in Guinea aufgebrochen, um zu versuchen, von ihren Farmen in Liberia Reis zu holen. Nur eine der acht Frauen kehrte zurück und berichtete, wie sie liberianischen Soldaten in die Hände gefallen waren.

Daß es der gut ausgerüsteten NPFL, deren ursprüngliche Einheiten anscheinend in Libyen ausgebildet worden waren, schließlich möglich war, systematisch in Richtung Monrovia vorzustoßen, lag auch daran, daß die US-Regierung sich nach anfänglicher Unterstützung nun endgültig von Doe distanzierte und keine weitere Hilfe mehr nach Monrovia schickte. Nachdem es seit Mai klar schien, daß ein Sieg des 42jährigen Charles Taylor nur noch eine Frage der Zeit sein würde, haben auch andere Regierungen und ausländische Unternehmen, die in Liberia tätig sind, Kontakt zur NPFL aufgenommen.

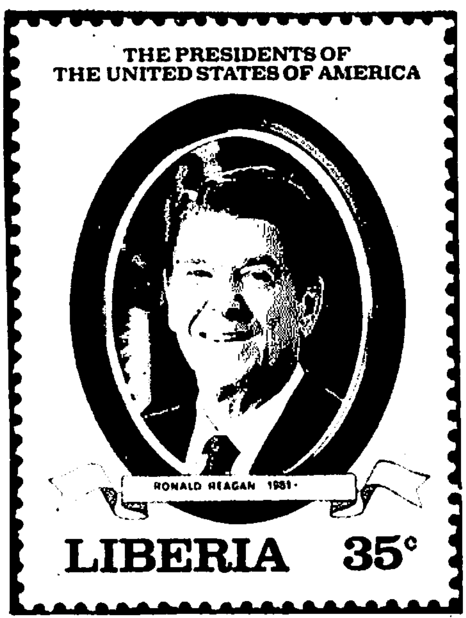
In der internationalen Berichterstattung der letzten Monate wurde immer wieder das Bild einer ethnisch begründeten Auseinandersetzung kolportiert. In der Tat erscheint der Konflikt zur Zeit ethnisch polarisiert, konzentriert auf die mehrheitlich in Nimba County lebenden Dan und Mano einerseits und auf der anderen Seite die Krahn-Ethnie, der der Präsident Doe angehört, sowie die Mandingo. Die Mandingo stammen meist ursprünglich aus Guinea, sind Moslems und spielen als Zwischenhändler eine bedeutende ökonomische Rolle in Liberia. Den Mandingo wurde nach 1985 die Unterstützung der Regierung Doe vorgeworfen.

Krahn und Mandingo werden zunehmend Opfer von — nicht weniger blutigen — Racheakten der Rebellenarmee, und nach dem Sturz Does wird Taylor seine Durchsetzungsfähigkeit und Integrität beweisen müssen, wenn es darum geht, einen Genozid an den Krahn zu verhindern als späte Vergeltung für das Unrecht, das unter der zehnjährigen Doe-Herrschaft an der liberianischen Bevölkerung begangen wurde. Der abwertende Begriff des „Tribalismus" verwischt aber allzu leicht die Tatsache,

daß Doe mit Patronage und einer systematischen Politik der Ethnisierung von Staat, Bürokratie und Armee eine Polarisierung und Feindschaft zwischen den afro-liberianischen Ethnien gezielt als herrschaftspolitisches Instrument eingesetzt hat. Der Konflikt zwischen den Dan und Mano auf der einen, den Krahn auf der anderen Seite und eine Konzentration der innerliberianischen Opposition auf die Region Nimba trat spätestens Ende 1985 deutlich zu Tage, nachdem nach einem gescheiterten Putschversuch des aus Nimba stammenden Thomas Quiwonkpa Regierungstruppen in dieser Region ein Massaker anrichteten, dem mehrere tausend Menschen zum Opfer fielen. Bei der berechtigten Betonung der ethnischen Komponente des Krieges wird allerdings kaum berücksichtigt, daß sich mittlerweile Angehörige aller 17 liberianischen Ethnien, auch der Krahn, den Rebellen angeschlossen haben, und der Konflikt schon lange weniger als interethnischer Krieg denn tendenziell als Kampf der großen Mehrheit der Bevölkerung gegen einen verhaßten Präsidenten und dessen Gefolgsleute erscheint.

## Doe: Vom Hoffnungsträger zum Alptraum

Begleitet vom Jubel der großen Mehrheit der Bevölkerung hatten sich im April 1980 Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade der liberianischen Armee blutig an die Macht geputscht und das korrupte und undemokratische Einparteienregime der Ameriko- Liberianer, den Nachfahren der aus Amerika stammenden Gründungsväter des Staates Liberia, abgesetzt. Das Ende eines jahrzehntewährenden Wirtschaftsaufschwunges nach der Ölkrise 1973/74 sowie das Erstarken linker Oppositionsströmungen in den 70er Jahren hatten das ehemalige afrikanische Musterland politischer — prowestlicher — Stabilität nachhaltig zerrüttet.
Die Putschisten, von denen einige den linken Bewegungen nahestanden, setzten die alte Verfassung von 1847 außer Kraft, bildeten einen fortan durch Dekrete regierenden Militärrat, das Peoples' Redemption Council (PRC), und beriefen exponierte Vertreter der wichtigsten ehemaligen Oppositionsbewegungen, MOJA und PPP, in die neue Regierung. Unter deren Einfluß trugen die ersten politischen Erklärungen der neuen Regierung deutlich sozialreformerische Züge und beinhalteten moderate Forderungen nach Reduktion des politischen Einflusses der USA und der wirtschaftlichen Vormachtstellung ausländischer Unternehmen. Doch bereits im ersten Jahr der Militärdiktatur wurde sichtbar, daß es Doe mit solchen politischen Ansprüchen seiner Regierung nicht besonders ernst war. Was anfangs aus Legitimationsgründen politisch opportun war, um sich der Unterstützung der breiten Massen zu versichern, entpuppte sich bald als nachteilig bei den Bemühungen, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland zu erhalten.
Aufgrund der prekären ökonomischen Situation und der damit einhergehenden politischen Erpreßbarkeit konnten sich die USA denn auch mit einer Verfünffachung der Wirtschaftshilfe relativ schnell wieder die Loyalität ihrer Quasi-Kolonie erkaufen. Die höchste Pro-Kopf-Hilfe in Afrika, mehr als $600 Mill. zwischen 1980 und 1987, ließen es sich die USA kosten, den liberianischen Staat von linken Kräften gesäubert zu wissen und sich auch in den 80er Jahren ungehinderten Zugang zu den Rohstoffressourcen und den strategischen Einrichtungen im Land zu bewahren.
Finanziert wurde damit auch der Ausbau eines brutalen Repressionsapparates, mit dem Doe nicht nur Verwaltung und Regierung relativ schnell von allen demokratischen Kräften säuberte, sondern nach und nach und dann immer wieder sich auch all jener Kräfte in Staat und Armee entledigte, die seinem bald deutlich werdenden Anspruch auf Alleinherrschaft im Wege standen.
Sein Regime hinterläßt nach zehn Jahren eine breite Blutspur. Viele der ehemaligen Mitputschisten und Mitglieder des PRC wurden verhaftet und ermordet, meistens,



Als Dank für die höchste US-Pro-Kopf-Hilfe in Afrika

weil sie angeblich in einen Umsturzversuch verwickelt gewesen seien. Ständigen Einschüchterungen, Verfolgungen, Festnahmen, Folterungen, Morden und Vertreibungen ins Exil waren auch oppositionelle Politiker ausgesetzt, von denen viele heute in den USA oder in Europa leben. Studentenorganisationen und Gewerkschaften wurden verboten. Nichtregierungstreue Presseorgane wurden immer wieder zensiert, verboten und schikaniert, Journalisten verhaftet, gefoltert und wenigstens einer umgebracht. In einem zunehmend antiintellektuellen Klima wurden besonders die Mitglieder der Intelligenz Opfer der Repression. 1984 wurden nach einer Studentendemonstration zur Freilassung inhaftierter Professoren der Universitätscampus von Soldaten gestürmt und verwüstet und mehr als 50 Studentinnen und Studenten ermordet.
Neben paramilitärischen und Spezialeinheiten, z.T. vom israelischen Geheimdienst trainiert, bildeten die Ethnisierung von Verwaltung und Armee, die überproportionale Besetzung wichtiger Posten mit Angehörigen der nur vier Prozent der Landesbevölkerung stellenden Krahn-Ethnie, sowie ein ausgeklügeltes Patronagesystem, in dem opportunistischen Günstlingen Teilhabe an den Pfründen der einträglichen weil korrupten Verwaltungmaschinerie geboten wurde, die Voraussetzung zum Machterhalt. Solche, die in Ungnade fielen, beispielsweise auch der heutige Führer der NPFL Charles Taylor im Jahre 1983, wurden kurzerhand der Korruption oder Unterschlagung bezichtigt und günstigstenfalls degradiert oder entlassen, schlimmstenfalls ermordet.
Im Ränkespiel um die Macht hat Doe, der lange vor allem im Ausland von vielen unterschätzt wurde, ein erstaunliches Talent entwickelt. Ein diesbezügliches Meisterstück sind auch die Wahlen 1985 und die Einsetzung einer Verfassung im Januar 1986. Durch unzählige, gut dokumentierte Manipulationen, Einschüchterungen und Terrorakte gelang es ihm, bereits im Vorfeld des Wahlkampfes wichtige und für ihn gefährliche Oppositionsparteien zu verbieten und deren Führer kaltzustellen. Als sich im Oktober 1985 dann doch eine Wahlniederlage seiner eigenen Partei NDPC abzeichnete, gingen Wahlurnen in Flammen auf und erst zwei Wochen später wurde das offizielle Ergebnis bekanntgegeben: 50,9% für Doe.
Doch die Macht der Gewehrläufe regierte auch unter der „Zivilregierung" weiter. Der bis dahin vorläufige Höhepunkt staatlichen Terrors ereignete sich nach dem mißglückten Putschversuch des ehemaligen Armeechefs und 1983 in Ungnade gefallenen Thomas Quiwonkpa, als Regierungssoldaten tausende von Zivilisten in Monrovia und in Quiwonkpas Heimatregion Nimba grausam niedermetzelten. Den Kern der National Patriotic Front im Dezember 1989 bildeten Liberianer, die dem Massaker 1985 durch Flucht ins Ausland entkommen waren.

## Wirtschaftlicher Ruin und Korruption

Die Herausbildung einer Diktatur Does, gekennzeichnet durch ethnische Polarisierung und Militarisierung des täglichen Lebens, fand vor dem Hintergrund eines beispiellosen wirtschaftlichen Niederganges des Landes statt, der sicherlich das Ende der Regierung Doe beschleunigt hat. Wie in allen afrikanischen Ländern hatte auch die vom Export weniger Rohstoffe abhängige liberianische Wirtschaft stark unter dem globalen Rohstoffpreisverfall und einer Verschuldungskrise zu leiden. Die Konsequenzen der politischen Destabilisierung 1980, Kapitalflucht und Deinvestitionen ausländischer Unternehmen, sowie die Verstaatlichung der wichtigsten einheimischen Industriebetriebe nach 1980, taten

ein übriges, den Devisen- und Staatshaushalt des Landes zu erschüttern. Mehrere Stand-By-Abkommen mit dem IWF und insgesamt fünf multilaterale Umschuldungsabkommen von 1980 bis 1984 konnten keine Verbesserung der prekären Zahlungsbilanz des heute mit ca. 1,6 Mrd.verschuldeten Landes herbeiführen. Offiziell aufgrund kumulierter Zahlungsrückstände, sicherlich aber auch verursacht durch das unerhörte Mißmanagement in Staat und Verwaltung, erklärte der IWF Liberia im Januar 1986 für zahlungsunfähig. Diesem Verdikt folgte der Rückzug praktisch aller anderen bi- und multilateralen Geber, lediglich die USA finanzierten bis 1989 ihren Schützling weiter.

Je knapper die Ressourcen, desto unlauterer wurde der Verteilungskampf. Korruption und persönliche Bereicherung derjenigen, die an den Schaltstellen der Macht saßen, nahmen immer mehr zu. Die große Mehrheit der Bevölkerung hatte die Zeche zu bezahlen. Während Doe, der schmächtige Unteroffizier von 1980, immer korpulenter wurde, halbierte sich das Pro-Kopf-Einkommen der ca. 2,5 Mill. Einwohner.

Niemand weiß, wieviele Millionen Dollars allein Doe persönlich in den vergangenen Jahren ins Ausland geschafft hat; diese Millionen fehlten aber dringend, als Entwicklungsprojekte zum Stillstand kamen, weil die Regierung ihren Verpflichtungen dort nicht mehr nachkommen konnte, als öffentliche Bedienstete monatelang keine Gehälter mehr bezahlt bekamen und das Bildungs- und Gesundheitswesen zusammenzubrechen drohte, als Straßen immer schwerer passierbar wurden, weil kein Geld für Wartung mehr da war, usw.

## Die schlauen Geschäfte des Herrn Präsidenten

Korruption und Gesetzlosigkeit haben indes ganz neue Blüten getrieben. Zunächst verfeinerten sich die Methoden der Aneignung liberianischer Ressourcen durch die Machthaber. Ein diesbezügliches Glanzstück, wenngleich es nur eines von vielen Beispielen ist, stellte 1989 die „Konsolidierung" der Liberian Petroleum Refining Company (LPRC) dar. Dieser Staatsbetrieb, in dessen diverse Korruptionskandale schon in den vergangenen Jahren führende liberianische Persönlichkeiten verstrickt waren und der schon lange privatisiert werden sollte, teilte sich mit anderen, privaten Handelsgesellschaften den Import und Vertrieb von Ölerzeugnissen. 1989 nun wurde plötzlich der gesamte liberianische Ölimport (Umsatzvolumen ca. 120 Mill $ jährlich) in den Händen der LPRC monopolisiert. Die im Zuge dieses Deals gleichzeitig neu eingesetzte Geschäftsleitung zeichnete daraufhin mit einer neu gegründeten privaten Gesellschaft, der Liberian National Petroleum Company (LNPC), einen Kontrakt, der die LNPC zum alleinigen Lieferanten der LPRC machte. Die — staatliche — LPRC überließ über einen Leasing-Vertrag der — privaten — LNPC dabei Lager-, Ausrüstungs- und Maschinenanlagen und damit praktisch das Monopol über den liberianischen Markt. Zufälligerweise gehörte die LNPC Samuel Doe, seinem damals neuen Finanzminister Shaw und einem weiteren Geschäftsmann.

Weiterhin erlebt Liberia seit einigen Jahren, parallel zur tendenziellen Abkoppelung vom offiziellen Weltmarkt (sinkende Exportmengen, viele traditionelle Investoren, auch multinationale Unternehmen, haben das Land verlassen) einen neuen Boom ausländischer Investitionen spekulativen Typs. Das Kapital fließt in die Kautschukproduktion und in die schnellen Gewinn versprechenden Branchen Bau, Banken- und Holzwirtschaft und profitiert dabei von der chaotischen und willkürlichen Handhabung staatlicher Regulative, durch die ein Investor jede Lizenz, jede Konzession bekommen und jede Steuer oder sonstige Abgabe umgehen kann, wenn er nur die richtigen Leute an der richtigen Stelle schmiert. Hohe Gewinnspannen sind überdies dort zu erwarten, wo ein Investor durch Außenhandelslizenzen Zugang hat zu US-Dollars der Nationalbank zum offiziellen Preis, der auf dem blühenden Schwarzmarkt um ein Vielfaches überboten wird. Doe persönlich und etliche Minister sollen ebenfalls an einigen dieser Investitionen beteiligt sein. Ein Teil dieser neuen ausländischen Gelder stammt stichhaltigen Indizien zufolge aus dem internationalen Drogenhandel und wird, erleichtert durch die Tatsache, daß Liberia immer noch den US-Dollar als gültige Währung verwendet, durch solche Investitionen in Liberia „gewaschen". Doe kamen diese neuen Geschäftsverbindungen nur gelegen. Sie waren für ihn persönlich äußerst einträglich und ermöglichten es ihm überdies, das Versiegen offizieller Finanzströme aus dem Ausland zu kompensieren.

## Druck von außen

Die vielen politischen Gefangenen in den Gefängnissen Liberias legen Zeugnis ab vom anhaltenden Widerstand innerhalb der Bevölkerung gegen die kleptokratische Alleinherrschaft des Präsidenten. Und ohne die großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA hätte sich das Regime niemals so lange an der Macht halten können. Schon seit längerem gab es auch in den USA Widerspruch gegen die fortwährende Stützung Does. Verschiedene Male wies der Kongreß auf Menschenrechtsverletzungen und eklatante Mißwirtschaft hin und forderte das State Department zu einer härteren Gangart gegenüber Liberia auf. Selbst die Weltbank und der IWF, wenn auch weniger aus altruistischen Gründen, übten vorsichtige Kritik an der amerikanischen Liberia-Politik. Die Drohung des IWF im Frühjahr dieses Jahres, Liberia als erstes Land überhaupt aus dem Fonds auszuschließen, wird sicherlich auch an die Adresse der USA gerichtet gewesen sein.

Auch unter den ca. 100.000 Exilliberianern in den USA hatte sich während der letzten Jahre der Widerstand neu formiert. In der Association for Constitutional Democracy in Liberia (ACDL) hatten sich ehemals zerstrittene Oppositionsgruppen mit dem Ziel zusammengefunden, durch Sensibilisierung der internationalen Öffentlichkeit und Druck auf die us-amerikanische Außenpolitik einen demokratischen Ablauf der für 1991 vorgesehenen Wahlen zu ermöglichen. Ihre Strategie ist durch den Einmarsch der NPFL-Truppen vorerst vereitelt. Obwohl der wegen seiner Vergangenheit höchst umstrittene Charles Taylor in verschiedenen Interviews unmißverständlich klar gemacht hat, daß er nach einem möglichen Sieg nicht gedenkt, seine Macht schnell wieder abzugeben, haben einige ACDL-Mitglieder offen mit Taylor sympathisiert. Eine der ältesten und wichtigsten Oppositionsströmungen Liberias, die Movement for Justice in Africa (MOJA), bemühte sich hingegen seit Monaten, durch internationale Lobbyarbeit Does Rücktritt und die Installierung einer Interimsregierung mit dem Ziel der Vorbereitung freier Wahlen zu bewirken. Die jüngsten unmißverständlichen Verbalattacken von Taylor gegen MOJA geben in der Tat Anlaß zu der Befürchtung, daß nach einem Sieg der NPFL der Kampf um demokratische Verhältnisse in Liberia noch lange nicht ausgestanden sein wird.

**Jutta Franz**

**Weitere Information über Liberia Working Group, Grubenbacherstr., 6315 Mücke.**


Ausgewählte Literatur:

Fuest, Veronika und Salonek, Christina (Hrsg.): Liberia — Leben wo der Pfeffer wächst (Buch zur Ausstellung im Übersee-Museum Bremen). Bremen: Liberia Working Group 1989.

Kappel, Robert, Korte, Werner und Mascher, Friedegund (Hrsg.): Unterentwicklung und politische Herrschaft in einer peripheren Gesellschaft. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde 1986.

Liebenow, J. Gus: Liberia. The Quest for Democracy. Bloomington and Indianapolis: Indiana University Press 1987.

Menschenrechtsverletzungen in Liberia, 1980-1990. Eine Dokumentation. Hrsg. von R. Kappel und W. Korte. Bremen: Liberia Working Group und IZA 1990.

Sawyer, Amos: Effective Immediately. Dictatorship in Liberia, 1980-1986. A Personal Perspective. Bremen: Liberia Working Group 1987.

# Kein klarer Sieg

## Streik mobilisiert Ultrarechte

**Der Streik, zu dem der neugegründete Gewerkschaftsdachverband (Nationale Arbeiterfront FNT) aufgerufen hatte, endete mit einem Erfolg der ArbeiterInnen. Das Abkommen, das Gewerkschaft und Regierung am 12.7. unterzeichneten, sieht eine 43 prozentige Lohnerhöhung vor und enthält weitere ökonomische Zusagen, die allerdings weit hinter den aufgestellten Forderungen zurückbleiben. Auch den LandarbeiterInnen macht es ein wichtiges Zugeständnis : das umstrittene Dekret 10-90, das die Rückgabe enteigneter Ländereien an die früheren Besitzer ermöglicht, soll nicht weiter angewandt werden.**
**Der Streik, der der Regierung die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen vor Augen geführt hat, zeigt aber auch ganz deutlich, über welche Mobilisierungskräfte die Ultrarechten verfügen und wie schnell sie das Land an den Rand eines Bürgerkriegs bringen können.**



**Streikende ArbeiterInnen vor einer Barrikade in Managua**

Der nicaraguanische Ex-Außenminister Miguel d'Escoto, der am 4.7. zu einer Solidaritätsveranstaltung nach Hamburg gekommen war, sieht die Ursachen für die Streikwelle in dem harten wirtschaftspolitischen Kurs, zu dem die Chamorro-Regierung von den USA gezwungen wird. Dabei geht es um die von der US-Regierung versprochenen und vom Kongreß am 24.5. freigegebenen 300 Mio. Dollar. Zu den Auflagen, an die diese Gelder gebunden sind, zählen :
- die Privatisierung des gesamten öffentlich-staatlichen Sektors,
- die Streichung sämtlicher Subventionen,
- die Reduzierung der Staatsausgaben für den Sozial- und Erziehungsbereich.

Massenentlassungen von LehrerInnen und von Personal im Gesundheitsbereich sowie die Aufhebung von Subventionen für den Transport für SchülerInnen, StudentInnen und LehrerInnen und für die verschiedenen Bereiche der gesundheitlichen Versorgung waren die ersten spürbaren Folgen der verordneten Kürzungen.
Die von den USA geforderte Privatisierung versuchte die Regierung zuerst in der Landwirtschaft umzusetzen. Dazu erließ sie das Dekret 10-90, das alle ineffizient arbeitenden Staatsbetriebe zur Reprivatisierung freigibt. Weil dieses Dekret an der in der Verfassung verankerten Agrarreform rüttelt, hätte es von der Nationalversammlung mit einer 2/3 Mehrheit verabschiedet werden müssen. Aber die war nicht zu haben und so erließ die Regierung das Dekret an der Nationalversammlung vorbei. Ein klarer Verfassungsbruch.
Zu den ersten Rückgaben, die der Landwirtschaftsminister Roberto Rondon laut Nuevo Diario vom 18.6. bereits formell vollzogen hat, gehören auch La Paz del Tuma und La Colonia, zwei Staatsländereien, die von der deutschen Solidaritätsbewegung seit Jahren sowohl durch Brigadeneinsätze als auch finanziell unterstützt werden. Rondon kündigte gleichzeitig an, daß er die „unrechtmäßig konfiszierten" alten Kaffeehaziendas wieder ihren „rechtmäßigen" Eigentümern zurückerstatten wolle. In La Paz del Tuma ist eine der

modernsten Kaffeeverarbeitungsanlagen kurz vor der Fertigstellung.
Dieses Dekret richtet sich direkt gegen die Errungenschaften der Revolution. Die wichtigste Forderung der Streikenden auf dem Land war daher seine Rücknahme. Mit Grund befürchteten die Kooperativen und Kleinbauern, daß der zweite Schritt ein Dekret sein würde, das die Rückgabe auch ihrer Ländereien an die früheren Besitzer ermöglicht. Das erklärt, warum die Mobilisierung für den Streik auf dem Land besonders stark war.
Eine weitere Forderung der Streikenden war neben der Sicherung des Arbeitsschutzgesetzes die Weiterfinanzierung der staatlichen Industriebetriebe, lief doch die Regierungspolitik darauf hinaus, diesen Bereich durch Nichtbelieferung oder die Vorenthaltung von Krediten langsam auszuhungern. Viele staatliche Industriebetriebe sind aus diesem Grund seit Wochen 'vorübergehend' dicht, womit ihre Ineffizienz bewiesen wäre.

## Der Streikverlauf

Der Streik begann bei den Angestellten des Öffentlichen Dienstes und bei den LandarbeiterInnen. Am Nachmittag des 4.7.90 wurden acht Gewerkschaftsführer von der Polizei 'vorgeladen'. Sofort konzentrierten sich die Streikenden vor dem Gebäude. Nach zwei Stunden waren die acht wieder frei.
Landesweit wuchs die Streikbewegung in Kürze auf über 80 000 Streikende an. Der Stufenplan des Gewerkschaftsverbandes sorgte für eine sich beständig ausweitende Mobilisierung. Sämtliche Repressionsandrohungen durch die Regierung, wie z.B. die vorübergehende Festnahme der GewerkschaftsführerInnen oder die Drohung, all diejenigen rauszuschmeißen, die am Montag, den 9.7. nicht zur Arbeit kämen, ließen die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen nur noch weiter anwachsen.
An diesem Montag war Managua zugepflastert mit Barrikaden. Alle wichtigen Kreuzungen waren blockiert, so daß der Verkehr völlig zum Erliegen kam. Brennende Autoreifen schufen eine Atmosphäre, die an einen Aufstand erinnerte.
Die Regierung Chamorro bot daraufhin den Streikenden als Antwort auf ihre Forderungen zunächst den Einsatz des Militärs an.

## Die Aufpeitscher aus dem rechten Sumpf

Der ultrarechte Unternehmerverband COSEP und seine Verbündeten, wie die Politiker um den Vizepräsidenten Godoy, die niemals entwaffnete Contra und die katholische Amtskirche nutzten diesen Konflikt für sich aus und stellten erneut die Machtfrage. In Verlautbarungen von COSEP wurde die Chamorro-Regierung massiv angegriffen — sie sei immmer noch von den Sandinisten kontrolliert und nicht in der Lage, das Land zu regieren. Über Radio Catolica, Radio Mundial und Radio Corporacion — den Radios, die schon immer Sprachrohre der Contra waren — wurde permanent aufgehetzt und die gewalttätige Einmischung in den Streik gefordert. Fünf Todesopfer und über 100 Verletzte sind das blutige Resultat dieser 'Einmischung'.

Die Aktivitäten COSEPs gipfelten in der Aufforderung an die US-Regierung, militärisch in diesen innernicaraguanischen Konflikt einzugreifen. Auch das christliche Gewissen dieser rechtsextremistischen Koalition, Kardinal Obando y Bravo, sprach sich in verschiedenen Radiosendungen für eine solche Intervention aus. Just zur selben Zeit, nämlich am 12.7. wurden im US-Bundesstaat Kalifornien, am Fort Ord, Sondereinsatztruppen der US-Streitkräfte in Alarmbereitschaft gesetzt. Fort Ord ist eine der US-Basen, die innerhalb der militärischen Strategie der US-Regierung als Ausgangspunkt für Einsätze in Lateinamerika genutzt werden. Die Truppen etwa, die in Panama einmarschierten, starteten von dieser Basis aus.
Die Nationale Arbeiterfront (FNT) zielte mit ihrem ganzen Vorgehen darauf ab, dieser Eskalationsstrategie der Ultrarechten, die zum Bürgerkrieg oder zur militärischen Intervention der USA führen könnte, die Basis zu entziehen. Die Streikhandlungen waren von Anfang an darauf abgestimmt, zwar die Lahmlegung der Arbeit zu erreichen, allerdings ohne das Eingreifen der Polizei herauszufordern. Und als Violeta Chamorro das Militär zum Abbau der Barrikaden herbeirief, nahmen die Streikenden die Sache selbst in die Hand, verlagerten die Barrikaden in die Barrios und bauten sie dort nur zum Teil wieder auf. Dennoch kam es zu Polizeieinsätzen, bei denen Tränengas verwendet wurde.
Radio Corporacion wurde am 12.7. durch einen Anschlag zerstört, nachdem es vorher längere Zeit belagert und dazu aufgefordert wurde, die Hetzkampagne einzustellen.

## Die Rolle der FSLN, Vermittlerin oder aktiver Part ?

Bei den Streiks im Mai verhielt sich die FSLN eher zurückhaltend bis vermittelnd. Die damals geschlossenen Abkommen sind denn auch bereits nach zwei Tagen von den Regierenden aufgeweicht worden. Es kam sukzessive zu Entlassungen, die versprochenen Lohnerhöhungen blieben hohle Worte. Währenddessen stieg der Preisverfall ins Gigantische, während die Löhne konstant blieben. Der Chamorro Clan versuchte mit Hilfe von verfassungswidrigen Dekreten, die Errungenschaften der Geschichte rückgängig zu machen.
Inzwischen fand der erste Delegiertenkongress der FSLN statt.
Ein Großteil der FSLN-Basis stellte klar, daß sie wenig Verständnis für befristete Allianzen mit der moderaten Chamorro-Clique habe. Es sei Aufgabe der FSLN, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.
Vielleicht als Ergebnis dieses Kongresses, vielleicht angesichts der sich zuspitzenden Situation hat die FSLN im jüngsten Streik ein Kommuniqué verabschiedet, das FSLN-Mitglieder und Sympathisanten dazu aufruft, an der Seite der Streikenden zu stehen und diese in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen. Dieses Kommuniqué wurde am 3.7. von Daniel Ortega verlesen.
Der ehemalige Außenminister Miguel d'Escoto sieht die Rolle der FSLN in diesem Konflikt darin, der Regierung klarzumachen, daß ihre Politik der Zugeständnisse an das ultrarechte Spektrum eine Zeitbombe beinhaltet, die jeden Augenblick explodieren und zum Sturz der Regierung führen kann.
Bei der Wahrnehmung einer solchen Vermittlerrolle darf die FSLN, d'Escoto zufolge, freilich nicht die gerechten Forderungen der Bevölkerung, in diesem Fall der Streikenden, aus dem Auge verlieren.
Was dies in der Konsequenz bedeutet, bleibt offen. Eine andere Aussage d'Escotos jedenfalls war eindeutig: Die FSLN könne gegenwärtig kein Interesse an einem Sturz der Regierung haben, denn dann wäre der Weg frei für die ultrarechte Godoy-Fraktion. Diese Position wurde während des Streiks auch von der FSLN-Führungsspitze immer wieder vertreten. So ist auch ein am 9.7. veröffentlichtes Kommuniqué der FSLN als Versuch zu werten, zu einer Deeskalation beizutragen.
Um als fortschrittliche Kraft glaubwürdig zu bleiben, darf die FSLN es allerdings nicht zulassen, daß die Regierung ihren harten wirtschaftspolitischen Kurs auf Kosten der Bevölkerung durchsetzt.

**AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas**

# Die Contra-Republik

Der 10. Juni 1990 war nach dem 25. Februar, dem Termin der vorgezogenen Wahlen, ein neues „magisches Datum“ in Nicaragua: an diesem Tag sollte die von den UNO-Truppen (ONUCA) kontrollierte Entwaffnung und Demobilisierung der Contras ihren Abschluß finden. Am Vorabend des großen Tages reiste die Präsidentin mit Kardinal Obando y Bravo nach El Almendro, wo sie in einem symbolischen Akt ein Dutzend Gewehre von Contrahäuptlingen entgegennahm, um dann Hand in Hand mit ihren „lieben Freunden vom nicaraguanischen Widerstand“ das Vaterunser zu beten. Der Kardinal feierte eine Messe, in der er die von den Contras erworbenen „Verdienste ums Vaterland“ lobte und viel von „Vergebung“ sprach, wobei nicht ganz klar wurde, ob er meinte, daß die Contras vergeben oder um Vergebung bitten sollten. Aber alles heilige Brimborium konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß von ca. 15.000 Contras erst ca. 11.000 (nach Angaben von ONUCA) ihre Gewehre abgeliefert haben, von den schweren Waffen ganz zu schweigen. Der UNO-Sicherheitsrat verlängerte die Mission der ONUCA bis zum 29. Juni. Besorgniserregender jedoch als das Zeitlupentempo eines Abrüstungsprozesses, von dem niemand weiß, ob und wann er einmal zum Abschluß kommen wird und der von den Contraführern von Anfang an als ein Pokerspiel betrieben wurde, sind die Konzessionen, die die Contras der Regierung Barrios bereits abgerungen haben.

Das erstaunlichste Dokument in dieser Hinsicht ist das sogenannte „Protokoll von Managua“, das nach langen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Contras am Morgen des 30. Mai, des Muttertags, der in Nicaragua mit einer für uns unvorstellbaren Inbrunst gefeiert wird, von dem unvermeidlichen Kardinal Obando der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Regierung verpflichtet sich darin, die Ansiedlung der Contras an sogenannten „Entwicklungspolen“, ausgedehnten Territorien in den Departementos Chontales, Rio San Juan und der Región Autónoma Atlántico Sur, zu fördern.



Kardinal Obando y Bravo: Lobpreisung der Verdienste der Contras ums Vaterland

Sie wird diese Gebiete nicht nur mit der „nötigen Infrastruktur“ - Wohnungen, Schulen, Geschäfte, Trinkwasser, Elektrizität, Krankenhäuser, Straßen usw. - ausstatten und ihre wirtschaftliche Entwicklung fördern, sondern sie auch „entmilitarisieren, d.h. das EPS, das sandinistische Volksheer, von diesen Zonen abziehen. Die Contras sollen über ihre eigene Polizei („policía rural“) verfügen, sollen Repräsentanten ins Gesundheitsministerium, ins Ministerium für Agrarreform und ins Institut für Repatriierung entsenden und an den Lokalregierungen der „Entwicklungspole“ beteiligt werden. Die Witwen und Waisen der „Resistencia Nicaragüense“ erhalten Pensionen vom staatlichen Wohlfahrtsinstitut, während die Vergünstigungen für die Kriegsversehrten und Wehrdienstentlassenen der EPS abgebaut werden. Jeder demobilisierte Contra hat Anspruch auf eine „minimale wirtschaftliche Hilfe“, die ihm die Wiedereingliederung ins Zivilleben erleichtern soll und die nach den Vorstellungen der Contras selbst 5.000 Dollars betragen sollte (der monatliche Mindestbedarf einer Familie beträgt zur Zeit umgerechnet 60 Dollar). Als Gegenleistung für alle diese Zugeständnisse erhielt die Regierung von den Contras das Versprechen, den Abrüstungsprozeß fortzusetzen.
Der Journalist Guillermo Cortés Domínguez, Verfasser eines sehr guten Buches über die Contras in Miami und eines weniger guten über die Wahlen vom 25. Februar, hat in einem „Die Contra-Republik“ überschriebenen Kommentar („Barricada“, 1.6.) darauf hingewiesen, daß dieses Muttertags-Abkommen auf eine Zerstückelung des nicaraguanischen Territoriums und auf eine Preisgabe der nationalen Souveränität hinausläuft. Die „Entwicklungspole“ werden ihre eigene Staatsgewalt, ihre eigenen Waffen, ihre eigenen Verwaltungsstrukturen, ihre eigene Bevölkerung und ihre eigene Kultur haben. Sie werden einen Staat im Staate bilden. In den gleichen Gebieten, in denen die Contras bisher gemordet, geraubt und vergewaltigt haben, werden sie nun ganz offiziell als „Polizei“ auftreten. Neben der „policía rural“ will der oberste Contraführer, Israel Galeano (genannt „Franklyn“), auch noch eine „ökologische Schutztruppe“ bilden. Ihre Aufgabe soll es sein, die letzten tropischen Regenwälder Nicaraguas am Río San Juan, die an die „Entwicklungspole“ angrenzen, zu „schützen“, daß heißt mit anderen Worten, dafür zu sorgen, daß niemand anders als die Contra selbst diese Wälder abholzt und verschachert.

Mit der Schaffung der „Contra-Republik“ wird auch der vielbeschworene Entwaffnungsprozeß der Contras zu einer Farce. Denn selbst wenn die ONUCA-Truppen eines Tages das fünfzehntausendste AK-47-Gewehr unbrauchbar gemacht haben sollten, so bleiben die territorial zusammengefaßten Contras als potentielle militärische Kraft bestehen. Es gibt ja keinerlei Garantie dafür, daß sie alle Waffen abgeliefert haben. Im Gegenteil, es ist kein Geheimnis, daß sie in den Gebieten, in denen sie sich niederlassen werden, über umfangreiche Waffenlager, die man hier beschönigend als „buzones“ (Briefkästen) bezeichnet, verfügen. So ist dafür gesorgt, daß sie jederzeit als militärische Kraft reaktiviert werden können, falls die US-Regierung zu der Einschätzung kommen sollte, daß die Regierung Barrios bei der Zerschlagung der Revolution nicht schnell genug vorankommt.

**Günther Schmigalle**

# Die Mondin hat ihr eigenes Licht

## Landarbeiterinnen als Speerspitze der Frauenbewegung



Landarbeiterinnen auf einer Demonstration für die Wahl der FSLN, Februar 1990 Foto: Regine Christiansen

**Die nicaraguanische Frauenbewegung spielt im Kampf gegen die UNO-Politik eine wichtige Rolle. Neben der offiziellen sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE (Frauenbewegung Luisa Amanda Espinoza) hat sich eine Frauenbewegung innerhalb von Gewerkschaften und Berufsverbänden, aber auch in autonomen Gruppen herausgebildet, die feministische Positionen vertritt. Am weitesten entwickelt ist dieser Prozeß in der Gewerkschaft der LandarbeiterInnen ATC.**

Für die Landarbeiterinnen hätte die geplante und seit dem 12.7. (siehe S. 7) vorerst ausgesetzte Privatisierung von Staatsbetrieben direkte negative Auswirkungen, denn in den staatlichen Betrieben arbeiten wesentlich mehr Frauen als in den privaten. Die Branchen, in denen mehr Frauen als Männer arbeiten, sind ganz (Bananen) oder größtenteils (Tabak) staatlich. Landwirtschaftliche Frauenarbeit hat in Nicaragua keine Tradition. Frauen fanden erst mit Beginn des Krieges der USA gegen Nicaragua einen nennenswerten Zugang zu Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Die Mobilisierung von Männern bewirkte die Feminisierung dieses Produktionszweiges. Frauen nehmen aber bis heute hauptsächlich schlecht bezahlte Saisonarbeitsplätze ein.

Die Frauen der LandarbeiterInnengewerkschaft wehren sich immer stärker gegen ihre Diskriminierung. Von 69.000 Mitgliedern in der Gewerkschaft sind 40% Frauen. Sie haben sich ihre eigenen Instrumente innerhalb der Gewerkschaft geschaffen. Auf regionaler und nationaler Ebene bildeten sie Frauensekretariate, und jährlich halten die Landarbeiterinnen einen landesweiten Kongreß ab. Auf dem Kongreß diskutieren sie ihre Situation und ihren Kampfplan. Dabei legen sie sich detailliert Rechenschaft über Erfolge und Mißerfolge der letzten Periode ab.

Die Landarbeiterinnen haben sich zum Ziel gesetzt, den gleichen Zugang wie Männer zu besser bezahlten und höherqualifizierten Arbeiten zu erreichen. Sie fordern mehr Qualifizierung von Frauen und finanziellen Aufwertung der typischen „Frauentätigkeiten". Fehlende Qualifikation dient als Argument dafür, daß Frauen vorwiegend schlechter bezahlte Saisonarbeiten erhalten. Und umgekehrt heißt es, daß such die Qualifizierung von SaisonarbeiterInnen nicht lohne.

Die Aktivistinnen sehen die Ursachen für die Benachteiligung der Frauen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsstellung, in der Alleinverantwortung der Frauen für den häuslichen Reproduktionsbereich. Deshalb fordern sie nicht nur soziale Einrichtungen und Infrastruktur wie Kindergärten, staatliche Läden und Wasserleitungen, sondern, daß auch Männer Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen. Sie sollen ihren Beitrag zur Hausarbeit und

Kindererziehung leisten. Ein ehrgeiziges Vorhaben im machistischen Nicaragua. Maria Teresa Blandon vom nationalen Frauensekretariat dazu: „Was die Veränderung der Einstellung der Männer in den Beziehungen betrifft, stehen wir noch ganz am Anfang. Die konkreten Aktivitäten, die wir entwickelt haben, sind noch nicht ausreichend. Doch wir Funktionärinnen der Basis sind sehr bewußt und kämpferisch. So Kämpferisch, daß wir uns fast alle von unseren Männern getrennt haben."

In anderen Bereichen können die Gewerkschafterinnen mehr Erfolge vorweisen:

- Es gibt mittlerweile - trotz Kriegswirtschaft - 90 Kindergärten auf dem Lande.
- In der Gewerkschaft sind 35% der Leitungsfunktionen mit Frauen besetzt; wenn auch hauptsächlich in den unteren Ebenen.
- Die Gewerkschafterinnen konnten größtenteils verhindern, daß aufgrund der Demobilisierung der Männer und der Rationalisierungsmaßnahmen der letzten beiden Jahre Frauen wieder aus den Betrieben verdrängt wurden.
- Der Anteil der Frauen an Kursen gewerkschaftlicher und technischer Weiterbildung steigt ständig.

## Nur Ausdauer führt zum Ziel.

Wieviel Widerstand die Frauen dabei zu überwinden haben, erzählt der erste Spielfilm aus nicaraguanischer Produktion mit dem Titel „Frauen an der Grenze". Es ist die Geschichte der ersten Frauen, die in Jalapa, im Norden des Landes, zu Traktoristinnen ausgebildet wurden. Ein aus dem Krieg heimgekehrter Ehemann will seiner Frau das Traktorfahren verbieten. Dafür findet er die Zustimmung der anderen Männer. Aber die Frauen, die in der Zeit der Abwesenheit der Männer gelernt haben, selbst Entscheidungen zu treffen, verhindern dies gemeinsam. Als der Film 1988 in Managua uraufgeführt wurde, verließen Männer scharenweise das Kino.

Der Schwerpunkt der Frauensekretariate liegt in der Bildungsarbeit mit Frauen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Frauen nur dort ihre Forderungen durchsetzen können, wo sie ein kämpferisches Bewußtsein entwickelt haben. Die Gewerkschafterinnen haben hervorragende Schulungshefte entwickelt, dem niedrigen Bildungsstand der Frauen auf dem Land angepaßt. Mit vielen Fotos aus dem Alltagsleben und Leitfragen werden Zusammenhänge aufgezeigt und Auseinandersetzungen angeregt. Zum Beispiel: ein Mann steht am Herd, und die Frau geht aus dem Haus. Frage: Können wir uns unser Leben so vorstellen? Damit werden grundsätzliche machistische Positionen angetastet. Immer noch verbieten Männer ihren Frauen den Besuch von Veranstaltungen, wo andere Männer sind. Dieses Verbot wird mit Drohungen, Beschimpfungen und Schlägen durchgesetzt.

Gewalt gegen Frauen ist auch Inhalt der Bildungsarbeit der ATC. Psychische und physische Gewalt, das Recht der Frau auf Integrität und Würde sowie deren Verteidigung werden thematisiert. Gewalt gegen Frauen beschränkt sich nicht auf den familären Rahmen, sondern manifestiert sich am Arbeitsplatz in Form von sexueller Erpressung und Belästigung. Die Gewerkschafterinnen wollen Sanktionene gegen solche Übergriffe im Tarifvertrag verankern. In diesem Punkt haben sie bisher keinerlei Unterstützung bei ihren männlichen Gewerkschaftskollegen gefunden.

Die Gewerkschafterinnen beschränken sich auch mit ihren Forderungen nicht auf betriebliche Fragen. Sexualaufklärung, Verhütungsmittel als Bestandteil des garantierten Warenkorbs und Straffreiheit für Schwangerschaftsabbruch stehen genauso in ihrem Programm.

## Die Landarbeiterinnen weisen den Weg

Die Frauen von der ATC waren die ersten, die so weitgehende Forderungen aufgestellt haben. Die sandinistische Frauenorgansation AMNLAE hat sich jahrelang darauf konzentriert, Frauen für den nationalen Wiederaufbau und die Verteidigung der Revolution zu mobilisieren. Frauen sollten sich ihren Platz in Beruf und Politik erobern und dadurch ihre Gleichberechtigung erlangen. Dieser traditionelle Ansatz berücksichtigte nicht die Mechanismen, die Frauen daran hindern, sich im außerhäuslichen Bereich zu engagieren. Genau diese Mechanismen bewirkten, daß die Produktivität in der exportorientierten



Frau mit Kind vor Wahlkampfparole der FSLN, Februar 1990 — Foto: Regine Christiansen

Landwirtschaft mit wachsender Beschäftigung von Frauen sank.
Die Frauen hatte in den meisten Arbeiten keine Erfahrung und Routine. Außerdem sind sie zusätzlich zur Arbeit durch die Verantwortung für die Kinder und die Hausarbeit belastet. Hausarbeit ist im unterentwickelten Nicaraguà Schwerstarbeit: Wasser vom Brunnen schleppen, Wäschewaschen im Fluß, Feuerholz sammeln, Mais mahlen...
Nicht nur die Landwirtschaft wurde mit dem Krieg feminisiert. Auch in anderen Bereichen begannen Frauen, sich zusammen zu schließen, ihre Situation zu analysieren und ihre besonderen Interessen zu formulieren. Im Berufsverband der AkademikerInnen (CONAPRO), im KleinbäuerInnen- und ViehzüchterInnenverband (UNAG), in der Gewerkschaft des Gesundheitswesens (FETSALUD) und der LehrerInnen (ANDEN) bildeten sich bald ähnliche Strukturen wie in der ATC. Heute gibt es in allen sandinistischen Gewerkschaften und im Jugendverband Frauensekretariate.
Die Frauen von der ATC arbeiten eng mit anderen gewerkschaftlichen und autonomen Gruppen zusammen. Matagalpa, die Hauptstadt der traditionellen Kaffeeregion im Norden, ist Zentrum dieser Vernetzung. Das unabhängige Frauengesundheitszentrum IXCHEN und das ATC-Frauensekretariat haben dort ein Pilotprojekt für die gynäkologische Betreuung von Landarbeiterinnen entwickelt: die mobile Klinik. Einige ausgewählte Kaffeeanbaubetriebe werden in regelmäßigen Abständen von dem Klinikbus angefahren und bieten den Arbeiterinnen Routineuntersuchungen, Schwangerschaftsvorsorge, Verhütungsmittel und Beratung.
Das feministische Frauenkollektiv Matagalpas führt in seinem Informations- und Dokumentationszentrum Seminare mit den Gewerkschafterinnen durch. Die Situation der Landarbeiterinnen wird auch von der Frauenradiogruppe in der wöchentlichen Sendung „Und jetzt habe ich das Wort" thematisiert. Und CIHUATLAMPA, ein Frauentheaterkollektiv, reist mit seinen Werken zu den entlegensten Betrieben.

## Die Sandinistinnen nehmen neuen Anlauf

Die sandinistische Frauenorganisation AMNLAE drohte angesichts dieser Entwicklung ins Abseits zu geraten. Im September 1988 beschloß die Frauenorganisation daher ihre Umstrukturierung. Aus der Vereinigung sollte eine Bewegung werden. Der starre hauptamtliche Apparat, der bisweilen nur sich selbst verwaltete, wurde drastisch verkleinert, und Vertreterinnen von der Basis koordinieren und organisieren jetzt die Aktivitäten der Frauen aus den verschiedenen Bereichen. Die Büros von AMNLAE wurden in Frauentreffpunkte umgewandelt, und überall im Land wurden neue eingerichtet; zur Zeit gibt es 34.
Am 8. März '89 fand das erste nationale Treffen dieser neuen Bewegung statt. 700 Frauen kamen zusammen und diskutierten ihre Situation und die Perspektiven ihres Kampfes. Seinen Niederschlag fand dieser Prozeß in einem Forderungskatalog, den AMNLAE im September vergangenen Jahres der FSLN überreichte. Die Forderungen sollten ins Wahl- und Regierungsprogramm der FSLN aufgenommen werden. Sie machen die Veränderungen der Frauenpolitik deutlich, denn nebem „traditionellen" Forderungen nach Frieden und besseren Lebensbedingungen, insbesondere für Mütter und Kinder, wurden umfassende frauenspezifische Forderungen formuliert. In verallgemeinerter Form hat die FSLN diese Forderungen der Frauen in ihr Programm aufgenommen.

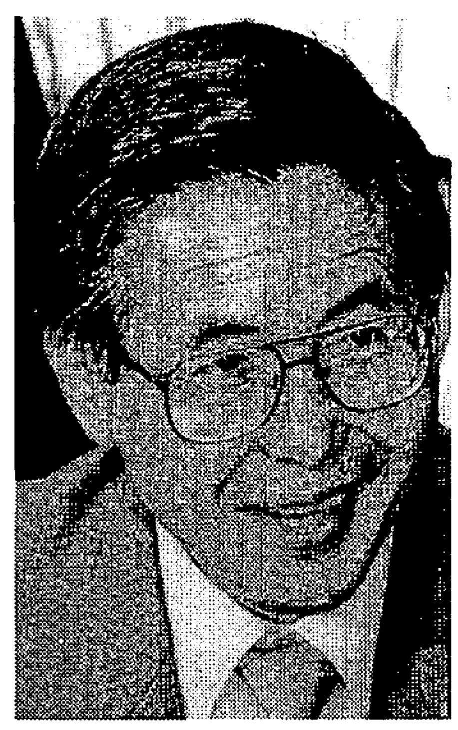
## Neue Hindernisse

Mit dem Wahlsieg der UNO verschlechterten sich die Bedingungen des Frauenkampfes. Die UNO hat im Wahlkampf wenig konkrete Aussagen zur Frauenpolitik gemacht, aber aus ihrem ganzen Programm läßt sich ableiten, daß sie ein traditionelles, konservatives Frauenbils installieren will. Im Kabinett von Violeta Chamorro findet sich nur eine Frau: die Kulturministerin. „Die UNO will, daß wir Frauen ins Haus zurückkehren. Wir haben den häuslichen Herd noch gar nicht ganz verlassen, aber wir sind auch schon auf der Straße, in den Betrieben und in der Politik, und hier wollen wir weitermachen", beschreibt Maria Teresa Blandon von der ATC die Situation.
Bisher gab es erst einen direkten Angriff der UNO gegen die Frauen. Fast alle Ministerien haben ihren Mitarbeiterinnen das Tragen von Miniröcken, kurzen Hosen und sonstiger „provokativer" Kleidung untersagt.
Feministinnen rüsten sich für die ideologische Offensive der UNO. Die Regierung will in Zusammenarbeit mit der nordamerikanischen Entwicklungsbehörde AID die Inhalte ihrer Bildungsprogramm überarbeiten. Kardinal Obando y Bravo fungiert dabei als Berater. Mit der Übernahme der öffentlichen Radio- und Fernsehsender durch die UNO fallen bald die autonomen Frauenradiosendungen weg. Auch die gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit wird erschwert, denn bisher fand sie während der Arbeitszeit statt.
Finanzielle Austrocknung ihrer Projekte durch die UNO braucht die Frauenbewegung nicht zu fürchten. Bisher kam das Geld nicht aus dem Staatshaushalt, sondern hauptsächlich von ausländischen Organisationen. Viele Projekte waren schon vor dem Wahlsieg der UNO auf finanzielle Unabhängigkeit hin angelegt. Die Frauen erhoben Gebühren für Seminare und Dienstleistungen, leisteten kostenlose Arbeit und verkauften eigene Produkte. Der restriktiven UNO-Politik will die Frauenbewegung mit Ausweitung ihrer Projekte begegnen. Die ATC Frauen versorgen mit ihrer mobilen Klinik für Landarbeiterinnen inzwischen alle Regionen des Landes.
Die größte Gefahr droht den Frauen durch ökonomische Eingriffe. Sozialabbau heißt Mehrarbeit für Frauen. Ihre Stellung im Produktionsbereich ist von der steigenden Arbeitslosigkeit bedroht. Demobilisierte Soldaten und Contras strömen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt.
Eine wichtige Aufgabe der Landarbeiterinnen wird sein, die staatlichen Betriebe vor der Privatisierung zu schützen und ihre gewerkschaftlichen Rechte zu verteidigen. In den staatlichen Betrieben liegt der Organisationsgrad der Arbeiterinnen höher, und die Mitbestimmung ist weiter entwickelt. Entsprechend haben sie in staatlichen Betrieben mehr soziale Leistungen wie den Bau von Wohnhäusern, Kindergärten, Schulen, Gesundheitsstationen und Wasserleitungen durchgesetzt. Noch vor der Regierungsübergabe sind die meisten Sozialeinrichtungen der staatlichen Betriebe in das Eigentum der ATC übergegangen, um sie vor dem Zugriff der neuen Machthaber zu schützen. Die UNO hat bereits die Überprüfung der geltenden Tarifverträge und die Überarbeitung des Arbeitsrechts angekündigt.
Besteht nicht die Gefahr, daß frauenspezifische Interessen hintenan gestellt werden beim Schulterschluß der Gewerkschafterinnen mit der FSLN gegen die Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution? Maria Teresa vom nationalen Frauensekretariat der LandarbeiterInnengewerkschaft, ist optimistisch: „Ich glaube, die Frauenbewegung kann neue Spielräume gewinnen. Es gibt in der FSLN und in der Gewerkschaft die Einsicht, daß wir die Interessen von Frauen zu zögernd und nachlässig behandelt haben. Jetzt sind alle daran interessiert, daß die Frauenbewegung mehr Kraft entwickelt und ihre Interessen in den Gewerkschaften und in der FSLN mehr Gewicht bekommen."
Ein Zeichen hat die FSLN gesetzt. 18 ihrer 39 Parlamentssitze nehmen Frauen ein. Im Wahlkampf waren Frauen auf den KandidatInnenlisten der Frente mit nur 19,4% unterrepräsentiert.
Die Frauenbewegung will angesichts dieser Situation ihre Trennung in den offiziellen Flügel (AMNLAE) und den realen Flügel (innerhalb von Gewerkschaften usw.) endgültig überwinden und eine gemeinsame Strategie entwickeln. Für Juli ist eine feministische Tagung mit großer Beteiligung von Frauen aus allen Landesteilen und Bevölkerungsgruppen in Managua geplant.

**Regine Christiansen**

**Die Frauenarbeit in der ATC und in den anderen Organisationen wird von der Solidaritätsbewegung finanziert.
Spendenkonto:
Informationsbüro Nicaragua
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ: 33050000, Kto.: 976738
Stichwort: Frauenprojekte**

# Die List des kleinen Mannes



Alberto Fujimori

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gab es Anfang April in Peru eine Riesenüberraschung. Der Romancier Mario Vargas Llosa ("El Hablador"), den alle Welt schon für den haushohen Sieger gehalten hatte, wurde von dem bis dahin in Politikerkreisen kaum bekannten Agrarwissenschaftler Alberto Fujimori fast eingeholt. Während Vargas Llosa, der auf einen Sieg schon in diesem ersten Wahlgang, also auf mehr als 50 % der gültigen Stimmen, gehofft hatte, sich mit 27 % begnügen mußte, erzielte Fujimori, dem Meinungsumfragen einen Monat vor der Wahl gerade 2 % der Stimmen zugewiesen hatten, sensationelle 24 %. Für die Präsidentschaft wurde damit ein zweiter Wahlgang notwendig. Die Zusammensetzung des Parlaments wurde bereits im ersten Wahlgang festgeschrieben. Erstmals seit dem Ende der Militärherrschaft hat der Präsident keine eigene Mehrheit. Die Partei Alberto Fujimoris, "CAMBIO 90" (Wandel 90), blieb in beiden Kammern deutlich hinter Vargas Llosas "FREDEMO" (Demokratische Front). Dennoch brachte der zweite Wahlgang um die Präsidentschaft am 10. Juni das diesmal erwartete Ergebnis, den Sieg des Unabhängigen Fujimori.

Die großen Verlierer dieser Wahl sind, außer dem enttäuschten Vargas Llosa, die bisherige Regierungspartei APRA (die immerhin noch fast 20 % der Stimmen erzielte) und die Linke, die, in zwei Listen gespalten, auf zusammen ca. 11 % zurückfiel.

Der Niedergang der APRA war, nach den katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Ergebnissen der Regierungszeit Alan Garcias allgemein erwartet worden. Die Linke hat durch ihre internen Auseinandersetzungen, aber auch mangels verständlicher politischer Alternativen offenbar ihr Kapital verspielt. So schien das Feld offen für Vargas Llosa, der als frischer, unabhängiger Kandidat unter der Parole "Freiheit" seit 1988 seine Kandidatur mit aller Professionalität der Werbebranche und vor allem mit unbegrenzten Geldmitteln aufbaute. Seine äußerst aggressive Kampagne predigte eine Art "Thatcherismus", eine ultraliberale Roßkur für Peru. Das ging solange gut, bis die Abhängigkeit Vargas Llosas von der alten Machtclique der Reichen und der Politiker immer deutlicher wurde, die Peru bereits von 1980 bis 1985 abgewirtschaftet hatten. Im Parteienbündnis FREDEMO schoben sich gegen den ausdrücklichen Wunsch Vargas Llosas die alten Gesichter von 1980-85 in den Vordergrund, nicht zuletzt im Fernsehen.

Was dann, in den letzten Wochen vor dem ersten Wahlgang in Peru ablief, dürfte einmalig in der Geschichte von Wahlen sein. Während Vargas Llosas FREDEMO täglich das Land mit Fernsehspots überzog, gewann Alberto Fujimori, für diesen Zeitraum berechnet, im statistischen Durchschnitt rund 100.000 Anhänger täglich, und das praktisch ohne Präsenz in den Medien. Seine Partei "Wechsel 90" erzielte mit rund 1,5 % der Wahlkampfkosten von FREDEMO fast das gleiche Resultat wie diese.

Das Wahlergebnis ist also nicht zuletzt ein massiver Protest gegen die Vergewaltigung durch überlegene Machtmittel, gegen die schamlosen Manipulationsversuche der großen Medien und überhaupt gegen die herkömmliche Art, wie in Peru Politik von einer kleinen weißen Minderheit gemacht wird. Denn Fujimoris einziger erkennbarer Programmpunkt im Wahlkampf war "Ehrlichkeit, Fleiß, Kompetenz". Es ist, unabhängig davon, inwieweit "Wechsel 90" solche Ansprüche einlösen kann, höchst bezeichnend, daß die Peruaner derartige Eigenschaften heute nur bei einer politischen Gruppierung vermuten, die deutlich von Minderheiten geprägt ist. Zum einen ist die kleine (unter 100.000) japanischstämmige Bevölkerung, die noch im 2. Weltkrieg verfolgt wurde, bei "Wechsel 90" stark vertreten, zum anderen die evangelischen Kirchen. Zwar ist deren Anhängerschaft auch in Peru, wie überall in Lateinamerika, im Anwachsen, doch werden sie gerade deshalb von der katholischen Mehrheit oft angefeindet. Dennoch überraschte die massive klerikale und rassistische Kampagne, mit der die Rechte zwischen den beiden



Der große Verlierer: Mario Vargas Llosa

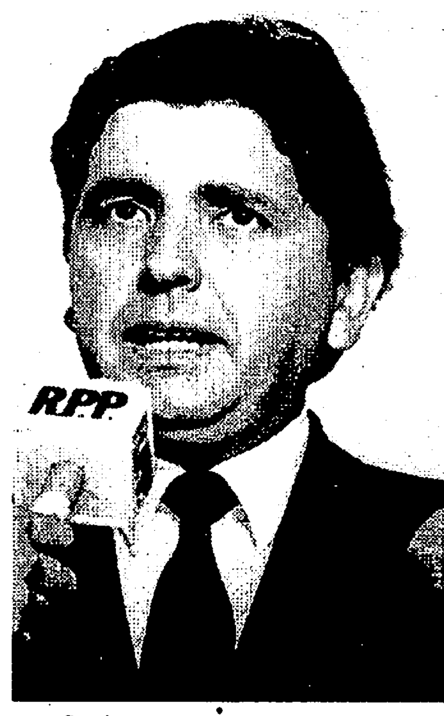
Wahlgängen versuchte, Fujimoris Sieg doch noch zu verhindern. Da entfachte z.B. die Hierarchie der katholischen Kirche einen Kirchenkampf, wie man ihn sich am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr hätte vorstellen können. Öffentlich sprachen Bischöfe von "Manipulationsversuchen evangelischer Gruppen", von "antikatholischen Pressionsversuchen auf das Wahlrecht" und von "Beleidigungen unseres Glaubens, um die einfachen Leute zu verwirren und zur Wahl (Fujimoris natürlich) zu bringen". Höhepunkt dieser Kampagne, mit der die katholische Amtskirche für den bekennenden Atheisten und sexuellen Freigeist Vargas Llosa und gegen den bekennenden Katholiken Fujimori zu mobilisieren suchte, war dann eine außerplanmäßige Prozession des "Senor de los milagros" ("Herr der Wunder") durch die Straßen Limas, eine Woche vor der Stichwahl. Diese größte katholische Prozession Perus, die einem legendären Christusbild aus dem 17. Jahrhundert gewidmet ist, findet normalerweise im Oktober statt und gilt auch dann als Symbol eines zwar inbrünstigen, aber unaufgeklärten Volkskatholizismus. Zwar gab es Proteste aus Kreisen der Basiskirche, doch der größte Teil der Bischöfe unterstützte die Kampagne gegen die "fanatisierten evangelischen Kreise". Aufhänger der ganzen Aktion waren einige wenige Flugblätter und Wandinschriften von zweifelhafter Herkunft mit antikatholischen Slogans, eigentlicher Hintergrund jedoch war die offenbar ungebrochene Identifizierung der Kirchenhierarchie mit der traditionellen Machtelite.

Gleichzeitig mehrten sich rassistische Parolen bei konservativen Politikern und ihren Medien, die an den peruanischen Nationalstolz appellierten, keinem Einwanderersohn den Einzug in den Präsidentenpalast Perus zu erlauben. Und ziemlich ungeniert wurden abfällige Bemerkungen über die "cholos"(die Mestizen) in Fujimoris Umgebung kolportiert.

Doch es half nichts. Der Herr der Wunder arbeitete nicht auf Bestellung. Auch diesen Pressionsversuchen widerstand die Mehrheit der Wähler, die noch einmal auch das Fernsehen auf die Grenzen seiner Einflußmöglichkeiten verwies. Weder die religiösen noch die rassistischen Stigmatisierungsversuche hatten Erfolg - sie dürften sogar den gegenteiligen Effekt erzielt haben. Offenbar ist das Bewußtsein der Krise und die Enttäuschung über die herkömmliche Politikerschicht in Peru heute so groß, daß sich das Stigma der Minderheit positiv wendet und zum Gütesiegel wird.

## Cambio 90 als Partei der kleinen und mittleren Selbständigen

Freilich verbirgt sich hinter dem "Phänomen Fujimori" auch eine Mehrheit, die heimliche soziale Mehrheit Perus: die kleinen Selbständigen, die z.B. durch den Präsidenten des Kleinunternehmerverbands auf den Listen von "Wechsel 90" vertreten sind. Diese kleinen Selbständigen, vom mittleren Fabrikanten, der für den heimischen Markt arbeitet, bis zum fliegenden Händler, der in Limas Straßen von der Polizei gejagt wird, hatte ursprünglich auch Vargas Llosa angesprochen, vor allem durch seine Verbindung mit Hernán de Soto, dem inzwischen auch international bekannten Propagandisten des "informellen Sektors". Als diese Verbindung jedoch zerbrach und auch sonst die Allianz von Vargas Llosa mit dem Großkapital in FREDEMO immer deutlicher wurde, sahen sich die kleinen Selbständigen, die weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, von ihm nicht mehr vertreten.




Alan Garcia

Es zeugt allenfalls von der elitären Sicht der Massenmedien, wenn die Vertreter dieser "schweigenden Mehrheit", die jetzt in dem Regierungsapparat von Cambio 90 prominente Posten besetzen werden, als "lauter Unbekannte" bezeichnet werden. Selbst Fujimori erhielt ja dieses Etikett, obwohl er jahrelang Universitätsdirektor und sogar Präsident der Rektorenkonferenz gewesen war. Personen wie der künftige Senator Julián Bustamante, der neue Vizepräsident Máximo San Román oder der vermutlich künftige Minister Fernando Vilarán sind jedoch nur in den geschlossenen Kreisen des Limaer Establishments unbekannt.

Julián Bustamante ist einer der wenigen Vertreter eines genuin nationalen Unternehmertums. Sein Produkt, die Petroleumgasküchen der Marke "Sorge", steht in fast jedem peruanischen Haushalt - außer denen, die sich den Luxus von Elektro- oder Stadtgasherden leisten können.

Máximo San Román war einer der zahllosen Tüftler, die in Perus kleinen Werkstätten täglich kleine Wunder vollbringen. Seines brachte ihm sogar Erfolg: seine Bäckereimaschinen, die auch "schlechte", einheimische Mehlsorten problemlos verarbeiten, werden inzwischen sogar in die benachbarten Andenstaaten exportiert. Heute ist er zugleich Vorsitzender des Verbands der Klein- und Mittelunternehmer.

Fernando Villarán schließlich, wie San Román gelernter Ingenieur, der als Wirtschafts- oder Industrieminister im Gespräch ist, bemüht sich als Berater der UNIDO, aber auch des peruanischen Planungsinstituts und anderer Behörden, Aufmerksamkeit auf das enorme Potential der einheimischen Kleinindustrie zu lenken. Bereits vor zwei Jahren hat er in der linken sozialwissenschaftlichen Zeitschrift "Qué Hacer" ausführlich begründet, worin er dieses Potential sieht: in einer eigenständigen technologischen Innovationsfähigkeit und - anders als die auslandsabhängige Großindustrie - auch Innovationsbereitschaft; in einer rasch wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen, die oft von den Arbeitssuchenden selbst geschaffen werden; und in einer sehr großen Anpassungsfähigkeit an Marktänderungen. Seine Thesen paßten weder in konservative noch in linke Denkmuster und fanden entsprechend wenig Beachtung. Es wird sich jetzt zeigen, ob das Potential der Kleinindustrie in einem wirtschaftlich zerrütteten Land wie Peru einen Ausweg aus der Krise schaffen kann. In einem solchen Versuch wird jedenfalls eines der wesentlichen Elemente von Fujimoris Wirtschaftspolitik zu finden sein. Welches makroökonomische wirtschaftspolitische Konzept diesen Ansatz angesichts leerer Staatskassen, Hyperinflation (allein im Mai 38 %), der Schuldenklemme und eines zu erwartenden destruktiven Verhaltens der Wirtschaftselite abstützen soll, darüber gibt es noch keine deutlichen Aussagen Fujimoris, sei es aus Ratlosigkeit, sei es aus taktischer Klugheit. Die bekanntgewordenen Namen seines Beraterstabs deuten jedoch in Richtung unspektakulärer, pragmatischer Versuche, den geringen realen Spielraum zu nutzen, unter Ablehnung radikaler Lösungsmuster wie des neoliberalen à la Vargas Llosa, aber auch des staatsbürokratischen Interventionismus unter Alan Garcia.

## Machtfaktor Armee

Weit weniger noch läßt sich über die Haltung der künftigen Regierung in einem anderen zentralen Problembereich peruanischer Politik heute sagen: dem Umgang mit der politischen Gewalt und den Menschenrechten. Die Aussagen Fujimoris hierzu sind bisher äußerst sparsam und gewöhnlich nichtssagend. In der knappen Wahlbroschüre "Ideario de Cambio 90" wird einerseits die "absolute Anerkennung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" proklamiert, andererseits aber auch festgehalten, daß "der antisub-

versive Kampf in den Händen der Streitkräfte verbleiben wird", ja sogar, daß "ihnen die Mitwirkung an den Entwicklungsprogrammen in den Gebieten unter Ausnahmezustand übertragen" werden soll, da die Subversion nicht allein militärisch, sondern nur durch Überwindung der Armut bekämpft werden könne. Über einen möglichen Dialog mit Sendero Luminoso äußerte sich Fujimori in mehreren Interviews mit einem klaren "Nein, aber". Die Erfahrungen mit den beiden vorangegangenen Regierungen haben freilich gelehrt, daß alle diesbezüglichen Äußerungen für die Regierungspraxis irrelevant waren. Der Handlungsspielraum der neuen Regierung wird gerade auch im Bereich der Menschenrechtspolitik gering sein. Schon in der letzten Wahlkampfphase wurden von der politischen Rechten Gerüchte ausgestreut, die Streitkräfte würden einen Mann, der "kein wirklicher Peruaner" sei, als Präsidenten nicht dulden. Die rassistische und auch die klerikale Kampagne gegen den neuen Präsidenten wird gerade im Menschenrechtsbereich die Möglichkeiten der Regierung weiter einschränken. Dabei ist es gerade die Beteiligung bestimmter prominenter evangelischer Pfarrer und Laien, die Hoffnung wecken könnte, da sie in der Vergangenheit teilweise sehr entschieden für die Achtung der Menschenrechte eingetreten sind. Ganz im Gegensatz zu dem verbreiteten Image der "Sektierer", das jetzt in Peru mit gezielter Demagogie wieder aufpoliert wurde, haben sich jedenfalls die im "Concilio Nacional Evangelico del Peru" (dessen Vorsitzender jetzt zum Vizepräsidenten der Republik gewählt worden ist) zusammengeschlossenen evangelischen Kirchen in den vergangenen Jahren immer wieder für die Menschenrechte eingesetzt und sich an entsprechenden übergreifenden Initiativen beteiligt. Ein Massaker der Marine an evangelischen Gläubigen in einer kleinen Gemeinde bei Ayacucho im Jahr 1984, das wie alle Verbrechen der Streitkräfte ungesühnt geblieben ist, war für viele evangelische Amtsträger Auslöser eines Besinnungsprozesses. Entscheidend aber wird sein, welchen Handlungsspielraum der neue Präsident sich gegenüber den Militärs sichern kann.

## Sendero in der Krise?

Gegenüber dem anderen Hauptbeteiligten an dem mittlerweile zehnjährigen schmutzigen Krieg in Peru, dem "Leuchtenden Pfad" (Sendero Luminoso) dürften die Chancen, eine Alternative zur rein militärischen Auseinandersetzung zu finden, zwar weiterhin nicht sehr groß, aber dennoch derzeit besser als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt der vergangenen Jahre sein. Auch Sendero Luminoso gehört zu den großen Verlierern der Wahl. Sein Ziel war, wie schon bei den vorangegangenen Wahlen, der Boykott. Aber auch die extreme Polarisierung des Landes durch einen Sieg von Vargas Llosa paßte in Senderos Strategie. Beides ist gescheitert. Fujimori hat sogar gerade in den Kerngebieten Senderos in den südlichen Anden seine besten Ergebnisse erzielt (teilweise über 50 %). Offenbar verkörperte auch dort Fujimori den Wunsch nach der echten Alternative, nach dem Ausweg aus dem Käfig traditioneller Machteliten, zu denen auch Sendero gezählt wird.

Sendero selbst ist im Zusammenhang mit der gescheiterten Boykottkampagne, die ja zugleich das zehnjährige "Jubiläum" seines bewaffneten Kampfes gebührend würdigen sollte, offenbar in eine schwere Krise geraten. Nicht nur die spektakulär kurz vor der Stichwahl von der Polizei in Szene gesetzte "Stürmung des Hauptquartiers" in Lima weist darauf hin (in Wahrheit war es wohl ein weit weniger entscheidender unmittelbarer Schlag, doch die Langzeitfolgen durch die gewonnenen Informationen können noch beträchtliche Nachwirkungen haben). Wichtiger ist, daß sich die Zeichen für interne Flügelkämpfe mehren. In Ayacucho explodierten am 17. Mai, also am Tag des "zehnjährigen Jubiläums" des Beginns des bewaffneten Kampfs von Sendero, mehrere Bomben, eine davon vor dem Parteibüro von "Cambio 90". Gleichzeitig wurden ist der ganzen Stadt Flugblätter verteilt, die scharfe Kritik an der Führung von Sendero Luminoso übten und mit "PCB-Basis von Ayacucho" unterzeichnet waren. Darin wurden der Personenkult um den Führer Abimael Guzmán, die Verbrechen an der Bevölkerung und der ideologische "Fundamentalismus" kritisiert und der "vorübergehende Rückzug" aus dem bewaffneten Kampf angekündigt. Zwar legen die Umstände der Verteilung des Flugblatts (in Massenauflage im militärisch schärfstens kontrollierten Ayacucho) und gewisse Formulierungen, die wohl auch dem kritischsten Senderisten nicht in die Feder flössen ("ideologischer Fundamentalismus", "Verbrechen um des Verbrechens willen" u.a.) die Vermutung nahe, daß es sich um eine Fälschung der Geheimdienste handelte. Doch wenn es so war, war es ein gut berechneter Schlag, der in eine Situation großer Verunsicherung traf, die sich z.B. bereits in Auseinandersetzungen zwischen dem gefangenen Osman Morote (dem einzigen historischen Führer von SL, den die Polizei bisher festnehmen konnte) und anderen Sprechern der Organisation manifestierte, oder auch in öffentlichen Auseinandersetzungen verschiedener Linien von SL in der Universität San Marcos in Lima. Offenbar stößt die immer ausschließlicher militaristisch-terroristische Linie der Führungsspitze auf wachsenden internen Widerstand in einer Situation, in der sie sich nicht mehr durch taktische Erfolge legitimieren kann, sondern im Gegenteil empfindliche Schläge einstecken muß, von denen der Sturm des "Hauptquartiers" in Lima nur der publikumswirksamste gewesen ist. Entscheidender sind die wachsenden Erfolge der von den Militärs und der Regierung geförderten Bauernmilizen, die in weiten Teilen Ayacuchos in den letzten Monaten Sendero schwere Niederlagen beigebracht haben, etwa die Einnahme eines strategischen Zentrums von Sendero (in dem sich auch ein geheimer Friedhof der Organisation befand), Anfang Mai auf den Höhenzügen in der Nähe von Ayacucho. Im Gegenzug kam es zu Massakern Senderos an Dörfern, die der Zusammenarbeit mit diesen Milizen beschuldigt werden, die ihrerseits mit den gleichen Methoden arbeiten. Ein weiterer Rückschlag für Sendero sind die seit einiger Zeit fallenden Preise für Coca, die seine Kontrolle über die Cocabauern im Alto Huallaga unterminieren. All dies zusammen stellt das proklamierte Ziel eines "strategischen Gleichgewichts" in Frage, das in diesem Jahr erreicht werden sollte.

### Religionen in Peru

**Wie in ganz Lateinamerika gewinnen auch in Peru nichtkatholische christliche Religionsgemeinschaften an Boden. Rund 5% der Bevölkerung Perus gehören solchen oft pauschal als „evangelisch" oder abwertend als „Sekten" bezeichneten Gemeinschaften an. Darunter befinden sich die historischen protestantischen Kirchen (Lutheraner, Methodisten, Baptisten, Presbyterianer) ebenso wie Pfingstkirchen, „elektronische Kirchen" oder fanatische Gruppen wie die „Israeliten", die ihre Mitglieder in strenger materieller und psychischer Abhängigkeit halten. Viele der neueren Gemeinschaften, die heute die Mehrheit der nichtkatholischen Gemeinschaften bilden (allein in den achtziger Jahren sollen ca. 300 neue Religionsgemeinschaften in Peru gegründet worden sein), sind eher fundamentalistisch, ihrem Selbstverständnis nach unpolitisch, während die im „Concilio Evangélico Nacional del Perú" zusammengeschlossenen traditionellen protestantischen Kirchen häufiger politisch-soziales Engagement aufweisen, wie es sehr deutlich auch im CLAE, dem Lateinamerikanischen Rat Evangelischer Kirchen zu finden ist. Doch auch bei den „Sekten" ist vieles in Bewegung geraten. Soziales Engagement und Theologie der Befreiung einerseits, religiös verbrämte Rechtfertigung der Machteliten andererseits ziehen sich heute quer durch fast alle Kirchen Perus (und Lateinamerikas), die katholische eingeschlossen.**

**Zur Differenzierung des gängigen Bildes von den „Sekten" in Lateinamerika sind sehr zu empfehlen:**

**— Juliane Ströbele-Gregor: Dialektik der Gegenaufklärung. Holos Verlag, Bonn 1988**

**— Heinrich Schäfer: Befreiung vom Fundamentalismus. Edition liberación, Münster 1988**

Sendero ist durch diese Probleme keineswegs besiegt, noch ist bisher irgendwelche Verhandlungsbereitschaft erkennbar. In jedem Fall aber ist die Situation erstmals seit Jahren in Bewegung geraten, wodurch sich gewisse Handlungsspielräume für die neue Regierung ergeben könnten.

## Eine weitere Verliererin - die Vereinigte Linke

Abschließend bleibt noch auf die Bedeutung des Wahlergebnisses für die peruanische legale Linke einzugehen. Diese, bis 1989 fast vollständig im Bündnis "Vereinigte Linke" (IU) zusammengeschlossen, hatte in den Wahlen der letzten Jahre zwischen einem Viertel und einem Drittel der Stimmen erzielt. Der Kandidat der IU bei den Präsidentschaftswahlen von 1985, Alfonso Barrantes, der danach drei Jahre Bürgermeister von Lima war, galt noch 1989 in den meisten Umfragen als aussichtsreichster Kandidat für die Wahlen 1990, obwohl er sich inzwischen von der IU getrennt und mit dem sozialdemokratisch orientierten Flügel seine eigene Kandidatur aufgebaut hatte. Er erhielt schließlich gerade 4 % der Stimmen und wurde damit sogar noch von seinem ehemaligen Vizebürgermeister Henry Pease, der als Spitzenkandidat der IU ins Rennen gegangen war, überholt. Doch auch IU brachte es nur auf magere 6,7 %, so daß die Linke insgesamt auf gut 10 % der Stimmen kam - gemessen an früheren Resultaten eine vernichtende Niederlage. Die öffentlich viele Monate lang zelebrierte Spaltung trug sicher dazu bei, doch erklärt dies allein nicht, warum schon im ersten Wahlgang die Mehrheit der ehemaligen linken Wähler sich für den Unabhängigen Fujimori entschied. Die allgemeine Politikverdrossenheit hat offensichtlich auch das linke Wählerpotential erfaßt. Auch die linken Spitzenpolitiker gehören ganz überwiegend der weißen Oberschicht an, deren Ferne von den realen Nöten des Volkes Vargas Llosa in so drastischer Weise vorexerziert hat.

Doch es geht bei diesem Entfremdungsprozeß nicht nur um politischen Stil. Die linke Politik des Jahrzehnts nach den Militärs stützte sich ganz wesentlich auf die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Bauern, die fast ausnahmslos Einflußbzw. Machtsphäre einzelner Parteien der Linken sind. Die Strategie der Linken im Parlament zielte konsequenterweise darauf ab, diese Macht in den Volksorganisationen durch Einfluß auf die Staatsmacht in vorzeigbare Erfolge und somit Legitimierung ihrer Existenz umzumünzen. Das gleiche wurde in den zahlreichen Rathäusern versucht, in denen die Linke die Mehrheit hatte. Doch dieses an sich plausible, wenn auch den Rahmen traditioneller klientelistischer Politik keineswegs verlassende politische Konzept ging mit der Verschärfung der Krise immer weniger auf. Die Erfolge nahmen genauso ab wie die Basis selbst, die von diesen Erfolgen hätte profitieren können. Die organisierten Arbeiter mit fester Beschäftigung sind in Peru eine schwindende Größe. Die permanente Emigration schwächt die organisierte Bauernschaft. Den Massen der Bewohner der rasch wachsenden Armenviertel aber, die sich von Gelegenheitsjobs und von winzigen kleinen Geschäften ernähren, konnte die Linke nur solange eine attraktive Perspektive bieten, wie sie Zugang zu materiellen Angeboten hatte wie dem "Glas Milch" unter Bürgermeister Barrantes. Doch auf dieser Ebene war die APRA an der Staatsmacht auf Dauer die stärkere Partei. Wer dagegen an den revolutionären Diskurs des harten Kerns der linken Parteien glaubte, ging oft lieber gleich zu Sendero oder zum MRTA, der zweiten, castristisch orientierten Guerillabewegung. Das Programm der Linken versuchte vergeblich, eine Brücke zwischen revolutionärer Perspektive und pragmatischer, staatsfixierter Reformpolitik zu schlagen. Die spontane Freude, die nach dem überraschenden Erfolg Fujimoris schon im ersten Wahlgang auch bei zahlreichen Sympathisanten und Mitgliedern der IU aufkam und sie die eigene Niederlage fast vergessen ließ, erklärt sich nicht nur aus der Erleichterung über das Scheitern von Vargas Llosa, sondern auch daraus, daß sie oft selbst nicht an die Erfolgsaussichten ihres Programms und ihrer Kandidaten (und wenigen Kandidatinnen) glaubten.

"Ich habe Fujimori gewählt, weil ich nicht weiß, was er vorhat", soll ein Bauer einem Reporter erklärt haben. Die darin enthaltene heimliche Hoffnung auf einen verweltlichten "Senor de los milagros" mit zeitgemäß japanischen Gesichtszügen, der als deus ex machina Peru aus der Misere auferstehen läßt, hat auch manchen überzeugten Linken mitgerissen. Wenn daraus eine radikale Überprüfung linker politischer Denk-, Rede- und Organisationsmuster erfolgt, kann es der Linken vielleicht sogar gelingen, ein neues kreatives Verhältnis zum real existierenden Volk aufzubauen, wenn sich herausstellen sollte, daß auch der neue Wundermann nicht hält, was er verspricht.

**Rainer Huhle**

### Peru, ein multiethnischer Staat

**Seit der spanischen Eroberung wird die „indianische" Bevölkerungsmehrheit Perus von einer weißen Oberschicht beherrscht, die heute etwa 10% der Bevölkerung (insgesamt: ca. 20 Millionen) ausmacht. Zu ihr gehören neben den Nachfahren der spanischen Kolonialherren auch italienische, deutsche, englische und andere europäische Einwanderer. Während der Kolonialzeit wurde auch eine beträchtliche schwarze Bevölkerung als Sklaven ins Land gebracht, deren Nachfahren heute aber nur noch 2-3% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Etwa ebenso viele Peruaner sind ostasiatischer Abstammung, hauptsächlich Nachfahren chinesischer Arbeiter, die im 19. Jahrhundert für die Arbeit auf Plantagen und beim Eisenbahnbau geholt wurden. Die nur ca. 100.000 Personen zählende japanische Minderheit („Nikkei") kam erst ab Beginn dieses Jahrhundert ins Land, ebenfalls zunächst als Landarbeiter. Die meisten japanischen Immigrantenfamilien stiegen jedoch bald in die Mittelschicht auf.**

**Die Frage, inwieweit die ursprüngliche Bevölkerung des Landes heute noch „indianisch" ist, läßt sich kaum beantworten, da die jahrhundertelange kulturelle Unterdrückung und sexuelle Ausbeutung durch die Eroberer überall ihre Spuren hinterlassen hat. Noch ca. 40% der Bevölkerung sprechen das Quechua, das in seiner heutigen Form aber selbst ein Produkt der Kolonialzeit ist, oder das Aymara, die beiden großen einheimischen Sprachen. Nur noch eine Minderheit lebt im Bergland in traditionellen ländlichen Lebensformen. Der „cholo", der kulturell und rassisch ein Mestize, in jedem Fall aber ein sozial diskriminierter Peruaner ist, bildet vor allem in den Städten die große Mehrheit der Bevölkerung. Die Verachtung durch die weiße Oberschicht trifft ihn vielleicht noch härter als den traditionellen Indio. Im Amazonasurwald leben noch ca. 200.000 Tieflandindianer, die dort ebenfalls längst zur Minderheit unter den zahlreichen weißen und mestizischen Siedlern geworden sind.**


Quellen:
Wochenzeitungen "Caretas", "Si" (Lima)
DESCO: Resumen Semanal (Lima, laufend)
IDL: Informe mensual Nr. 12, 13, 14 (April-Mai 1990), Lima
DESCO: Qué Hacer Nr. 54, 1988 und laufende Nummern (Lima)
Comisión Andina de Juristas: Informativo Andino (Lima, monatlich), laufende Nummern
Tagespresse (Lima)

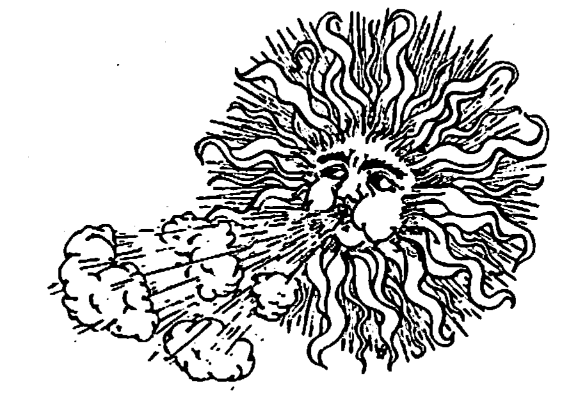
So haben wir uns wohl erprobt,
Vergnügt, wenn der Patron es lobt.
Nur mit zwei Schiffen sind wir fort,
Mit zwanzig sind wir nun im Port.
Was große Dinge wir getan,
Das sieht man unserer Ladung an,
Das freie Meer befreit den Geist
Wer weiß da, was Besinnen heißt!
Da fördert nur ein rascher Griff,
Man fängt den Fisch, man fängt ein Schiff,
Und ist man erst der Herr zu drei,
Dann hakelt man das vierte bei,
Da geht es dann dem fünften schlecht,
Man hat Gewalt, so hat man Recht.
Man fragt uns Was, und nicht ums Wie.
Ich müßte keine Schiffahrt kennen:
Krieg, Handel und Piraterie;
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.




Große Dinge stehen bevor. Die Regierenden Spaniens, Portugals und Lateinamerikas rüsten sich für den fünfhundersten Jahrestag der „Entdeckung" Amerikas. Die Vorbereitungen der Feierlichkeiten verdeutlichen indes die Kontinuität von kolonialistischem Bewußtsein und Abhängigkeitsstrukturen. Dieses Bewußtsein braucht den Mythos der europäischen Entdeckung der „neuen Welt" als eine Beweihräucherung der europäischen Zivilisation.
Schon der Untertitel des offiziellen spanischen Programms, „Begegnung zweier Welten", unterstreicht die Verschleierung von historischen und aktuellen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika.
Das ausgewähle historische Quellenmaterial im Einleitungsbeitrag „Eine Begegnung hat nie stattgefunden" zeigt erschreckend deutlich, wie dreist und zielbewußt die Täter als kolonialistische Eroberungs- und Ausbeutungsstrategen vorgingen. Die Vertreter der abendländischen Kultur von Colon über Cortes bis Las Casas legten Grundsteine für die systematische Ausplünderung der drei Kontinente. Der Artikel „Das Bild des Anderen" konkretisiert die unterschiedlichen Blickwinkel der europäischen Denkschulen, die in eurozentristische Sichtweisen münden und andere Kulturen bis heute für ihre Zwecke benutzen.
Die spanische Regierung versucht in ihrem Programm zum fünfhundertsten Jahrestag solche kolonialistischen Sichtweisen in moderner Verpackung in die Öffentlichkeit zu bringen. Gegen diese Geschichtsverfälschung organsieren sich die sozialen Bewegungen Spaniens. Mit dem Artikel zur spanischen Gegenkampagne werden Motivationen und Hintergründe der geplanten spanienweiten Organisierung vorgestellt.

Den Widerstand der indigenen Gesellschaften Lateinamerikas gegen ihre Zerstörung thematisieren die darauffolgenden Artikel. Im Amazonasbecken setzt die brasilianische Regierung mit hilfe der Modernisierungs- und Bevölkerungspolitik und mit Unterstützung internationaler Organisationen die Ausrottung der Indigenas fort. Diese innere Kolonialisierung ist die andere Seite der Medaillie des Kolonialismus.
Ob im Amazonasbecken oder in Ecuador, die neue Qualität des Widerstands zeigt sich im Zusammenschluß landesweiter und internationaler Indigena-Netzwerke. Dieses amerikaweite Netz von Indianer und Kleinbauern-Organisationen liegt mit seinen Forderungen und Aktionen den Herrschenden schwer im Magen.
Mit einem Diskussionsbeitrag reagiert die AG Quinto-Centenario der ADW auf den Artikel von Heinz Dietrich, „Ironien der Weltgeschichte", aus dem Buch „Das fünfhundertjährige Reich". Ziel ist eine Auseinandersetzung über die Kernthesen von Dietrich, der die allgemein hochgelobte „Freie Welt" als Produkt faschistischer Kontinuität begreift und als „Viertes Reich" bezeichnet. Gerade zum Thema „500 Jahre Kolonialismus" erscheint uns angesichts der wachsenden Euphorie der Markt- und Kapitalvertreter eine Debatte um die Brüche und Kontinuität imperialistischer Politik dringend geboten.
Diese Ausgabe steht im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf eine anstehende bundesweite Kampagne zum Thema „500 Jahre Kolonialismus". Zum gleichen Thema erscheint im September in Zusammenarbeit mit fast allen unabhängigen Dritte-Welt-Zeitschriften die zweite Ausgabe der Zeitschriftenbeilage.





# Eine Begegnung hat nie stattgefunden

**Am 12. Oktober 1492 erreichte Cristobal Colón auf seiner Suche nach einem Seeweg ins reiche Indien den amerikanischen Kontinent. In seinem Tagebuch berichtet er verwundert von der Schönheit der Natur und dem Leben der Bewohner. Dennoch war seine Reise eine Enttäuschung. Das Gold, das er seinen Auftraggebern, den spanischen Königen, versprochen hatte, fand er nicht. Auf der Suche nach den erhofften Reichtümern drangen die Europäer Anfang des 16. Jahrhunderts in den Kontinent ein und unterwarfen die ihnen zunächst freundlich gesinnten Völker. Den Abenteurern folgten Händler, Missionare und Verwaltungsbeamte, die die Versklavung und Kolonialisierung der Indios systematisch betrieben. Die 500jährige Ausplünderung Lateinamerikas konnte beginnen. Für 75 Millionen Indios bedeutete die Invasion der Europäer qualvollen Tod. Doch immer noch wollen uns die offiziellen Geschichtsschreiber vorgaukeln, es hätte eine "Begegnung zweier Welten" stattgefunden. Im folgenden dokumentieren wir einige Texte, die von der Invasion der Weißen berichten.**

Kolumbus entstammte einer Wollweberfamilie aus Genua. Lange Jahre segelte er im Auftrag großer Handelshäuser der Stadt zwischen Europa und Afrika hin und her. Später lebte er vorwiegend in Portugal, studierte Geographie und die Theorien der Kosmographen. Dabei gelangte er zu der Gewißheit, Indien sei auf dem westlichen Seeweg zu erreichen. Die Vorstellung von der Kugelgestalt der Erde hatte sich zwar weitgehend durchgesetzt, aber die riesige Entfernung zwischen Europa und Asien erschien damals unüberwindbar. Deshalb lehnten das portugiesische und andere Herrscherhäuser, an die er bereits 1483/84 herantrat, eine Finanzierung seiner Reise ab. Schließlich gelang es ihm 1492, die spanischen Könige von seinen Plänen zu überzeugen. Diese benötigen nach dem langwierigen Krieg gegen die Mauren dringend Gold und Silber und erhofften sich die Ausdehnung ihres Machtbereichs und die Ausschaltung der vielen Zwischenhändler im Überseehandel. Pfeffer, Ingwer, Gewürznelke und Muskatnuß sowie Zimt kamen aus dem fernen Indien und waren ebenso begehrt wie das Salz zur Aufbewahrung von Fleisch im Winter. Kolumbus führte bei seiner ersten Reise ein Exemplar des Reiseberichts von Marco Polo mit, in dem dieser den Reichtum Asiens an Gewürzen, Perlen, Gold und Silber beschrieben hatte. Nach zehnwöchiger Reise erreichten seine Schriffe am 12. Oktober 1492 die karibischen Inseln, deren Einwohner er "Indios" nannte. Bis zu seinem Tod beharrte Kolumbus auf seinem Irrtum, nach Indien gelangt zu sein. Um den versprochenen Anteil an den geraubten Schätzen von der spanischen Krone betrogen, starb er 1506 verarmt in Spanien.

### Aus dem Bordbuch von Kolumbus

**Freitag, den 12. Oktober**

Um zwei Uhr morgens kam das Land in Sicht, von dem wir etwa acht Seemeilen entfernt waren. Wir holten alle Segel ein und fuhren nur mit einem Großsegel, ohne Nebensegel. Dann lagen wir bei und warteten bis zum Anbruch des Tages, der ein Freitag war, an welchem wir zu einer Insel gelangten, die in der Indianersprache »Guanahani« hieß.

Dort erblickten wir allsogleich nackte Eingeborene. Ich begab mich, begleitet von Martin Alonso Pinzón und dessen Bruder Vicente Yánez, dem Kapitän der »Niña«, an Bord eines mit Waffen versehenen Bootes an Land. Dort entfaltete ich die königliche Flagge, während die beiden Schiffskapitäne zwei Fahnen mit einem grünen Kreuz im Felde schwangen, das an Bord aller Schiffe geführt wurde und welches rechts und links von den je mit einer Krone verzierten Buchstaben F und Y umgeben war.[1] Unseren Blicken bot sich eine Landschaft dar, die mit grün leuchtenden Bäumen bepflanzt und reich an Gewässer und allerhand Früchten war.

Sofort sammelten sich an jener Stelle zahlreiche Eingeborene der Insel an. In der Erkenntnis, daß es sich um Leute handle, die man weit besser durch Liebe als mit dem Schwerte retten und zu unserem Heiligen Glauben bekehren könne, gedachte ich sie mir zu Freunden zu machen und schenkte also einigen unter ihnen rote Kappen und Halsketten aus Glas und noch andere Kleinigkeiten von geringem Werte, worüber sie sich ungemein erfreut zeigten. Sie wurden so gute Freunde, daß es eine helle Freude war. Sie erreichten schwimmend unsere Schiffe und brachten uns Papageien, Knäuel von Baumwollfaden, lange Wurfspieße und viele andere Dinge noch, die sie mit dem eintauschten, was wir ihnen gaben, wie Glasperlen und Glöckchen. Sie gaben und nahmen alles von Herzen gern.

Ich habe keinen schöneren Ort je gesehen. Die beiderseitigen Flußufer waren von blühenden, grünumrankten Bäumen eingesäumt, die ganz anders aussahen als die heimatlichen Bäume. Sie waren von Blumen und Früchten der verschiedensten Art behangen, zwischen denen zahllose, gar kleine Vöglein ihr süßes Gezwitscher vernehmen ließen. Es gab da eine Unmenge Palmen, die einer anderen Gattung angehörten als jene von Guinea und Spanien; sie waren mittelgroß, hatten an den unteren Enden keine Zellfasern und sehr breite Blätter, mit denen die Eingeborenen die Dächer ihrer Behausungen bedeckten.

**Sonntag, den 16. Dezember**
Die Ortschaft, die sich längs des Meeresstrandes hin erstreckte, schien mir erst vor kurzem errichtet worden zu sein, da deren Behausungen noch ein ganz neues Aussehen hatten. Der Indianer erreichte mit seinem Kanoe bald das Land und berichtete den Einwohnern von meiner Leute Güte. Allein schon war die Kunde davon aus den Ländern, die wir zuvor durchzogen hatten, bis hierher gedrungen, weshalb bei der ersten Nachricht von unserem Herannahen uns mehr als 500 Männer entgegengeeilt kamen. Bald darauf traf auch ihr König ein, worauf sie sich alle längs des Strandes niederließen, in unmittelbarer Nähe der Schiffe, die ganz nah an Land herangefahren waren.

Zuerst kletterten sie einer nach dem anderen, später viele auf einmal, an Bord meines Schiffes, aber ohne etwas mit sich zu bringen. Nichtsdestoweniger gaben sie bereitwilligst jene wenigen Gramm feinsten Goldes her, die einige von ihnen an den Ohren und in der Nase hatten. Ich ließ allen eine gute Behandlung zuteil werden, da sie die besten und fügsamsten Leute der Welt sind, und vor allem, weil ich zu Gott hoffe, daß Euer Hoheit aus ihnen gute Christen und sie damit zu Ihren Untertanen machen werden, als welche ich sie jetzt schon betrachte.
Da ich bemerkte, daß der erwähnte König sich am Meeresufer niedergelassen hatte und ihm alle die größte Achtung entgegenbrachten, sandte ich ihm ein Geschenk, das der König nach vielen Förmlichkeiten entgegennahm. Dieser Indianerhäuptling mag 20 oder 21 Jahre alt gewesen sein. Ein Stammesältester und andere Ratgeber standen ihm zur Seite, die ihm Ratschläge erteilten und für seine Handlungen verantwortlich waren, da der König nur wenige Worte sprach. Ein Indianer aus meinem Gefolge ließ sich mit ihm in ein Gespräch ein und erklärte ihm, daß wir Christen, die vom Himmel gekommen seien, auf der Suche nach Gold wären und sich zur Insel Baneque begeben wollten. Der König gab zur Antwort, daß wir nicht Besseres tun könnten, da auf jener Insel viel Gold vorhanden sei. Hierauf gab er einem meiner Männer, der ihm das Geschenk überreicht hatte, den günstigsten Weg an, und meinte, daß wir in zwei Tagen unser Ziel erreicht haben würden. Falls wir irgend etwas von seinem Lande benötigen sollten, so brauchten wir es ihn nur wissen zu lassen, er würde es uns jederzeit bereitwillig verschaffen.

Im Laufe des Nachmittags begab sich der König auf mein Schiff, wo ich ihn mit den ihm gebührenden Ehren empfing und ihm klarmachen ließ, daß ich im Dienste der Könige Kastiliens stehe, die die mächtigsten Fürsten der Welt sind. Allein weder die an Bord der Karavellen befindlichen Indianer, die als Dolmetscher wirkten, noch der König selbst glaubten mir auch nur ein Wort, da sie alle fest davon überzeugt waren, daß wir Christen vom Himmel herabgestiegen seien und das Königreich von Kastilien im Himmel und nicht auf Erden gelegen sei.
Wir wollten dem König Speisen aus Kastilien anbieten. Kaum hatte er davon einen Bissen zu sich genommen, reichte er den Rest der Speisen seinen Ratgebern und dem Stammesältestens und allen übrigen seines Gefolges.

Euer Hoheiten können versichert sein, daß diese Länder, insbesondere aber die Spanische Insel, dermaßen schön und fruchtbar sind, daß man es unmöglich mit Worten schildern kann. Diese Insel, wie auch alle anderen Inseln, gehören zum Besitz Eurer Hoheiten, genauso wie Kastilien; um die Herrschaft auszuüben, braucht man sich hier nur niederzulassen und den Eingeborenen anzuordnen, allen Befehlen nachzukommen. Tatsächlich kann ich mit den wenigen Männern meiner Begleitung alle diese Inseln durchstreifen, ohne befürchten zu müssen, daß mir irgend etwas zustoße. Ich habe feststellen können, daß allein drei meiner an Land gegangenen Matrosen nur durch ihr Auftreten einen ganzen Haufen Eingeborenen in die Flucht geschlagen hatten, obwohl sie ihnen nichts anzutun beabsichtigten. Sie besitzen keine Waffen, sind unkriegerisch, harmlos, nackt und so feige, daß tausend von ihnen drei meiner Leute nicht an sich herankommen lassen würden. Dafür sind sie bereit, zu gehorchen, zu arbeiten und alles Nötige zu vollführen. Mithin wäre es angezeigt, sie dazu zu verwenden, Städte und Ortschaften zu errichten, und ihnen unsere Kleidung und Gebräuche beizubringen.[2]



Er sagt, daß er Kolumbus heißt und gekommen ist, um uns zu entdecken!

## Die Wiederkehr der weißen Götter

Die Eingeborenen wurden auch durch die Überraschung geschlagen. Der Kaiser Moctezuma erhielt in seinem Palast die ersten Nachrichten: Ein großer Hügel bewege sich auf dem Meere fort. Später überbrachten ihm Boten die Nachricht: "... großen Schreck verursacht, wie die Kanone knallt und wie man ohnmächtig hinsinkt, die Ohren werden davon betäubt. Und wenn der Schuß losgeht, bricht eine Art Feuerkugel aus ihrem Innern hervor: es regnet Feuer ... Die Fremden bringen 'Rehe' mit, die sie so hoch wie Dächer tragen. Ihr Körper ist von allen Seiten umhüllt, nur ihr Gesicht ist zu sehen. Es ist weiß, als ob es aus Kalk wäre. Ihr Haar ist gelb, wenn es auch bei einigen schwarz ist. Lang ist ihr Bart ..."

**Vertrag der spanischen Könige Ferdinand und Isabella mit Kolumbus vom 17.4.1492**
"Als Entschädigung für das, was Christoph Kolumbus im Dienst der katholischen Könige entdecken soll, versprechen wir ihm auf seine Bitte hin folgendes:
1. Wir ernennen ihn zum Admiral über alle Inseln und Festländer, die er entdeckt, und verleihen ihm die mit diesem Amt verbundenen Vorrechte auf Lebenszeit für sich und seine Erben.
2. Wir ernennen ihn zum Vizekönig und Statthalter dieser entdeckten Länder.
3. Vom Reinertrag aller Waren, die in diesen Gebieten gehandelt werden, soll er für sich 1/10 behalten dürfen; die übrigen 9/10 gehören der Krone."

**Der Papst im Mai 1493 an die Könige von Spanien**
"Auf den [von Kolumbus] entdeckten Inseln finden sich Gold, Gewürze und ... andere wertvolle Naturprodukte ... [Ihr habt] Euch vorgenommen, die genannten Inseln ... samt ihren Bewohnern ... Euch zu unterwerfen und zum katholischen Glauben zu führen ... Wir begrüßen [dies und] ermahnen Euch, das Unternehmen ... fortzusetzen, damit ihr die Völker ... zur Annahme des Christentums veranlaßt ... Durch Unsere ... apostolische Gnade beschenkt ... übergeben wir Euch ... als Stellvertreter Christi auf Erden die näher bezeichneten Inseln und Festländer." [Es folgt die Festlegung einer Linie vom Nord- zum Südpol. Die Gebiete westlich der Linie sollen Spanien, die ostwärts Portugal gehören.]

Moctezuma glaubte, es wäre der Gott Quetzalcoátl, der wiedergekommen sei. Acht Vorzeichen hatten kurz vorher seine Rückkehr angekündigt. Die Jäger hatten ihm einen Vogel gebracht, der auf dem Kopf ein rundes Diadem mit dem Aussehen eines Spiegels trug, auf dem der Himmel, mit der Sonne nach dem Westen gerichtet, seinen Abglanz fand. Auf diesem Spiegel sah Moctezuma die Horden der Krieger auf Mexiko losziehen. Der Gott Quetzalcoátl war aus dem Osten gekommen, und nach dem Osten war er fortgezogen: er war weiß und bärtig. Weiß und bärtig war auch Viracocha, der zweigeschlechtige Gott der Inkas. Und der Osten war auch die Wiege der heldenhaften Vorfahren der Mayas.[3]



Hernán Cortés entstammte einer wenig begüterten Familie des kampferprobten Kleinadels der Grenzprovinz Extremadura. Ab 1502 war er Student an der Universität in Salamanca. Von 1504 bis 1511 war er auf der Insel La Española (Haiti), danach in Diensten des Conquistadors Diego Velázquez auf Kuba, wo er in wenigen Jahren ein sehr ansehnliches Vermögen erwarb. Zur geschichtlichen Figur wurde Cortés erst ab den Ereignissen des Jahres 1519, als er die zusammen mit Diego Velázquez ausgerüstete Expedition zum Festland - auf die Kunde von dem Reichtum des Königs Moctezuma - durch eigenwilligen Entschluß zum Instrument einer planmäßigen Erorberung machte. Die Stadtgründung von Vera Cruz (1519) diente ihm als Stützpunkt und Verbindungshafen zum spanischen Mutterland, während er nach *Tenochtitlan,* Mittelpunkt des aztekischen Staatswesens und Sitz des Herrschers, vorrückte. Auf dem Weg dahin schaffte sich Cortés unter den tributpflichtigen Völkerschaften des Moctezuma durch kluges Auftreten zahlreiche Verbündete, die ihm gerade dann von größtem Nutzen waren, als er nach der Begegnung mit Moctezuma in Tenochtitlan (11. November 1519) und dessen Gefangennahme einem Aufstand der Azteken nur mit viel Glück und unter großen Verlusten entkommen konnte (Juni 1520). Erst nach dieser Niederlage begann die planmäßige Vorbereitung der militärischen Eroberung des Zentrums des Aztekenreichs, der Lagunenstadt *Temixtitan,* wie sie von Cortés selbst genannt wird. Die Einkreisung der Stadt, ihre Abriegelung vom umgebenden Festland und der Sieg über die gewaltigen Kriegerscharen der Azteken war Cortés nur durch das große Aufgebot von verbündeten Truppen aus einheimischen Völkern *(naturales)* und durch den Einsatz von 13 Schiffen auf dem Lagunensee möglich. Ihr Bau und Transport bis zum Wasser der Lagune hat den entscheidenden Angriff verzögert, der erst am 13. August 1521 nach 75tägiger Belagerung mit der Gefangennahme des neuen Herrschers Guatimucín (Cuauthemoc) zum Erfolg führte.[4]

## Aus den Aufzeichungen der Azteken

Die Spanier kamen in Xoloco an, am Eingang von Tenochtitlan. Das war das Ende ihres Marsches, denn sie hatten ihr Ziel erreicht.
Da legte Motecuhzoma seinen glänzendsten Schmuck an und bereitete sich darauf vor, ihnen zu begegnen. Auch die anderen großen Fürsten schmückten sich und die Edlen und die Häuptlinge und die Krieger. Und sie alle zusammen gingen hinaus, um die Fremden zu empfangen.
Sie trugen bemalte Becken, gefüllt mit den schönsten Blumen: der Sonnenblume, die dem Schilde gleicht, der Magnolie, die wie das Herz geformt ist; in der Mitte war die Kakaoblüte mit dem süßesten Duft und die wohlriechende gelbe Tabakblume, die köstlichste von allen. Sie nahmen auch Blumengewinde mit und Brustschmuck und goldene Halsketten, an denen kostbare Edelsteine hingen, Halsketten wie geflochtene Matten, mit dicht aneinandergereihten Perlen.
So ging Motecuhzoma aus, um sie zu treffen, dort in Huitzilan. (...)
Er brachte dem Kapitän und seinen Anführern viele Geschenke - ihnen, die gekommen waren, den Krieg zu bringen. Er überschüttete sie mit Gaben, er hing ihnen Blumen um den Hals, er gab ihnen Haltketten aus Blumen, er legte ihnen Fesseln aus Blumen um die Brust, er setzte ihnen Blumenkränze auf den Kopf.
Dann schmückte er sie mit goldenen Halsketten und gab ihnen Geschenke von allen Arten als Willkommensgaben. (...)
Als die Spanier den königlichen Palast betreten hatten, ergriffen sie Motecuhzoma, nahmen ihn in Gewahrsam, stellten ihn unter Aufsicht. (...)
Dann feuerten sie ein Geschütz ab, und große Verwirrung entstand in der Stadt. Das Volk stob auseinander, es floh ohne Sinn und Verstand, es rannte davon wie gejagt, als ob giftige Pilze oder Wundererscheinungen die Sinne verwirrten. Alle waren von Angst überwältigt, hatten feige Herzen. Und als die Nacht niederfiel, brütete Furcht über der Stadt, kroch in die Häuser und lauerte noch in den Träumen. (...)
Als die Spanier sich im Palast eingerichtet hatten, fragten sie Motecuhzoma nach dem Staatsschatz aus, nach den Rangabzeichen der Krieger, nach den Schilden. Sie bedrängten ihn hart und dann verlangten sie: Gold! Motecuhzoma willigte ein, sie zu den Schätzen zu führen. Sie umdrängten ihn, kamen nahe an ihn heran mit ihren Waffen. Er ging in der Mitte, sie schlossen ihn ein, in einem dichten Kreis.
Als sie am Teucalco, dem großen Schatzhaus waren, wurden die Reichtümer ihnen gezeigt: der Goldschmuck, die Federn, der Federschmuck, die reichverzierten Schilde, die goldenen Brustscheiben, die Geschmeide der Götterbilder, die goldenen Nasenpflöcke, die goldenen Beinschienen, die goldenen Handgelenkriemen und die kostbaren Kronen. Die Spanier rissen sofort die wertvollen Federn von allen goldenen Schilden und Abzeichen weg. Alles Gold rafften sie zu einem Haufen. An die anderen Kostbarkeiten legten sie Feuer, und alles verbrannte. Das Gold schmolzen



sie ein zu Barren, und von den wertvollen grünen Edelsteinen nahmen sie nur die besten, die anderen stahlen die Tlaxcalteken. Das ganze Schatzhaus durchwühlten die Spanier, sie drängten und fragten und griffen nach allem, was ihnen gefiel.
Dann gingen sie nach Totocalco, dem Platz des Vogelpalastes, in Motecuhzomas Schatzhaus, in dem seine eigenen Reichtümer waren. Vor Vergnügen fletschten die Spanier die Zähne wie Tiere und beklopften einander vor Freude. Sie glaubten in ihrem Paradiese zu sein, als sie die Schatzhalle sahen. Sie durchsuchten alles und verlangten nach allem, sie waren Sklaven ihrer

**Die Entdeckung Amerikas**

1. Ein Mann, der sich Ko-lumbus nannt, widewidewit in der Schiffahrt wohl bekannt, widewit, bumbum, Es drückten ihn die Sorgen schwer, er suchte neues Land im Meer. Glo-ri-a, Vik-to-ri-a, wi-de-wi-dewitt, juch-hei-ras-sa, widewit bum-bum.

2. Als er den Morgenkaffee trank, da rief er fröhlich: „Gott sei Dank!" Denn grad kam mit der Straßenbahn der span'sche König bei ihm an ...

3. „Kolumbus", sprach er, „lieber Mann, du hast schon manche Tat getan. Eins fehlt noch unsrer Gloria: entdecke mir Amerika!"

4. Gesagt, getan, ein Mann, ein Wort: am selben Tag noch fuhr er fort. Und eines Morgens schrie er: „Land! Wie deucht' mir alles so bekannt!"

5. Das Volk an Land stand stumm und zag; da sagt Kolumbus: „Guten Tag! Ist hier vielleicht Amerika?" Da schrieen alle Wilden: „Ja!"

6. „Sind Sie vielleicht Kolumbus, Herr?" „Ja, ja, der bin ich!" sagte der. Da war'n die Amis sehr erschreckt und schrieen all': „Wir sind entdeckt!"

Seit der Entdeckung Amerikas bekannt

eigenen Gier. Alle Besitztümer Motecuhzomas wurden hervorgeholt: die Halsketten mit den großen Gehängen, die kostbaren Oberarmringe, die Knöchelringe mit den goldenen Schellen, die Krone aus Türkismosaik mit dem dreieckig aufragenden Stirnblatt, die Königstracht und all der andere Schmuck, der dem König gehört und den nur er allein tragen darf.
Nach diesen Schätzen griffen sie, als ob sie ihr Eigentum wären, als ob dies kein Raub, als ob es ein günstiger Fund wäre.[5]

## Die Zerstörung der Kultur der "wilden Eingeborenen"

Als die Spanier in Amerika eindrangen, befand sich das Imperium der Inkas, dessen Macht auf das heutige Peru, Bolivien



und Ekuador ausstrahlte und bis an den Norden Argentiniens und den brasilianischen Urwald reichte, auf seinem Höhepunkt. Der Aztekenbund hatte im Tal von Mexiko ein hohes Organisationsniveau erreicht, und in Yukatan und Mittelamerika lebte die glanzvolle Mayazivilisation in den Völkern, die sie geerbt hatten, fort.
Diese Gesellschaftsordnungen haben trotz der langanhaltenden Zerstörung zahlreiche Zeugnisse ihrer Größe hinterlassen: religiöse Denkmäler, deren kluge Anlage die der ägyptischen Pyramiden übertraf, wirksame technische Schöpfungen im Kampf gegen die Natur, Kunstgegenstände, in denen ein ungezähmtes Talent zutage tritt. Die Mayas waren große Astronomen gewesen und hatten mit erstaunlicher Präzision die Zeit und auch den Raum gemessen, sie hatten die Bedeutung der Null früher als jedes andere Volk in der Geschichte entdeckt. Die von den Azteken geschaffenen Bewässerungskanäle und künstlichen Inseln blendeten Hernán Cortés, obwohl sie nicht aus Gold waren.
An der Pazifikküste zerstörten die Spanier die riesigen Anbauflächen von Mais, Jukka, Schmink- und Speckbohnen, Erdnüssen, Süßkartoffeln, oder ließen ihren Verfall zu, die Wüste verschlang schnell bedeutende Landflächen, denen das Bewässerungsnetz der Inkas Leben eingehaucht hatte. Sowohl die Terrassen wie die Aquädukte zur Bewässerung waren in jenem Reiche, das weder das Rad noch das Pferd, noch das Eisen kannte, dank der bewundernswerten Organisation und technischen Vollendung möglich, die ihrerseits auf einer klug durchdachten Arbeitsteilung beruhten, aber auch dank der religiösen Kraft, die sich aus der Beziehung des Menschen zur Erde ergaben, der Erde, die heilig war und daher ewiges Leben besaß.[6]

## Bericht von Bartholomé de Las Casas über die Behandlung der Indios

Las Casas, ein spanischer Adliger aus Sevilla, erwarb zunächst selber Indianerland, wurde dann Dominikanermönch und später Bischof von Mexiko. Von seinem Vorschlag, zur Schonung der Indianer Negersklaven von Afrika nach Amerika einzuführen, rückte er später wieder ab.

"Ich, Bartholomé de las Casas, Bruder des heiligen Dominikus, habe mich entschlossen, [den] königlichen Hof von Spanien aufzusuchen und alles daranzusetzen, daß die tiefe Not der Indianer ein Ende finde ... Auch treibt mich das Erbarmen mit dem Vaterland, auf daß Gott es nicht schlage wegen der großen Sünden, die es ... gegen seine Nächsten begangen hat ...
Es ist ... zu berichten, wie der Gouverneur die Verfügung ... durchführte ... [Der] Erziehung, Belehrung und Bekehrung der Indianer wurde ... nicht mehr Aufmerksamkeit zugewendet ..., als wenn die Indianer ... Katzen oder Hunde gewesen wären. Das gilt ... auch von denen, die die Indianer zur Dienstleistung zugewiesen erhielten ...

Die zweite Vorschrift, daß jeder [Häuptling] ... eine bestimmte Anzahl zu stellen habe, führte der Gouverneur so aus, daß er die zahlreiche Bevölkerung dieser Insel vernichtete: er übergab nämlich jedem Spanier, der den Wunsch dazu äußerte, dem einen fünfzig, dem anderen hundert Indianer, anderen auch mehr ..., je nach Gunst ..., darunter Kinder und Greise, schwangere Frauen und Wöchnerinnen, ja selbst die Könige dieser Völker ...
Den Spaniern stellte er eine Bescheinigung ... in der nachstehenden Art aus: 'Euch, N.N., werden hiermit vermittels des [Häuptlings] N.N. fünfzig (oder hundert) Indianer zugewiesen, damit Ihr Euch ihrer bedient und sie im katholischen Glauben unterweisen laßt.' ... Und so verfuhr er mit allen ...

Die Spanier [schleppten] die verheirateten Männer 60 bis 400 km ... zum Goldgraben fort ..., und die Frauen [blieben] in den Häusern und auf den Farmen zurück ..., um dort Feldarbeit zu verrichten ... Sie mußten die Erde ... mit Pfählen, die im Feuer gehärtet waren, aufbrechen ... So kam es, daß ... die Geburten fast aufhörten. Die neugeborenen Kinder konnten sich nicht entwickeln, weil die Mütter, von Anstrengung und Hunger erschöpft, keine Nahrung für sie hatten. Aus diesem Grunde starben z.B. auf der Insel Kuba, als ich dort war, 7.000 Kinder im Laufe von drei Monaten; einige Mütter erdrosselten vor Verzweiflung ihre Kinder ... So starben die Männer in den Goldminen, die Frauen auf den Farmen vor Erschöpfung ...
Die Indianer [sollten] nur auf einige Zeit ... verdingt werden ... Der Gouverneur aber überlieferte sie [den Spaniern] zur ständigen Arbeitsleistung, ohne ihnen eine Ruhepause zu gewähren ... Ferner ließ er ... zu, daß man spanische Aufseher über sie setzte ... Sie gaben ihnen Stock- und Rutenhiebe ..., Peitschenschläge, Fußtritte und nannten sie nie anders als 'Hunde' ... Bei der fortgesetzten unmenschlich harten Behandlung flohen [einzelne] ... in die Berge. Darauf setzte man Häscher ein, die ... sie wieder herbeibrachten. [Anschließend wurden sie für ihren Fluchtversuch halbtot gepeitscht.]



[Beim] Goldschürfen ... geht es folgendermaßen zu: ... Die Arbeit in den Minen währte anfangs sechs Monate, später ... acht und dauerte an, bis das gesamte Gold in die Schmelzerei gebracht war. War es ausgeschmolzen, so nahm der König seinen Anteil davon, den Rest bekam der Inhaber des Repartimento [Eingeborenenzuteilung], der freilich viele Jahre hindurch auch nicht einen [Pfennig] davon zu seiner Verfügung bekam, weil er alles schon den Lieferanten und anderen Gläubigern schuldete, und so brachte die Qual ... der Indianer beim Schürfen ... nur zuwege, daß Gott [das Gold] dahinschwinden ließ, und kein Mensch dabei einen Gewinn hatte. Während der Zeit des Goldschmelzens gab man den Indianern Urlaub zu ihren Stämmen, die zwei, drei oder vier Tagereisen entfernt wohnten. Man kann sich wohl vorstellen, wie sie dort ankamen ... Bald nach der Ausfertigung dieser königlichen Verfügung starb die Königin, ohne von dieser grausamen Vernichtung etwas zu ahnen. Ihr folgte in der Regierung König Philipp [der Schöne] ... Bevor [er] ... von den indianischen Angelegenheiten erfuhr ..., starb König Philipp. Dadurch war das Königreich ... zwei Jahre lang verwaist, und so griff die ... Vernichtung dieser Menschen um sich und wurde in Spanien verschwiegen ... [Weite Gebiete], einst von Menschen mit hoher Kultur bewohnt, sind heute entvölkert ... Als Ergebnis kann man annehmen, daß in den ... vierzig Jahren ... mehr als zwölf Millionen ... Männer, Frauen und Kinder ... getötet worden sind."[7]

Die Bakterien und die Viren waren die besten Verbündeten der Europäer. die Eroberer brachten die Blattern und den Wundstarrkrampf, verschiedene Lungen-, Darm- und Geschlechtskrankheiten, das Trachom, den Typhus, die Lepra, das gelbe Fieber und die Zahnfäule, die den Mund zerfraß, wie biblische Plagen mit. Die Blattern kamen zuerst. Sollte diese unbekannte und ekelerregende ansteckende Krankheit, die Fieber entzündete und das Fleisch zersetzte, nicht eine übernatürliche Strafe sein? "Sie sind schon in Tlaxcala eingedrungen. Sogleich breitete sich die Seuche aus: Husten, hochrote brennende Geschwüre", besagt das Zeugnis eines Eingeborenen, und in einem anderen liest man: "Viele erlitten den Tod durch die klebrige, klumpige und harte Pustelkrankheit". Die Indianer sterben wie die Fliegen, ihre Organismen waren den neuen Krankheiten gegenüber wehrlos. Und die, die überlebten, blieben für den Rest ihres Lebens geschwächt und untauglich. Der brasilianische Anthropologe Darcy Ribeiro schätzt, daß mehr als die Hälfte der eingeborenen Bevölkerung Amerikas, Australiens und der ozeanischen Inseln aufgrund von Ansteckungen nach dem ersten Kontakt mit den Weißen zugrunde ging.[8]

## Der Cerro Rico

Der Reichtum des silbernen Berges "Potosji" ("Der Donnernde") war schon den Inkas bekannt. Sie rührten den Berg aber nicht an, da Silber für die Inkas nur kultische und Bedeutung als Schmuck hatte.

Als die Spanier von dem sagenhaften Berg hörten, schickten sie Kundschafter aus: 1545 fanden diese armdicke Silberadern schon an der Oberfläche des farbenprächtigen Bergkegels.

Die Entdeckung sprach sich in Windeseile herum. Die Aussicht auf schnellen Reichtum lockte in kurzer Zeit tausende von entlaufenen Soldaten, Abenteurern, Kaufleuten, Huren, Bergleuten, Glücksrittern und Priestern in die karge Hochgebirgswüste. Schon 100 Jahre später war Potosi neben Londen die größte Stadt der Welt. Die Silberproduktion lag zwischen 1549 und 1555 bei 250 Tonnen/Jahr, das waren 68 % der Weltproduktion.

Bis 1830 wurde Silber für mindestens 18

**Edelmetalllieferungen nach Spanien**

| | Gold | Silber |
|---|---|---|
| 1503-1510 | 4965 | – |
| 1521-1530 | 4889 | 148 |
| 1531-1540 | 14466 | 86193 |
| 1541-1550 | 24957 | 177573 |
| 1551-1600 | 19451 | 2.707626 |
| 1651-1660 | 469 | 443256 |

**Zwischen 1530 und 1660 wurden in Sevilla 181.333 kg Gold und 16.886815 kg Silber entladen.**




Plakatwerbung in Berlin, ca. 1890

Miliarden Mark aus Potosi nach Spanien geschafft (ohne Schmuggel). Zwei Drittel der angelieferten Barren mußte das hochverschuldete spanische Königshaus an Gläubiger in Frankreich, Deutschland u.a. weitergeben. Dort wurde der Silberschatz aus Potosi zum Atartkapital der industriellen Entwicklung.

Im Laufe von 250 Jahren sind ca. 8.000.000 Indios in Potosi umgekommen. Weil die Kolonialherren billige Arbeitskräfte brauchten, verordneten sie den "Mita", einen Zwangs-Arbeitsdienst für alle Indios von 18 - 50 Jahren. Aus hunderten von Kilometern rund um Potosi wurden die Mitayos in Ketten zum Silberberg geschleppt. Sie schufteten schutzlos mal in eisiger Kälte, mal in unerträglicher Hitze im Berg ... ... oder in einer der 162 Silberschmelzen, wo die aufsteigenden Quecksilberdämpfe einen langsamen Tod der Indios verursachten.

Ende des 19. Jahrhundert versiegte der Silberfluß. 1825 lebten nur noch 8.000 Menschen in Potosi.

Kurz vor 1900 entdeckte man, daß im Abraum-Schutt der Silberminen Zinn enthalten war. Der Berg und seine Schutthalden wurden ein zweites Mal durchgegraben und -gesiebt.

Die Entdeckung einiger dicker Zinnadern machte eine Handvoll Männer reich. Für sie schleppten die Indios das Erz aus dem Berg - für einen Hungerlohn. Heute gehört der Berg zwar dem Staat, aber er ist inzwischen kaum noch etwas wert. Die reichgewordenen Minenbesitzer haben sich längst in profitablere Gegenden oder ins Ausland abgesetzt.

Die Indios arbeiten heute als selbständige Zinnsucher - mit staatlichen Konzessionen - und versuchen, die letzten Reste des Zinns aus der Bergruine zu holen. Die Arbeit in den ungesicherten Stollen ist mörderisch. 40° im Innern, während am Stolleneingang die Eiszapfen hängen.

Lebenserwartung der Männer in Potosi: 30-35 Jahre.

Durchschnittlich 250 Mark verdienen die Zinnsucher monatlich.

Frauen und Kinder müssen mitarbeiten, häuptsächlich bei der mühseligen Arbeit des Zinnsortierens und -waschens.[9]

Heute hat sich die internationale Verschuldung als neue Form des Kolonialismus etabliert. Allein 1989 sind aus Lateinamerika 25 Mrd. US-Dollar als Nettokapitaltransfer in die Industriestaaten geflossen. Am Prinzip der Ausplünderung Lateinamerikas hat sich bis heute nichts geändert. Nur die Methoden haben sich dem Wandel der Zeit angepaßt. "Die großen Banker der Welt, Eroberer unserer Zeit, die mit dem Jet und nicht mit der Karavelle reisen, vermögen mehr als die Könige und Marschälle, ja mehr als der Papst in Rom. Ehrenhafte Menschenfreunde, die die monetaristische Religion praktiziern, die auf dem höchsten Altar den Konsum anbeten. Sie machen sich die Hände nicht schmutzig. Niemals töten sie: Sie beschränken sich darauf, Beifall zu klatschen. Ihre Bedingungen heißen Empfehlungen. Die Dokumente der Kapitulation nennen sie Niederschrift der Absichten, *documents of intentions*. Stabilisieren bedeutet kippen. Der Hunger heißt *austerity*, den Dienst des Stricks für den Hals nennen sie Kooperation." (Eduardo Galeano).

**Anmerkungen:**

[1] Die Anfangbuchstaben des Königs und der Königin, Fernando und Ysabel

[2] Christoph Kolumbus - Bordbuch, Insel Taschenbuch, Frankfurt 1981

[3] Eduardo Galeano - Die offenen Adern Lateinamerikas, Hammer Verlag, Wuppertal 1986

[4] Dieter Janik, Wolf Lustig (Hrsg.), Die spanische Eroberung Amerikas, Vervuert, Frankfurt 1989

[5] Rückkehr der Götter - die Aufzeichnungen der Azteken über den Untergang ihres Reiches, Vervuet, Frankfurt 1986

[6] Eduardo Galeano - Die offenen Adern Lateinamerikas

[7] B. de Las Casas - Kurzgefaßter Bericht über die Verwüstung westindischer Länder, Hrsg. von H.M. Enzensberger, Insel Taschenbuch, Frankfurt 1966

[8] Eduardo Galeano - Die offenen Adern Lateinamerikas

[9] terre des hommes, AG Hamburg

# Das Bild des Anderen

## Der eurozentristische Blickwinkel

**"Ich brauche Amerika zu meiner Ausbildung. Dort will ich meine Phantasie in die Schule - die Urwälder - schicken." So beschreibt im Jahre 1832 Nikolaus Lenau aus Weinsberg, angeregt durch den Reisebericht Chateaubriand's über Amerika, seinen Wunsch, in die Wildnis zu gehen. Dort will er in Sehnsucht an die geliebten Dinge in Europa sein Herz "mazerieren", also durch Fäulnisprozesse zum Zerfall und damit zu neuer Empfindung bringen.**

**Das Interesse an Lateinamerika ist vielseitig, wenngleich auch nicht herzzerfließende Prozesse dabei in Gang gesetzt werden, wie es bei Nikolaus Lenau der Fall ist. Daß es seit der "Entdeckung" Amerikas nicht an differenzierten Bildern des fremden ANDEREN mangelt, steht außer Zweifel. Doch hat sich jemals eine LateinamerikanerIn darin wiedergefunden?**

Als der Genuese Kolumbus nach mehreren Wochen Kreuzfahrt auf Land stieß, glaubte er, einen neuen Seeweg über den Atlantik nach Indien gefunden zu haben. Aufgrund seiner falschen Berechnungen über die Entfernung zwischen Europa und Asien hießen nun fortan die Menschen, die er antraf, Indianer. Daß es sich nicht um Indien handelte, klärte sein Landsmann, der Florentiner Amerigo Vespucci im Jahre 1501/02 auf. Aus seinem Vornamen entstand später der Name Amerika.

Nun haben wir ein neues Land, Amerika, und seine Menschen, die Indianer. Kolumbus war von diesem paradiesischen Naturzustand fasziniert und entzückt. Da aber seine Unternehmung vom spanischen Königshaus mit der Perspektive auf einträchtige Gewinne gesponsert wurde, besaß der affektive Blick der Sinnlichkeit des Kolumbus im Verlauf seiner vier Reisen eine Ambivalenz. Neben seiner emotionalen Bewunderung für die Naturschönheit des Landes und der Menschen sah er gleichermaßen die Möglichkeit ihrer Ausbeutung vom Standpunkt profitabler Verwertungsinteressen.[1]

Kolumbus stand mit seiner westindischen Unternehmung unter Erfolgszwang und lieferte an das Königshaus idyllische und schillernde Reiseberichte von einem Land, in dem unbegrenzt Naturschätze lägen. In seinen ersten Berichten findet sich schon der Mythos vom Guten Wilden angelegt, in dem die Indianer von ihm als die freigiebigsten Menschen der Welt beschrieben werden. Die andere Seite, der materielle Standpunkt, kommt bei Kolumbus auf der dritten Reise in dem Bericht an die Königin sehr krass zum Ausdruck: "Von hier aus könnte man, im Namen der Heiligen Dreifaltigkeit, ebensoviele Sklaven zum Versand bringen, die man daraufhin verkaufen kann, wie Brasilholz."[2]

Kolumbus glaubt, eine Mission erfüllen zu müssen. Dabei ist die materielle Eroberung zugleich an den christlichen Auftrag gekoppelt, den Menschen in der Neuen Welt den Glauben an Jesu Christ zu bringen. In einem Brief an die Könige schreibt er: "Eure Hoheiten haben allen Grund, sich darüber herzlich zu freuen, da man diese Indianer bald zu guten Christen machen und sie in die Sitten und Gebräuche des Königreiches einführen kann."[3] Für die christliche Missionierung verlangt er im Austausch Gold und andere Reichtümer.

Entscheidend ist, daß die Ambivalenz bei Kolumbus zwei grundsätzliche Haltungen aufweist, die in Verhaltensweisen zwischen Kolonisator und Kolonisierten bis in die heutigen Tage auszumachen sind. Einerseits wird der Fremde, in diesem Fall der Indianer, als Mensch gleichwertig angesehen. Daraus folgt, daß es zu einem Assimilierungsvorgang kommt, der zu einer Übertragung eigener Wertvorstellungen auf den Anderen führt. Andererseits wird von einer grundsätzlichen Verschiedenheit ausgegangen, wobei der Europäer immer der Überlegene ist.

Verkürzt entspringen die beiden Grundhaltungen bei Kolumbus dem Mythos, in der Nähe den guten Wilden vor sich zu haben und aus der Ferne den Fremden als Sklaven. Solcher Gegensätzlichkeit in einer Person, so Todorov, kommt aufgrund einer gemeinsamen Grundlage zustande. "Die Verkennung der Indianer und die Weigerung, sie als Subjekt anzuerkennen, das dieselben Rechte hat wie man selbst und dennoch anders ist. Colón hat Amerika entdeckt, nicht aber die Amerikaner.[4]

Mit der Entdeckung der Neuen Welt beginnt, grob datiert, das Zeitalter der Renaissance. Obwohl Kolumbus damit die Neuzeit einleitet, ist er selbst noch der Philosophie des Mittelalters verhaftet, in der das Christentum seinen Aufstieg erlebt. Zu Beginn der Renaissance denkt er unzeitgemäß in der Tradition der Kreuzzüge. In einem Brief an den Papst Alexander VI. im Februar 1502 heißt es: "Ich hoffe in Unserem Herrn, seinen heiligen Namen und sein Evangelium in der Welt verkünden zu können."[5]

### Der Streit von Valladolid

Inwieweit unterscheidet sich nun die Betrachtungsweise eines Cortés oder eines Las Casas gegenüber der von Kolumbus? Die tendenzielle Differenz besteht darin, daß im Verlauf des 16. Jahrhunderts die Spanier sich bemühten, ihren Eroberungsfeldzügen eine Art Rechtsgrundlage geben zu wollen. Die Gewaltherrschaft, verstanden als eine Art Vormundschaft, die sich christlich gebot, spaltete die Spanier in zwei Lager darüber, wie die Vormundschaft bzw. die Behandlung der Indianer auszusehen habe.[6]

Gegenüber den Eroberern wie Cortés oder Pizarro, die in erster Linie an Ehre und Reichtum interessiert waren, wobei die militärische Gewaltanwendung den bisher bekannten Rahmen völlig sprengte (Geno-

zid ganzer Völker), exponierten sich aufgrund der Massaker und der Greueltaten an der Bevölkerung der Neuen Welt Verteidiger für die Rechte der Indianer.
Der Streit der beiden Lager spitzte sich theoretisch in der Kontroverse von Valladolid im Jahr 1550 zu, bei der Las Casas dem Philisophen Ginés de Sepúlveda gegenüberstand. Dieser hatte sich auf Aristoteles berufen und vertrat die Überzeugung, daß die Hierarchie der natürliche Zustand der Gesellschaft sei. Für Sepúlveda gab es somit nur eine mögliche Beziehung zum Indianer, diejenige der Überlegenheit und Minderwertigkeit. Aus diesem Grunde hielt er es für legitim, mit Waffengewalt jene Fremden niederzuhalten, die sich "von Natur aus" unterwürfig verhielten und diese Menschen vor Kannibalismus, Götzendienst oder Opferkult zu retten oder ihnen den Glauben Christi näher zu bringen. Falls sie die ihnen zugeschriebene Unterwürfigkeit nicht akzeptierten, war es moralisch verpflichtend, sie zum Guten zu zwingen und einen Krieg gegen die "unzivilisierten" Völker zu führen. Eine mögliche Wahrnehmung der indianischen Gesellschaft wurde so von Anfang an durch das Vorurteil, die Fremden seien "Unzivilisierte", "Barbaren" oder Tiere", verhindert.

Las Casas, der die Gegenposition vertritt, lehnt das aristotelische Herr-Sklaven-Modell ab. Es läßt sich dagegen bei ihm eine egalitaristische Konzeption erkennen, die sich von der Lehre Christi ableitet. Es gibt im Christentum zwar auch Ungleichheiten, die zwischen Christ und Nicht-Christ, aber diese Ungleichkeit kann durch eine Bekennung zum Christentum faktisch aufgehoben werden. Beim Sklaven - ein minderwertiges Wesen - dem teilweise die Vernunft fehlt - ist die Ungleichheit dagegen naturgegeben, ein Zustand, der nicht ohne weiteres aufhebbar ist.
Folgerichtig argumentiert Las Casas unter christlichem Gebot, daß alle Menschen im Auge des Herrn gleich sind. In einem Brief an Prinz Philipp vom 20.4.1544 schreibt er: "Die natürlichen Gesetze und Regeln und die Rechte der Menschen sind allen Völkern gemeinsam, den christlichen und heidnischen, ohne Unterschied und gleich welches ihre Sekte, ihr Gesetz, ihr Stand, ihre Hautfarbe und Herkunft sein mag."[7]
Aufgrund des universalistischen Gleichheitspostulats des Christentums negiert aber Las Casas bei den Völkern der Neuen Welt eine eigene kulturelle Identität.
Wenn es aber keine Unterschiede zwischen den Eingeborenen Amerikas und Europas für den Dominikanerpater gibt, erspart er sich, den ANDEREN in seinem Verhalten zu verstehen. Die Kenntnis des Fremden ist nicht Teil seines Weltbildes, in dem alle Menschen nur unter christlichen Werten betrachtet werden. Las Casas Verdienst ist zweifellos das, die Indianer gegen das grausame, bestialische Vorgehen der Konquistadoren in Schutz genommen und zur Menschlichkeit gemahnt zu haben. Seine durchaus friedliche Behandlung ist jedoch von missionarischen Interessen gefärbt.
Cortés mochte die Indianer nicht, hatte aber ihre kulturellen Lebenszusammenhänge soweit studiert, daß er die Azteken militärisch bezwingen konnte. Las Casas, als radikaler Verfechter urchristlicher Werte, liebte die Indianer, aber er unternahm nichts, sie kennenzulernen. Beide befürworten die spanische Invasion, mit unterschiedlichen Mitteln (Waffengewalt bzw. missionarischem Eifer), aber für einen gemeinsamen Zweck: Bekehrung der Indianer zum Christentum bzw. Assimilierung der Fremden an die eigene Kultur.

## Die Idealisierung des Guten Wilden

Die Reiseberichte über die "Entdekkung"Amerikas und später Tahitis inspirierten in unterschiedlicher Weise die geistigen Strömungen Europas. Die literarische Verbreiterung des Bildes vom Guten Wilden fand nun in vielen Werken der Renaissance Eingang. Seien es die Gesellschaftsentwürfe der Utopisten wie Morus, "Vom besten Zustand des Staates und der neuen Insel Utopia" oder Campanellas "Der Sonnenstaat", deren paradiesische Gemeinwesen im indischen Ozean bzw. auf Ceylon angesiedelt waren oder die philosophische Verklärung des Guten Wilden bei Montaigne in seinem Essay von den Kannibalen.
Die Herausbildung des Guten Wilden als auch seine Umkehrung zu Barbaren und tierähnlichen Wesen erwächst aus einer zweifachen Erfahrung, auf der grundsätzlich jedes Urteil über fremde Kulturen basiert. Das Erkennen der fremden Kultur ist abhängig von der besonderen historischen Situation, in der der interkulturelle Kontakt stattfindet. Zudem ist es von subjektiv gesellschaftlichen Erfahrungen gefärbt, da das Erfassen des Fremden nur in den Begriffen der eigenen Kultur geschieht.
Das Ergebnis solcher Erfahrung schlug sich in der ethnographischen Berichterstattung des 15. und 16. Jahrhunderts in der Weise nieder, daß das Bild des Guten Wilden sowohl als Maßstab für Beurteilungskriterien als auch als Projektionsfläche der in der eigenen Gesellschaft unterdrückten und verdrängten Erfahrung diente. Der europäische Blick zum Guten Wilden korreliert somit mit der Ausdehnung der Conquista und den gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa.

## Der aufklärerische Standpunkt

Die Neuzeit und ihre historische Entwicklung gab dem Mitteleuropäer die Überzeugung, daß sich das Abendland auf dem richtigen Weg befände und zudem noch einen uneinholbaren kulturellen Vorsprung gegenüber außereuropäischen Ländern herausgearbeitet hätte. Dieses Selbstwertgefühl wurde stark angekratzt, als Rousseau im Jahr 1754 in seiner "Abhandlung von dem Ursprunge und der Ungleichheit unter den Menschen" das Gegenteil behauptete, nämlich daß der Wilde schon am Ziel sei und der Zivilisierte noch einiges aufzuholen habe.



„Exotinnen" ausgestellt: Samoanerinnen im Zoo, Tierpark Stellingen 1910

Der zentrale Grundgedanke in seinen Werken ist der, daß der Mensch gut aus der Natur kommt und erst durch die Gesellschaft verdorben wird. Als Begründer der Wissenschaft vom Menschen (Claude Lévi-Strauss) stützt er sich nicht wie bisher nur auf das Beobachtungsmaterial und verarbeitet es unter dem Gesichtspunkt der klassischen Naturgesetze, sondern versucht durch Abstraktion das Künstliche vom Ursprünglichen des Menschen zu trennen, um den "reinen Naturzustand" zu ermitteln. Er entwickelt dabei ein Schema, in dem die physischen und natürlichen Ungleichheiten unterschieden werden. Damit stellt er erstmals die bis dahin vertretene Auffassung in Frage, das Vernunftsbegabtheit und Kulturstandard naturgegeben seien.
Die Suche nach einer reinen, echten und unverbildeten Natur mußte für den zivilisierten Rousseau notwendigerweise ein künstlicher Vorgang bleiben, war er doch von der eigenen Kultur beeinflußt. Neben seiner Forderung nach einer besseren Erforschung des Menschen sind auch ihm Projektionen zu unterstellen, in denen er den Menschen auf der Schwelle zum Kapitalismus den idealisierten Naturzustand entgegenstellt.



Mit der Verheißung, das Glück sei nur bei den Wilden zu finden, legte Rousseau den Grundstein für eine gewisse Europamüdigkeit. - Welcher Alternativreisende sucht nicht auch in fernen Ländern die unverbrauchte Natur und den Menschen. - Eine spöttische Reaktion erfolgte damals von Voltaire, der es ablehnte, "wieder auf allen vieren herumzukriechen".

Das Neue ist aber nicht so sehr durch die scheinbare Gegensätzlichkeit von Rousseau und Voltaire bestimmt, sondern durch eine Gemeinsamkeit, die Gleichsetzung von Natur und Vernunft. Es ist die Aufklärung, deren Programm „die Entzauberung der Welt" war. Nun galt es, die Mythen aufzubrechen und an ihrer Stelle das Wissen zu setzen.

Der nun einsetzende philosophische Diskurs versuchte nicht, nachdem die Welt von „weißen Flecken" befreit worden war, die Unterwerfung quasi aller Kulturen zu debattieren, sondern die Ungleichheiten unter den Völkern zu ergründen.

Entscheidend ist, daß Voltaire dennoch keine ethnozentrische Haltung einnimmt, wenn auch in seiner Rangskala der Vernunftentwicklung die Brasilianer für dumm gehalten werden und bei Mexikanern eine beginnende Vernunft ausgemacht wird, da er wie auch Rousseau nach objektiven Gesetzmäßigkeiten suchte, um kulturelle Ungleichheiten zu erklären. Voltaire nimmt vielmehr eine eurozentristische Position ein, indem er im Geist der Aufklärung an einer Theorie der Gleichheit aller Menschen festhält, nur das bei ihm die europäische Kultur als die bisher höchste in der Gattungsentwicklung eingestuft wird, während sie sich bei Rousseau im Stadium des Zerfalls befindet.

Im Unterschied zum Ethnozentrismus setzt der Eurozentrismus nicht nur ein säkularistisches Einheitsbewußtsein voraus, was der Aufklärung durch Zwang zur Vereinheitlichung innnewohnt, sondern impliziert auch die Infragestellung der eigenen Kultur. Somit weist der Eurozentrismus zwei Grundhaltungen auf, die „einer bewußten Parteinahme für die eigene Kultur und einer Idealisierung dessen, was am Fremden als die Negation des Eigengellschaftlichen erscheint" [9].

Der Blick des Guten Wilden dient jetzt als ein Stilmittel abendländischer Kulturkritik. Seien es die persischen Briefe von Montesquieu, der Hurone von Voltaire oder die Briefe eines Hottentotten über die gesittete Welt von Tolberg und Bispink oder die hier mehr bekannten Reden des Südseehäuptlings Tuiavii: Der Papalagi von Scheurmann (1920). Diese letztgenannte Fiktion als wahr zu betrachten ist ja fast die gesamte Alternativgeneration der siebziger Jahre aufgesessen. Bedenklich ist nur, daß auch heute noch viele diesen als exotische Kulturkritik verzapften Unsinn glauben. Der Guten Wilde wurde als eine Argumentationsfigur benutzt, um Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu leisten.

## Das Recht auf Undurchsichtigkeit

Das Problem der eurozentristischen Sichtweise liegt darin, daß sie nicht abgelegt werden kann wie ein Mantel. Es kann kein unmittelbares Interesse an fremden Kulturen geben, sondern dieses findet immer wertvermittelt statt. Anthropologische Analysen tragen also zwangsläufig die Zeichen jener Kulturen, in denen sie zustande kamen. Dem Ethnologen wird somit der Vorwurf gemacht, daß er durch seine Teilnahme in der zu untersuchenden Kultur die Intaktheit der Gesellschaft bricht. Außerdem kann sein Wahrnehmungszirkel kulturell nicht objektiv sein. Ebenfalls werden die Kulturrevatilisten, für die es keine objektiven Kriterien gibt, nach denen sich eine Kultur einstufen läßt, mit ihrem eigenen Anspruch brüchig. Eine grundsätzliche Werturteilsfreiheit können sie bei der Betrachtung fremder Kulturen nicht aufrechterhalten.

Trotz aller Kritik hat der Eurozentrismus in Bereichen der modernen Ethnologie, von seiner selbstkritischen Variante der Aufklärung her - ohne in das Bild des Guten Wilden wieder zu verfallen - seit vielen Jahren zu einer neuen Wahrnehmung zwischen verschiedenen Kulturen geführt. Das Irrationale, das Nichterklärbare erhält seine Daseinsberechtigung. Der Gute Wilde kommt selbst zu Wort. Sich dessen bewußt, daß das Ausmaß des Kolonialismus nicht mehr rückgängig zu machen ist, sucht die Ethnologie einen neuen Weg einzuschlagen, indem sie fragt, was wir von den außereuropäischen Völkern lernen können.

Für Edouard Glissant würde es die Suche nach einer neuen Mentalität bedeuten: „Ich behaupte das Recht auf Undurchsichtigkeit. Die Menschen können existieren, auch wenn ich selber sie nicht begreife, und trotzdem muß ich versuchen, sie zu verstehen, um ihretwillen, nicht meinetwillen. Ich darf nicht dem anderen das Anderssein in Bezug zu meinen Werten zubilligen, ich muß den Wert des anderen anerkennen, auch wenn er nach meinen Wertmaßstäben undurchsichtig ist. Ich glaube, daß dieses Recht auf Undurchsichtigkeit dem abendländischen Menschenheitsbegriff zuwiderläuft, denn der abendländische Menschheitsbegriff erhebt immer den Anspruch, das andere zu verstehen, durchsichtig zu machen und es auf ein Vorbild zurückzuführen, eine Art Werteskala, mit unter- und überlegenen Völkern und mit einer nach oben hin zunehmenden Durchsichtigkeit; ich dagegen meine, daß in zukünftigen Mentalitäten die undurchsichtigen, unverständlichen Dingen den verständlichen gleichberechtigt sind, für jeden" [10].

**Michael Berlin**

**Anmerkungen:**

1) Vergl. Moebus, J., Bestimmung des Wilden und Entwicklung des Verwertungsstandpunktes bei Kolumbus, in: Das Argument 79, 15 Jg., 1973, Heft 4-6, S. 273-308.
2) ders. S. 302.
3) zitiert nach Todorov, T., Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Suhrkamp 1982, S. 57.
4) ders. S. 65.
5) ders. S. 18.
6) An dieser Stelle stütze ich mich wie bei den Ausführungen zu Kolumbus auf die detaillierte Analyse von Tzvetan Todorov
7) Vergl. Todorov, S. 195.
8) Vergl. Kohl, K.-H., Entzauberter Blick. Das Bild vom Guten Wilden. Suhrkamp 1986, S. 19.
9) Vergl. Kohl, K.H., Abwehr und Verlangen. Das Problem des Eurozentrismus und die Geschichte der Ethnologie, S. 124. Die wesentlichen Aussagen zum Eurozentrismus sind diesem Text entnommen.
10) Vergl. Interview mit Edouard Glissant, in: IKA 1988, Nr. 35, S. 30-32.




# Spanien 1992

## Eine Regierung dreht voll auf

**Als Ende 1982 verschiedene Staaten, unter ihnen Spanien, Nicaragua, Kuba und die USA, einen Antrag in die UNO einbrachten, der die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen aufforderte, für das Jubiläumsjahr 1992 "würdige" Gedenkfeiern vorzubereiten, entspann sich eine heftige Debatte. "Die Wikinger und die irischen Mönche haben Amerika schon Jahrhunderte vor Kolumbus entdeckt", argumentierten Isländer und Iren. Erst die Entdeckungsfahrt von Kolumbus habe zur Besiedelung Amerikas geführt und durch das Verschmelzen der Rassen und Kulturen die Zivilisation weitergebracht, erwiderte der spanische UN-Botschafter. Die spanische Regierung reagiert nervös auf jede Kritik an "ihrem" Projekt. Für die 500-Jahr-Feiern überschüttet sie die Öffentlichkeit mit einem "ungenießbaren Tuttifrutti" (Montalban) an Hochglanzprospekten zu Technologieprogrammen, Architekturprojekten und kulturellen Festivals. Die Palette der Vorhaben reicht vom Nachbau der Santa Maria bis zur Zusammenarbeit mit indianischen Organisationen. Eine politische Zielrichtung ist bei diesem "Gemischtwarenstand" nur schwer auszumachen.**

"Spanien ist sozialistisch" lauteten 1982, nach dem Wahlsieg der sozialistischen Partei (PSOE), die Schlagzeilen. Sehr bald zeigte sich, daß sich die Hoffnungen auf eine sozialistische Politik in Schall und Rauch auflösten. Der Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik war atemberaubend. Entscheidend beeinflußt durch das Scheitern des isolierten Wirtschaftskurses der ersten sozialistischen Regierung in Frankreich (1981-1983), wurde nicht die nationale, etatistische Wirtschaftssteuerung, die eine Umverteilungspolitik ermöglichen sollte, bestimmend. Zum Gradmesser aller Überlegungen wurde das Erreichen der internationalen Konkurrenzfähigkeit im Bereich der Standorte, der Produktivität und der Technologie. Die Regierung propagierte den Markt als scheinbar effektivstes Verbindungsglied zwischen der betrieblichen Ebene und der Volkswirtschaft. Die internationale politische Visitenkarte war der Eintritt in die EG und der Verbleib in der NATO. Sie stehen beide in einem engen, wechselseitigen Zusammenhang, bei der die ökonomische Komponente der EG-Mitgliedschaft durch eine militärische Absicherung der "Europäischen Südflanke" ergänzt wird.

Der Beitritt in die EG erhöhte den Modernisierungsdruck auf die spanische Wirtschaft, die im europäischen Vergleich als veraltet gilt, drastisch. Zusätzlich verstärkten sich in den 80er Jahren die Globalisierungsmechanismen der nationalen Ökonomien weltweit. Die tendenzielle Entkoppelung von steigendem Wirtschafts- und stagnierendem Beschäftigungswachstum machte sich überall bemerkbar. In Spanien öffnete sich diese Schere in weit größeren Dimensionen als im übrigen Europa. Die PSOE (sozialistische Regierungspartei Spaniens) setzte auf Modernisierung, Restaurierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Auf den ersten Blick mit Erfolg. Die Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts waren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die höchsten innerhalb der EG und die Kapitalströme aus dem Ausland wuchsen bedingt durch eine konsequente Angebotspolitik enorm. Schon wurde Spanien als das Musterland gefeiert, bei dem neo-liberale Theorievorstellungen endlich erfolgreich in die Praxis umgesetzt wurden.

Doch die Achillesferse dieser Ökonomie ist die Schwäche der Kapitalbildung. Durch einen Konsumboom, der auf interne Verschuldung baute, verteuerten sich die Kredite überproportional. Zur gleichen Zeit wurde um die knappen Spareinlagen gerungen (zwischen 9 und 15 %, je nach Summe und Anlagedauer). Kurzfristiger Konsum und langfristige produktive Investitionen stehen in einem gefährlichen Verhältnis. Hinzu kommt das fast völlige Fehlen eines industriellen Mittelbaus.

Die Daten der Zahlungsbilanz sprechen eine ähnliche Sprache. Das spanische Außenhandelsdefizit wuchs 1989 um 36 %. Früher konnte diese Lücke aus den steigenden Einnahmen des Tourismus abgedeckt werden. Damit ist es aber vorbei. Die Kluft in der Leistungsbilanz ist groß und kann nur durch zusätzliche ausländische Kapitalströme gekittet werden (positive Kapitalverkehrsbilanz). Die spanische Regierung ist auf immer höhere ausländische Investitionen angewiesen. Diese fließen aber in diejenigen Sektoren, in denen die Gewinnaussichten überproportional hoch sind.

Bei der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik versagte das Modell völlig. Gefangen im "Käfig" der Wettbewerbsfähigkeit (nur sie wird als relevantes Instrumentarium zugelassen), verfügte die Regierung über kein makroökonomisches Steuerungsinstrument, um die Beschäftigungsfrage zu lösen. Die Arbeitslosigkeit schwankt bei 20 % und jeder vierte Arbeitsplatz ist durch einen Zeitvertrag begrenzt. Soziale Probleme sind vorprogrammiert. Zunächst wurden die Klassengegensätze durch die Einbeziehung der wichtigsten Gewerkschaften in eine Politik der Konzertation geglättet. Die spanische Regierung übernimmt die Moderation bei Auseinandersetzungen im Tarifbereich.

In den letzten Jahren ist die Tendenz einer, wenn auch nur oberflächlichen sozialen Konsolidierung, gefährdet. Der erfolgreiche Generalstreik (Ende 1988) gilt dafür als erstes, wichtiges Zeichen.

Ein großes Problem stellt der spanische



**Luis Yañez-Barnuevo García**
Presidente de la Comisión Nacional Española del Quinto Centenario

Zentralismus dar. Trotz vieler vollmundiger Ankündigungen ist Spanien weit davon entfernt, ein föderatives Staatensystem zu sein. Die weiterhin dominante Position der Zentralregierung drückt sich allein in der Tatsache aus, daß die Regionalregierungen kaum eigene Steuerquellen haben und ein Großteil der zentralstaatlichen Transfers zweckgebunden sind. Die Autonomieprobleme, die im Baskenland, Katalonien und Andalusien bestehen, drücken sich unter anderem dadurch aus, daß die Regionalregierung des Baskenlandes nicht in den Gremien vertreten sein will, die die Feierlichkeiten und Aktivitäten des fünfhundertsten Jahrestages vorbereiten.

Die Regierungspartei PSOE ist durchgängig zentralistisch aufgebaut. Die Gruppe um Felipe Gonzáles, die sich Ende der sechziger Jahre in Sevilla gefunden hatte, übernahm 1974 das Ruder in der Partei und vergrößerte ihre Macht im Parteiapparat kontinuierlich. Parteiinterne Opposition wurde in die Wüste geschickt und die freigewordenen Plätze mit eigenen Leuten besetzt. Die "Fünf aus Sevilla" haben das Heft in der Hand: Felipe Gonzáles ist Ministerpräsident und Parteichef, Alfonso Guerra sein Stellvertreter in beiden Ämtern, Guillermo Galote ist der wichtige Mann in der Parteiführung, Manuel Chávez ist Arbeitsminister und Luis Yanez ist für die Feierlichkeiten zum fünfhundertsten Jahrestag verantwortlich. Die spezifisch moderne, sozialdemokratische Formierung der Gesellschaft geht einher mit traditionellen Formen der Hierarchien und Beziehungen. "Der Boom ist kühn über eine gähnende Leere gebaut. Das Mauerwerk hängt dermaßen in der Luft, daß man wohl eher von einem Balkon sprechen müßte, der die Wand erst noch finden muß, in der er einmal hängen wird. Das ändert nichts daran, daß auf dem Balkon schon kräftig gefeiert wird."[1]

Die Wand soll, nach den Vorstellungen der spanischen Regierung, bis 1993 gebaut sein. Im "Festjahr 1992" wird alles auf eine Karte gesetzt, um Spanien endgültig zu einer modernen Industrienation zu machen. Ein gewaltiges, staatliches Investitionsprogramm wurde aus dem Boden gestampft. Neue Autobahnen werden gebaut und Trassen für Hochgeschwindigkeitszüge errichtet. Alles, um sich 1992 der Welt präsentieren zu können. Mit der "EXPO 92", den Olympischen Spielen, der europäischen Kulturhauptstadt Madrid und den Programmen zu "Quinto Centenario" soll Spanien hin zu einer "Sonnenökonomie" getrimmt werden. Mit Schrecken reagieren allerdings spanische Planungstechnokraten auf die Veränderungen innerhalb der osteuropäischen Staaten. Entstehen dort etwa attraktivere Märkte? Aber die Maschine läuft, nur die Propaganda klingt noch etwas schriller.

## Durchführung der Programme

Mit der Durchführung der Veranstaltungen und Programme zum "Quinto Centenario" will die spanische Regierung aber nicht nur innenpolitische Legitimationskrisen lösen, sondern hat sich auch außenpolitisch einiges vorgenommen. Folgende Organisationen sind beteiligt:

— An oberster Stelle der Hierarchie steht eine repräsentative Institution, das "Alto Patronato" (Hohes Patronat). König Juan Carlos I de Bourbon, Staatschef Felipe Gonzáles und die wichtigsten Minister seiner Regierung sind Mitglieder.

— Die "Comisión Quinto Centenario de Descubrimiento de America" (Kommission zur Fünfhundert-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas) fächert sich in mehrere Gremien auf (Kultur, Ökonomie, Kommunikation, Geschichte, Technologie, Ausbildung und verschiedene regionale Kommissionen), die die spanischen Provinzen vertreten sollen. Sie residiert im Hause des "Instituto de Cooperación Iberoamericana" und ist dem Außenministerium angegliedert. Diese organisatorische Verknüpfung verdeutlicht ein Hauptziel der spanischen Regierung. Spanien will sich als Mittler und Scharnier zwischen dem Kräftedreieck EG, Lateinamerika und USA präsentieren. Außerdem wird versucht, als "Geberland", das "Entwicklungshilfe" leistet, und dies ist erst seit wenigen Jahren der Fall, Profil zu gewinnen. Es gibt in Spanien keine vergleichbare Institution wie das BMZ oder auch halbstaatliche Organisationen wie Parteienstiftungen, die "Entwicklungshilfe" betreiben. "Entwicklungshilfe" ist allerdings Voraussetzung, um endgültig in den Kreis der OECD-Institutionen aufgenommen zu werden.

— Um die wirtschaftlichen Projekte durchführen zu können, wurde die "Sociedad Estatal para la Ejecución de Programas y Actuaciones Conmemorativas del Quinto Centenario del Descubrimiento de América" (Staatliche Gesellschaft zur Durchführung der Programme zum Gedenken an das fünfte Jahrhundert der Entdeckung Amerikas) gegründet. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, mit einer staatlichen Anschubfinanzierung private Investoren anzuregen, sich an den geplanten Projekten zu beteiligen oder eigene auf die Beine zu stellen. Dies ist der Fall bei der Restaurierung alter Kolonialstädte in Lateinamerika oder dem

## "Un ojo para América" (Ein Auge für Amerika)

Eines der "Highlights" in den Veranstaltungen und Programmen stellt der Versuch dar, in der Tele-Kommunikation ab 1992 in der obersten Liga mitzuspielen. Mit dem Namen "HISPASAT" soll ein Satellit in die Umlaufbahn gebracht werden, der es ermöglichen soll, daß in Spanien und ganz Lateinamerika mit Ausnahme von Brasilien gemeinsame, spanischsprachige Programme gesendet werden können. Auch die Probleme mit dem spanischen Telefonnetz könnten so behoben werden, und die Manager spanischer Firmen könnten via Videokonferenzen besser kommunizieren. Allerdings zeigen die Firmenkonsortien, die an der Planung Interesse haben, daß es wohl um mehr geht, als die berühmten "telenovelas" jetzt endlich gemeinsam empfangen zu können. Matra, British-Aerospace, MBB und Hugh Aircraft sind Aspiranten, um am Bau des Satelliten beteiligt zu werden. Und tatsächlich, ein weiteres Ziel soll erreicht werden: die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen innerhalb der spanischen Armee. Dies weist nun auf einen bisher kaum beachteten Tatbestand hin, der in Zukunft noch wichtiger werden könnte. Die spanische Armee hat große Teile der "Süd-Flanke" der NATO abzudekken.

Bei der Suche nach einem neuen Feindbild sind die NATO-Strategen nun just hier fündig geworden. So erklärte der Generalsekretär Manfred Wörner: Die neue Bedrohung kommt aus der "Dritten Welt", sie bedrohen die Sicherheitsinteressen von Europa unmitttelbar (Konferenz des Instituts für Internationale Beziehungen (IFRI) in Paris, 21. Juni 1990).

Schon seit geraumer Zeit plant auch die spanische Regierung die Modernisierung und Flexibilisierung der Armee. Das alte, noch durch Franco geprägte Heer soll auf westeuropäisches Niveau umstrukturiert werden. Bezogen auf die Abschirmung der "europäischen Süd-Flanke" bedeutet das eine militärische Überwachung der nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien, Tunesien und Lybien.

Dazu ist eine Umstrukturierung der Armee und damit verbunden ein Mondernisierungsschub notwendig. Ein Satellit bietet dabei einige Möglichkeiten ...

Nachbau der Caravellen, mit denen Kolumbus und seine Mannen den Atlantik überquerten. Die spanische Regierung will weiterhin die wenigen spanischen Unternehmen, die international tätig sind (z.B. REPSOL im Erdölbereich), zu auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Firmen ausbauen. Durch Firmenkonsortien, in denen ausländische Firmen finanziell und technologisch beteiligt werden, soll dies gewährleistet werden. Beispielhaft sei hier das "Projekto SIPAC" (Sistema Interconexión Paises América Central) erwähnt: dabei soll unter Federführung der spanischen Unternehmensgruppe ENDESA mit bundesdeutscher und zentralamerikanischer Beteiligung eine 1680 km lange Stromtrasse durch Zentralamerika gelegt werden.

Die "Sociedad Estatal" hat aber auch ein Standbein in den USA, wo auch private Anleger gewonnen werden sollen. Über eine eigene Zeitschrift, "Encounters", sollen die Beziehungen zwischen den USA und Spanien verbessert und die US-amerikanische Öffentlichkeit für die Feierlichkeiten 1992 begeistert werden. In anderen Hauptstädten Europas, z.B. in Paris, gibt es Öffentlichkeitsbüros.

— Die "Conferencia Iberoamericana de Comisiones para la Conmemoración del Quinto Centenario del Descubrimiento de América - Encuentro de dos Mundos" (Konferenz der iberoamerikanischen Kommissionen) koordiniert die spanischen und lateinamerikanischen Programme. Ausführendes Organ ist das ständige Sekretariat in Madrid. Das Hauptziel dieser Organisation liegt in der Einbindung der lateinamerikanischen Eliten in den Gesamtrahmen der Programme zum "Quinto Centenario". Israel, die USA, die Bahamas, Italien und die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) haben Beobachterstatus.

— Andere multinationale Organisationen wie die UNESCO (Kulturorganisation der UNO), die eigene Programme planen, sind nicht direkt an dieser Organisationsstruktur beteiligt, stimmen aber ihre Aktivitäten und Inhalte mit den oben aufgeführten Institutionen ab.

## Interessengegensätze und Widerstand

Einige lateinamerikanische Staaten, in erster Linie Mexiko, waren mit dem offiziellen Titel, der nur die Entdeckung ansprach, unzufrieden. Deshalb wurde der Untertitel "Begegnung zweier Welten" mit aufgenommen. Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Teilen der lateinamerikanischen Eliten und der spanischen Regierung war der Begriff der "Hispanität". Er war den VertreterInnen aus Lateinamerika zu spanienzentriert.

Kritik kommt jedoch auch aus einer anderen Richtung. Die Aktivitäten der Basisorganisationen der katholischen Kirche, Solidaritätsgruppen, Indianerorganisationen und Intellektuellen aus Lateinamerika und Spanien, aber auch das Desinteresse der spanischen Öffentlichkeit gefährdeten die Pläne der offiziellen Organisationen. Es mußte gehandelt werden! Die spanische Regierung versucht das Image einer ehemaligen Kolonialmacht loszuwerden. Den bleiernen Mantel ihrer Geschichte können die offiziellen Institutionen nicht verstekken, sie versuchen ihn aber zu verharmlosen. Personalpolitisch läßt sich dies am Wechsel im Kulturministerium aufzeigen. Der farblose Bürokrat Solana wurde durch den Schriftsteller Jorge Semprun ersetzt. In seiner Person verkörpert sich die zerissene Geschichte Spaniens. Er war Anarchist, Koordinator der illegalen KP in Paris und sichert heute den Modernisierungskurs mit einem kulturellen Begleitprogramm ab. Offensichtlich wurde auch vor zwei Jahren begonnen, Bereiche und Themen, die Einfallstore für KritikerInnen werden könnten, zu besetzen: indianische Nichtregierungsorganisationen wurden mit kleinen Geldgeschenken überhäuft. Gleichzeitig soll die spanische Gesellschaft für die heutigen Probleme der IndianerInnen sensibilisiert werden.

Das Jahr 1492 steht nicht nur für den Anfang der Kolonisation in Lateinamerika, sondern bedeutete für Spanien die Fortsetzung einer Repressions- und Ausweisungswelle, die im besonderen die Mauren und Juden betraf. 1492 wurde mit der Eroberung Granadas die Reconquista, also die Zurückeroberung spanischen Territoriums durch katholische Herzöge von den Mauren, abgeschlossen. Aus diesem Grund sollen mit Hilfe verschiedener Projekte die spanischstämmigen Juden "wiederentdeckt" werden (SEFARAT 92).

## Ein "Modell" wird exportiert

Mit einem kulturellen Begleitprogramm soll die Öffentlichkeit auf den Jahrestag eingestimmt werden. Dafür werden weder Kosten noch Mühe gescheut.

— Bei "Aventura 92" werden Jugendliche aus Spanien und Lateinamerika zu Kreuzfahrten in die Karibik eingeladen.

— Stipendien werden großzügig vergeben.

— Der Film "El Dorado", der die "Eroberung" gekonnt kitschig aufarbeitet, wurde produziert.

— Die Oper "Colon" wurde in Barcelona, allerdings unter Protest, uraufgeführt.

— Buchreihen werden zum Themenkomplex auf den Markt geworfen, die aber nicht nur Columbus oder Cortez thematisieren, sondern durchaus lateinamerikanische Revolutionäre als Farbtupfer mit aufnehmen.

— 1992 werden nicht nur die nachgebauten Caravellen den Atlantik durchpflügen, eine Regatta mit Hochleistungsseglern soll die gleiche Route nehmen.

— Abgerundet werden diese Maßnahmen durch vielfältige Spektakel wie Konzerte und viel, viel Feuerwerk.

Der spanischen Regierung ist sehr wohl bewußt, daß die KritikerInnen trotz aller kultureller Stimulationsanstrengungen und politischer Vorbeugemaßnahmen die Chance haben, Teile der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Vor allem in Regionen wie Katalonien oder dem Baskenland, das nicht in der offiziellen Kommission ist, regt sich Widerstand. Wer sich nicht in die offiziellen Programme einbinden läßt, läuft Gefahr, früher oder später kriminalisiert zu werden. So verbot die Regierung 1988 und 1989 Demonstrationen in Barcelona, die die offizielle Sichtweise zum "Quinto Centenario" kritisieren wollten.

Im außenpolitischen Bereich wird das "Modell Spanien" allen lateinamerikanischen Regierungen angeboten, um die Transformation von einer Diktatur zu einer Demokratie zu bewerkstelligen. Auch wirtschaftspolitisch soll das Modell exportiert werden. Spanien will als Vermittler zwischen der EG, den USA und den lateinamerikanischen Staaten ein neues Hegemoniemodell für Lateinamerika aufbauen. Die Hegemonialpolitik der EG ist jedoch weitaus subtiler gestaltet als die der USA. Sie realisiert sich viel eher im ökonomischen und politischen Bereich als durch die Anwendung militärischer Macht. So hat die spanische Regierung vor allen anderen EG-Staaten den Kontakt mit der FMLN aus El-Salvador gesucht. Im Mai 1990 fand, auf Einladung der spanischen Regierung, ein Vermittlungsgespräch zwischen Regierungsvertretern aus Guatemala und den dort agierenden Guerillagruppen statt.

Trotz aller Anstrengungen und Propaganda sind die Pfeiler der spanischen Ökonomie weiterhin schwach. Die Gesellschaft ist mit einem Modernisierungstempo konfrontiert, bei dem Brüche und Konflikte vorhersehbar sind. 1993 wird sich zeigen, ob das Jahr 1992 das gebracht hat, was die Regierung prophezeit hat, oder ob die Schwierigkeiten zunehmen werden, aus internen Gründen, da sich die Glanzprospekte als leere Sprechblasen erweisen werden, oder aus externen Gründen, da Spanien, was den Kapitalzufluß betrifft, dann mit einigen Staaten aus Ost-Europa konkurrieren muß.

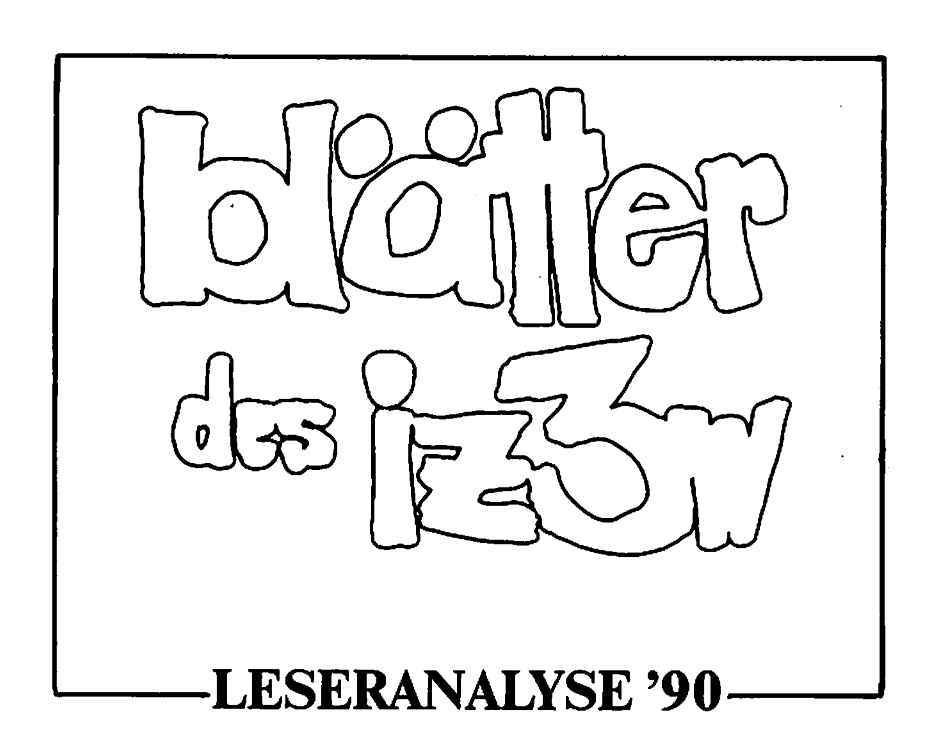
**Georg Lutz**

**Anmerkung:**

[1] Gerd Held, Die spanische Wette, in "Kommune" Nr. 3/90

**Literatur:**

Francisco Ayala (1989): Un viaje de cinco siglos, in El País, 12.10.1989.
Rafael Sánchez Ferlosio (1988): La envida del Imperio (Der Neid des Imperiums), in "El País" 6.7.1988.
Gerd Held (1990): Die spanische Wette, in "Kommune" Nr. 3/90.
Holm-Detlev Köhler (1987): Spaniens Demokratie unter Modernisierungszwang, in PROKLA Nr. 68, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik.
Wolfgang Merkel (1989): Sozialdemokratische Politik in einer post-keynesianischen Ära? Das Beispiel der sozialistischen Regierung Spaniens (1982-1988), in PVS Politische Vierteljahreszeitschrift, Dezember 1989.
Wolfgang Merkel (1990): Niedergang der Sozialdemokratie? Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, in Leviathan 3/90.
Norbert Rehtmann (1990): Völkermord als Heldenepos, in die "Taz", 27.3.1990.
Tzvetan Todorov (1985): Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen, Frankfurt.
Die Ausgaben der Zeitschrift "America 92", erscheinen seit 1989 vierteljährlich (offizielle Regierungsbroschüre zu den 500-Jahr-Feierlichkeiten).




## LESERANALYSE '90

**Liebe LeserInnen**

Nach zwanzig Jahren blätter des iz3w wollen wir wissen, was unsere LeserInnen von der Zeitschrift halten und was sie von ihr erwarten. Vielleicht können wir die Zeitschrift nach dieser Umfrage verbessern, so daß Sie mehr Informationen und Anregungen bekommen.

Der Datenschutz soll dadurch gewährleistet werden, daß kein Absender auf dem Rücksendebogen steht, daß die Fragen so allgemein gehalten werden, daß sie auf keinen Fall anderweitig genutzt werden können.

Einsendeschluß ist der 1.11.1990.

Für Ihre Mitarbeit bedanken wir uns.
Verlag und Redaktion

1. Sind Sie AbonnentIn der blätter des iz3w ?
☐ Ja
☐ Nein

2. Wenn nicht, wieviele Hefte lesen Sie pro Jahr? ____________

3. Seit wann lesen Sie die blätter des iz3w? ____________

4. Woher kennen Sie die blätter des iz3w?
☐ Empfohlen von Freunden
☐ Über Anzeigen
☐ Über die Arbeit in der Solidaritätsbewegung
☐ Aus dem Buchladen
☐ Sonstiges: ____________

5. Wie gefällt Ihnen das vorliegende Heft der blätter des iz3w?
☐ sehr gut
☐ gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

6. Warum?

7. Welche der folgenden Aussagen treffen ganz allgemein auf die blätter des iz3w zu?

| | trifft genau zu | trifft etwas zu | trifft nicht zu |
|---|---|---|---|
| - Die blätter des iz3w haben meine Erwartungen voll und ganz erfüllt | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Sie enthalten Informationen, die ich in dieser Form woanders nicht finde | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Werde ich noch öfter zur Hand nehmen | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Sind den Preis wert | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Das Verhältnis von Bild und Text ist richtig so | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Die Bildunterschriften geben zusätzliche Informationen | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Enthalten viele aktuelle Informationen | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Ich finde es gut, daß ein Thema im Themenblock umfassend behandelt wird | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Sind unterhaltsam zu lesen | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Sind verständlich geschrieben | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Geben mir einen Überblick über den neuesten Stand der Erkenntnisse | ☐ | ☐ | ☐ |
| - Bringen gute Argumente | ☐ | ☐ | ☐ |

8. Was hat Ihnen an diesem Heft besonders gut gefallen?

9. Was hat Ihnen nicht so gut gefallen?

10. Wie finden Sie

| | sehr gut | gut | nicht so gut |
|---|---|---|---|
| - die Gestaltung | ☐ | ☐ | ☐ |
| - den Titel „blätter des iz3w" | ☐ | ☐ | ☐ |

Fällt Ihnen ein besserer Name ein?

11. Sind Sie zufrieden mit

| | zuviel | angemessen | zuwenig |
|---|---|---|---|
| - dem Seitenumfang | ☐ | ☐ | ☐ |
| - der Menge der Beiträge | ☐ | ☐ | ☐ |
| - der Anzahl der Hefte pro Jahr (Erscheinungsweise) | ☐ | ☐ | ☐ |

12. Lesen Sie regelmäßig noch andere Dritte-Welt-Zeitschriften?
☐ Nein

☐ Wenn Ja, welche:
☐ Dritte-Welt (AIB)
☐ EPK (Entwicklungspolitische Korrespondenz)
☐ epd Entwicklungspolitik
☐ ila
☐ Lateinamerikanachrichten
sonstige: ____________

13. Welche überregionalen Tages- und Wochenzeitungen lesen Sie regelmäßig?

14. Wieviele Bücher kaufen Sie im Monat?
☐ 1-2
☐ 3-5
☐ 5-10
☐ mehr als 10

15. Aus welchem Bereich sind diese Bücher?
☐ Sachbücher zu Dritte-Welt-Themen
☐ Belletristik aus der Dritten Welt
☐ Sachbücher aus anderen Themengebieten
☐ Belletristik allgemein

16. Finden Sie es interessant, wenn Verlage ihre Neuerscheinungen in den blättern des iz3w ankündigen?
☐ Ja
☐ Nein

17. Wieviele Artikel lesen Sie von jeder Ausgabe? ____________

18. Wie lange lesen Sie in einer Ausgabe der blätter des iz3w?
☐ eine halbe Stunde
☐ eine Stunde
☐ zwei bis drei Stunden
☐ länger

19. Archivieren Sie die blätter des iz3w?
☐ Ja
☐ Nein

20. Nutzen Sie die blätter des iz3w
☐ für Ihre berufliche Tätigkeit
☐ für Ihre politische Tätigkeit
☐ weder noch

21. Wie bewerten Sie die folgenden Rubriken?

| | sehr gut | gut | weniger gut | nicht gut |
|---|---|---|---|---|
| - Länderberichte | □ | □ | □ | □ |
| - Sachthemen | □ | □ | □ | □ |
| - Themenblöcke | □ | □ | □ | □ |
| - Rezensionen | □ | □ | □ | □ |
| - Tagungsberichte | □ | □ | □ | □ |
| - Nachrichten (kurz belichtet) | □ | □ | □ | □ |

22. Mit welchem Interesse verfolgen Sie im Moment die Dritte-Welt-Problematik?
□ Mit zunehmendem Interesse
□ Mit gleichbleibendem Interesse
□ Mit abnehmendem Interesse

23. Warum ?

________________________________________
________________________________________
________________________________________



24. Kreuzen Sie bitte für jedes der aufgeführten Themen an, ob Sie ganz allgemein an Informationen darüber interessiert sind.

Informationen darüber interessieren mich...

| | sehr | etwas | weniger | gar nicht |
|---|---|---|---|---|
| - Ausländer | □ | □ | □ | □ |
| - Asylrecht | □ | □ | □ | □ |
| - Bevölkerungspolitik | □ | □ | □ | □ |
| - Bildungsfragen | □ | □ | □ | □ |
| - EG-Binnenmarkt | □ | □ | □ | □ |
| - Energiefragen | □ | □ | □ | □ |
| - Entwicklungspolitik der BRD | □ | □ | □ | □ |
| - Entwicklungspolitik anderer Länder | □ | □ | □ | □ |
| - Entwicklungstheorien | □ | □ | □ | □ |
| - Ernährung | □ | □ | □ | □ |
| - Ethnische Minderheiten | □ | □ | □ | □ |
| - Flüchtlinge | □ | □ | □ | □ |
| - Frauen | □ | □ | □ | □ |
| - Gen- bzw. Biotechnologie | □ | □ | □ | □ |
| - Gesundheit | □ | □ | □ | □ |
| - Gewerkschaften | □ | □ | □ | □ |
| - Internationale Wirtschaftsbeziehungen | □ | □ | □ | □ |
| - Internationale Institutionen | □ | □ | □ | □ |
| - Internationale Zusammenschlüsse | □ | □ | □ | □ |
| - Kinder | □ | □ | □ | □ |
| - Kirche | □ | □ | □ | □ |
| - Kultur | □ | □ | □ | □ |
| - Landwirtschaft | □ | □ | □ | □ |
| - Medien | □ | □ | □ | □ |
| - Menschenrechte | □ | □ | □ | □ |
| - Multinationale Konzerne | □ | □ | □ | □ |
| - Neue soziale Bewegungen | □ | □ | □ | □ |
| - Nichtregierungsorganisationen | □ | □ | □ | □ |
| - Ökologie | □ | □ | □ | □ |
| - Rassismus | □ | □ | □ | □ |
| - Religionen | □ | □ | □ | □ |
| - Rohstoffe | □ | □ | □ | □ |
| - Rüstung | □ | □ | □ | □ |
| - Solidaritätsbewegung | □ | □ | □ | □ |
| - Sport | □ | □ | □ | □ |
| - Technologie | □ | □ | □ | □ |
| - Tourismus | □ | □ | □ | □ |
| - Weltwirtschaft | □ | □ | □ | □ |
| - Wissenschaft | □ | □ | □ | □ |
| - Wohnsituation | □ | □ | □ | □ |

25. Für welche Regionen interessieren Sie sich?

| | sehr | etwas | weniger | gar nicht |
|---|---|---|---|---|
| - Afrika(südl. d. Sahara) | □ | □ | □ | □ |
| - Südliches Afrika | □ | □ | □ | □ |
| - Nordafrika | □ | □ | □ | □ |
| - Naher Osten | □ | □ | □ | □ |
| - Zentralamerika | □ | □ | □ | □ |
| - Südamerika | □ | □ | □ | □ |
| - Südostasien | □ | □ | □ | □ |
| - Ostasien | □ | □ | □ | □ |
| - Südasien | □ | □ | □ | □ |
| - Pazifik | □ | □ | □ | □ |

26. **Was Sie uns schon immer sagen wollten:**

**Statistischer Teil**

A. Sind Sie
- ☐ Weiblich
- ☐ Männlich

B. Wie alt sind Sie?
- ☐ jünger als 20 Jahre
- ☐ zwischen 20 und 30 Jahren
- ☐ zwischen 30 und 45 Jahren
- ☐ älter als 45 Jahre

C. Welchen Schulabschluß haben Sie?
- ☐ Hauptschulabschluß
- ☐ Realschulabschluß
- ☐ Abitur/ Fachabitur
- ☐ Hochschulabschluß

D. Zu welcher Berufsgruppe gehören Sie?
- ☐ UnternehmerInnen
- ☐ Freie Berufe
- ☐ Angestellte
- ☐ ArbeiterInnen
- ☐ Beamte
- ☐ WissenschaftlerInnen
- ☐ LehrerInnen
- ☐ LandwirtInnen
- ☐ Auszubildende
- ☐ SchülerInnen
- ☐ StudentInnen

E. Ihre genaue Berufsbezeichnung:

______________________________

F. Wieviele Personen lesen Ihr Exemplar der blätter des iz3w noch? ______________
Personen

G. Sind Sie entwicklungspolitisch aktiv?
- ☐ Nein
- ☐ Ja

Wenn Ja:
- ☐ In einer Partei
- ☐ In der Gewerkschaft
- ☐ In der Kirche
- ☐ An der Universität
- ☐ In einer unabhängigen Dritte-Welt-Gruppe

H. Wieviele Einwohner hat die Gemeinde, in der Sie leben?
- ☐ unter 5.000
- ☐ zwischen 5.000 und 30.000
- ☐ zwischen 30.000 und 100.000
- ☐ mehr als 100.000

# Kein Grund zum Feiern

## Die spanische Gegenkampagne



**Der Fünfhundertste Jahrestag der Landung in Amerika soll groß gefeiert werden. Die Nachbauten der ersten Schiffe, auf denen Kolumbus die karibischen Inseln erreichte, sind schon so gut wie fertig. Gerade rechtzeitig um die Anfang Juni abgefackelte Santa Maria im Hafen von Barcelona zu ersetzen. Es rührt sich Unzufriedenheit, Protest, ja sogar aktiver Widerstand, gegen den Tanz der Vampire.**

Das Spektrum der KritikerInnen reicht über ein weites politisches Feld. Von Provinzregierungen über katholische Orden und Basisgemeinden bis hin zu den lateinamerikanischen Solidaritätsinitiativen und Landarbeitergewerkschaften mit Verbindungen zu radikalen linken Parteien.

In diesem Artikel sollen einige Aktivitäten spanischer Gruppen gegen den 500. Jahrestag der Einverleibung Amerikas dargestellt werden.
Kritik und Widerstand gegen die Feierlichkeiten des „Quinto Centenario del descubrimiento de América" verstärkt sich seit drei Jahren auf der iberischen Halbinsel. Die Organisationen entstanden aus Initiativen und Solidarität mit LateinamerikanerInnen, meist Indigenas (Indios).

In dem offiziellen Programm, 500 Jahre — 500 Programme, erlebten gerade die Indigenas einmal mehr die Arroganz des spanischen Staates. Ihre geschichtliche Erfahrung und Existenz ist in diesem Programm ein Randthema, während die lateinamerikanischen Eliten und Machthaber ehrenvoll in die Beratung und Umsetzung einbezogen werden. Für die Indigenas Amerikas ist ihre „Entdeckung" durch die Europäer der Anfang von Verfolgung, Ausrottung und Zerstörung ihrer Kultur bis zum heutigen Tag. Sie verurteilen diese Feierlichkeit als Hohn, als eine Geschichts(ver)fälschung. Mit den Aktionen und auf Veranstaltungen der Indigenas solidarisierten sich spanische Initiativen aus dem kirchlichen Spektrum um die Befreiungstheologie und meist gesellschaftskritische, regionalistische Komitees, Parteien sowie unabhängige Gewerkschaften.

Mit der Erklärung „Euskadi no debe celebrar genocidos" richten sich die Provinzregierungen von Navarra und Euskadi (Baskenland) gegen die Zelebrierung von Kolonialisierungsleistungen. Sie lehnen diese Feierlichkeit auch aus eigener geschichtlicher Erfahrung mit dem Andauern der 500 jährigen kastilischen Herrschaft über die iberische Halbinsel ab.
Ablehnung existiert ebenfalls in kirchlichen SolidaritätsInitiativen (z.B. das Komitee Oskar Romero in Barcelona) oder christlichen Gewerkschaften (HOAK, Barcelona) und reicht hinein bis in die etablierte kirchliche Hierarchie (Franziskaner und Teile des Dominikanerordens). Angesichts pervertierter Zivilisationsleistungen und brutaler Christianisierung in Lateinamerika vergeht ihnen das Feiern. Damit kritisieren sie auch die katholische Hierarchie, die die Erfolge der 500 jährigen Missionierung Lateinamerikas auf der Bischofskonferenz in Santo Domingo 1992 hervorheben wird.

Außerdem existieren die Initiativen und Parteien aus dem linken, gesellschaftskritischen Spektrum. Von den unterschiedlichen grünen Gruppierungen über kommunistische und trotzkistische Bewegungsparteien bis hin zu den ausschließlich regionalistischen Parteien, wie die im Baskenland organisierte Herri Batasuna (HB). Im Umfeld dieser Parteien besteht ein breites „Feld" von Aktionskomitees, mit wechselseitigen politischer Einflüssen. Sie arbeiten in gewerkschaftlichen und gesellschaftskritischen Initiativen sowie in Dritte Welt Solidaritätskomitees. Zur Zusammenfassung der Anti Quinto Centenario Diskussionen haben sich Kommissionen gebildet. Ziel dieser Organisierung ist, trotz bestehender politischer Differenzen, ein Diskussions- und Aktionsbündnis. Für dieses linke Spektrum steht außer Zweifel, daß im Rahmen der internationa-

len Kräfteverhältnisse und der bestehenden Weltwirtschaftsordnung die Kolonialisierung Lateinamerikas weiter anhält. Diese 500-Jahr-Feierlichkeiten verklären die Revitalisierung längst vergangener iberoamerikanischer Machtverhältnisse.

Grundlagen der aktivsten und radikalsten Organisationen und Initiativen gegen die Feierlichkeit zum 500. Jahrestags sind Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit den politischen Strukturen in Spanien.
Teile des Spektrums kommen aus regionalistischen Komitees. Für sie hat die regionale Organisierung einen hohen politischen Stellenwert. Sie sehen in den Feierlichkeiten und den aktuellen Programmen des spanischen Staats eine Erweiterung der Madrider Zentralgewalt. Dazu zählen die Infrastrukturprojekte wie die Weltausstellung in Sevilla (EXPO 92) oder die Olympischen-Spiele in Barcelona genauso wie die Feier der europäischen Kulturhauptstadt Madrid, ebenfalls 1992. Diese Großprojekte sind ein Gegenkonzept zu den Autonomiebestrebungen der spanischen Provinzen.

Andere politische Initiativen arbeiten gegen den wachsenden Rassismus. Nach ihrer Einschätzung wird der Rassismus über verschärfte Ausländer- oder Asylgesetze der sozialdemokratischen Regierung gefördert. In diese Kerbe schlägt auch der Tag der Rasse. An jedem 12. Oktober wird der Tag der Landung spanischer Schiffe in Amerika gefeiert und durch das Quinto Centenario noch stärker als Ausdruck von spanischer Überlegenheit bejubelt.

Für die antiimperialistischen Gruppen verbirgt sich hinter der Madrider Politik und ihren Konzepten zur iberoamerikanische Kultur und Gemeinsamkeit das Interesse des europäischen Kapitals, Spanien zum Scharnier zwischen Europa und Lateinamerika auszubauen. Gleichzeitig wird die politische Entwicklung Spaniens als Gesellschaftsmodell für den Übergang von Militärregimen zu formal demokratischen Regierungen verkauft.

Die internationalistischen Komitees sehen in der ansatzweisen Einbeziehung von Indigenas in das offizielle Programm bloße Augenwischerei. Beispielhaft dafür ist die geforderte Unterstützung eines Indigenas-Kongresses aus dem Quinto Centenario Fonds, die wegen fehlender Mittel von Spanien abgelehnt wurde. Ein Witz in Anbetracht der 'zig Miliarden, die zur Zeit in Spanien durch die oben beschriebenen Programme verteilt werden.

Für antipatriarchale Initiativen unterstützt der Kult dieses 500. Jahrestags drei Pfeiler der patriarchalen Gesellschaft: der Patriotismus, die Autoritätshörigkeit und die Rechtfertigung der Eroberungskriege. Vorstellungen, die wieder und wieder die Unterordnung einfordern und ebenso die Fremdenfeindlichkeit fördern.

Eine realistische, wenn auch grobe Einschätzung über die wesentlichen politischen Positionen zu den offiziellen Inhalten der Quinto-Centenario-Veranstaltungen in Spanien gibt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des IEPALA (Forschungsinstitut für die Solidarität mit Afrika und Lateinamerika) in Madrid ab. Er unterscheidet drei Linien: einmal die PSOE-Regierung, dann die Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und schlielich die linksradikalen Parteien.
Die PSOE-Regierung und die Verantwortlichen des Programms reagiere neurotisch und unsicher. Ihre Überforderung resultiere aus dem unterschiedlichen Interessensspektrum, den nicht mehr überschaubaren Programmen und dem weiten Netz von teilnehmenden Organisationen. Die Schwierigkeiten der PSOE-Regierung zeigten sich in der Iberoamerikanischen Kommission, in der lateinamerikanische Mitglieder vor zwei Jahren den Untertitel "Encuentro de dos Mundos„ einforderten. Die politische Entwicklung der Perestroika in Osteuropa vergrößerte die Probleme zusätzlich.

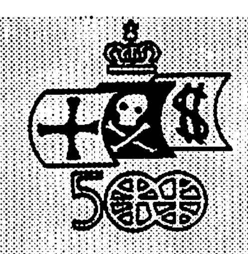
Die NGO's verhielten sich zum offiziellen Programm distanziert oder waren mit ihrer Kritik zurückhaltend. Ziel sei die Stabilisierung und Entwicklung ihrer Aktivitäten und Solidaritätsarbeit unabhängig von tagespolitischer Aktualität. Dabei nützten sie politische Spielräume und Interessensentwicklungen in den Quinto-Centenario-Projekten.

Die Ablehnung der Zelebration mit Gegenaktionen organisierten kommunistische und trotzkistische Parteien, die ihre Interessen über die Ablehnung des offiziellen Programms transportierten, um damit größere Bevölkerungsteile einzubeziehen oder überhaupt zu erreichen.

Die NGO's verhalten sich jedoch nicht neutral. Hinter ihrer Einstellung zur 500-Jahr-Feier steht die Abhängikeit von privaten Mitteln in Spanien und Akzeptanzprobleme bei der Projektdurchsetzung mit lateinamerikanischen Regierungen.
Gleichzeitig versuchen sie ihre Einflußmöglichkeiten auf die Programme zum Quinto-Centenario im Interesse einiger lateinanerikanischer Regierungen zu verbessern. Nach Einschätzung der Organisation ENTREPUEBLOS müssen die politischen Einflußmöglichkeiten des spanischen Staats auf Lateinamerika im Bezug auf die Dominanz der USA relativiert werden. Auf Veranstaltungen von ENTREPUEBLOS diskutieren sie die Strategien des US-department of foreigen affairs oder die Konzepte des Weißen Hauses, des im Santa Fe II Papiers (US-Counterinsurgency Strategie in Lateinamerika, siehe blätter Nr.162). Diese politische Dominanz und ihre Destabilisierungsversuche gilt es in erster Linie abzubauen, wie die Organisation "ENTREPUEBLOS verdeutlicht.

Die Projekte, die die Organisation ENTREPUEBLOS in Zentralamerika durchführt liegen im Erziehungs-, Frauen-, Handwerks- und Gesundheitsbereich. Gleichzeitig dienen die Informationsveranstaltungen in Spanien der Darstellung von Solidarisierungsmöglichkeiten mit den lateinamerikanischen Kulturen und zur Auseinandersetzung mit den internationalen Abhängigkeitsverhältnissen.
Neben der US-Dependenz wird von den NGO's auch die Staatsverschuldung in Lateinamerika als Knebel des internationalen Finanzkapitals angeklagt.
Zwei weitere Einflüsse auf die Haltung der NGO's sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Einmal existieren von Seiten sozialer Bewegungen starke personelle und inhaltliche Überschneidungen zu den sozialdemokratischen Organisationen. Und dann ist die Niederlage in der Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens 1986 noch immer aktuell. Hierbei setzten sich die Sozialdemokraten von den NATO-Gegnern ab und wurden innerhalb von zwei Jahren zu NATO-Befürwortern. Durch diese politische Niederlage wurde das Vertrauen der NATO-Gegner, trotz großer Mobilisierungsanstrengungen, in ihrer politische Aktionskraft angeknackst.

Die tragenden Gruppen der Gegenbewegung sind in erster Linie die kleineren außerparlamentarischen Parteien, die das Thema Quinto Centenario im Rahmen ihrer politischen Auseinandersetzung nutzen, um ihre gesellschaftspolitische Wirkungsmöglichkeit zu erweitern. Dazu zählen die Movimientos Comunistas Espana (MCE) und eine trotzkistische Gruppierung, die Lista Comunista Revolutionario (LCR). Beide sind grundsätzlich regionalistisch organisiert und stehen im Austausch mit lateinamerikanischen Solidaritätsgruppen und einer Vielzahl politischer Komitees. Dies gilt auch für die baskische Partei Herri Batasuna (HB). Sie hat enge Verbindungen zu Kollektiven im Internationalismusbereich wie in der Besetzerbewegung. Die HB hat allerdings im Baskenland ein weit stärkeres politisches Gewicht als die MC's und die LCR in den spanischen Provinzen.
Die Organisationsbasis für die Diskussion um die Einbeziehung unterschiedlichster Inhalte existiert in allen spanischen Städten. Zwischen Solidaritätskomitees mit Beziehungen nach Lateinamerika oder politischen Kollektiven mit unterschiedlicher Thematik existieren oft enge Kontakte. Sie ergeben sich durch personelle und inhaltliche Überschneidungen. Zu diesem Kreis zählt die andalusische Landarbeitergewerkschaft SOC genauso wie die Lehrergewerkschaft Kataloniens, USTEC. Im Zusammenhang mit den Anti-Quinto-Centenario-Debatten haben sich feste Organisationen in Vigo (Galizien), in Cadiz (Andalusien), in Madrid, in



## Erklärung des Kollektivs AMAIURKO QUETZAL:

1992 ist nicht mehr fern. Mit Erstaunen und Verblüffung stellen wir fest, daß eine staatlich eingerichtete Kommission für die Fünfhundertjahrfeier der Entdeckung Amerikas, in den ihr zur Verfügung stehenden Medien, die Ausplünderung und Eroberung eines Kontinents, der schon vor Ankunft der Europäer besiedelt war, nachwievor als etwas großartiges und triumphales darstellt.
Mit dieser Parodie der Regierenden und ihren politischen, sozialen, kulturellen und anderweitigen Auswirkungen besteht die Absicht, die traditionelle Rolle der spanischen Krone fortzuschreiben. Damit sind wir absolut nicht einverstanden und lehnen dies ganz entschieden ab.

Die sogenannte Entdeckung Amerikas bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als die brutale Eroberung und Ausplünderung eines Kontinents, die rücksichtslose Ausbeutung der Bodenschätze, Völkermord und Versklavung der rechtmäßigen Bewohner.
Wir weisen darauf hin, daß diese Eroberung im Zusammenhang mit der neofeudalistischen Reaktion und dem imperialistischen Expansionsbestreben der spanischen Monarchie zu sehen sein muß, beides machte gleichzeitig einen Prozeß der Verschiebung ihrer europäischen Grenzen notwendig (Nafarroa, Granada, Galicia, Vertreibung der Juden und Mauren, Italien, Nordafrika und die Niederlande). Sie zwangen den verschiedenen unterjochten Nationen und Völkern ihr politisches und kulturelles Modell und ihr zentralistisches Rechtssystem auf.

Wir lehnen es ab, die Kolonialisierung Amerikas selbst noch nach 500 Jahren als ein "gutes und frommes Werk" der Eroberer und Missionare zu rechtfertigen. Im internationalen Konkurrenzkampf benutzt der spanische Staat heute dieselbe Rechtfertigung bei der Erschließung neuer Märkte, um gleichzeitig das politische und wirtschaftliche Modell der PSOE zu exportieren.
Wir fordern die Anerkennung des Rechts auf vollständige Selbstbestimmung für die amerikanischen Völker - im Würgegriff der Auslandsverschuldung - für das Baskenland und für die anderen unter der spanischen Krone "vereinigten" Nationen.
Wir verpflichten uns, ausgehend von unserem eigenen Volk und unserer eigenen Geschichte, uns mit der Beteiligung von Basken an der Eroberung und Kolonialisierung Amerikas auseinanderzusetzen, und zwar aus der Perspektive unseres Befreiungskampfes.

Bilbao (Baskenland) und Barcelona (Katalonien) gebildet.
Die katalanische Kommission in Barcelona „Comissió Catalana Contra la Celebració del Cinqué Centenari" (CCCCC) versucht in erster Linie den Charakter der Kolonisation, mit den angeblichen Zivilisationsleistungen Spaniens öffentlich zu thematisieren. Parallel dazu steht auch die Unterstützung der indigenen Gesellschaften und ihr Widerstand gegen die Kolonialisierung bis zum heutigen Tag im Vordergrund der Öffentlichkeitsarbeit. Im Rahmen der Quinto Centenario Veranstaltungen sehen sie den wachsenden spanischen Zentralismus, das Erstarken des Hispanismus und die Glorifizierung von Tradition, Zvilisation und Fortschritt. Ziel der Gegenaktivitäten ist, in der Öffentlichkeit mit der kulturellen Überlegenheit der Europäer und ihrer zivilisatorischen Leistung durch den spanischen Staat und die Kirche aufzuräumen. So wurden mit der Lehrergewerschaft USTEC Unterrichtsmaterialien zusammengestellt, die die Situation der amerikanischen Indigenas bei „Entdeckung" darstellt und ihren Kampf gegen Kulturzerstörung, Ausplünderung und Vernichtung in diesen fünfhundert Jahren zusammenfaßt.




Ihr Widerstand gegen den kastilischen Zentralstaat basiert ebenfalls auf der 500 jährigen Fremdbestimmung der katalanischen Kultur. Eine Dominanz, die heute über die Sozialdemokratie aus Madrid fortgesetzt wird. Die CCCCC in Barcelona macht aber auch vor der katalanischen Geschichte nicht halt. Sie fordert die Umbennung von Straßen und Plätzen, die den Namen von Konquistadoren tragen. Dies gilt für den Bau der Börse und die Statue von Antonio Lopez, der durch den Dreieckshandel von Sklaven, Zucker und katalanischem Plunder im 17. Jahrhundert zum Reichtum Barcelonas beitrug. Oder für die Störung der eigens für das Quinto Centenario geschaffenen Oper „Cristobal Colon", deren feierliche Uraufführung durch Aktionen in und außerhalb der Oper trotz allem Glanz einen bitteren Beigeschmack erhielt.
Das katalanische Komitee setzt sich aus Mitgliedern der katalanischen Kommunisten und Trotzkisten (MCC und LCR) den „Los Verdes", vergleichbar den deutschen Grünen, und der christlichen Gewerkschaft HOA, neben einigen Solidaritätskomitees (Chile, Kolumbien, Salvador, Guatemala) und einzelnen Mitgliedern von der Universität zusammen.
Unterstützt werden einzelne Aktionen oder Veranstaltungen von katholischen Basisgruppen, wie den Justicia y Paz (SERPAJ), den SOS Rasismus-Initiativen und von katalanischen Feministinnen sowie Antiapartheidgruppen.
Wie schwer es die Basis dieser Solidaritäts- und Kampagnenstruktur hat, zeigt der Abriß eines kleinen „multikulturellen" Zentrums durch die teuer aufpolierte Olympia-Stadt Barcelona im Mai diesen Jahres. Teile des Spektrums gegen die Quinto- Centenario-Feierlichkeiten hatten ein Haus besetzt. Dort lebten neben einer Spanierin Menschen aus unterschiedlichen lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten. Dieses alte Haus, am Rand eines teuer hergerichteten Olympia Parks, mußte aber genauso wie viele andere abgerissen werden. Damit wurde der Veranstaltungs- und Versammlungsort für diese Initiativen zerstört und die Menschen werden auf den teueren und knappen Wohnungsmarkt in Barcelona getrieben.

Im Baskenland organisierte sich das Kollektiv (agiria) „Amaiurko Quetzal" gegen die 500 Jahr Feier. Es hat in den meisten baskischen Städten VertreterInnen. Ihre Inhalte, Diskussionen und Aktionen unterscheiden sich nicht groß von der katalanischen Kommission (CCCCC). Wobei das baskische Kollektiv, bedingt durch die Stärke baskischer Autonomiebestrebungen und die Abwesenheit der baskischen Provinzen in dem nationalen Komitee zur feierlichen Vorbereitung des Quinto Centenario, mehr politische Möglichkeiten und weniger Repression durch die Provinzregierung erfährt. Dem Kollektiv gelang über ihre Arbeit die Zusammenführung eines großen baskischen Bündnisses. Im Kollektiv diskutieren die Spektren der Herri Batasuna (HB) mit der Euskadi Isquierda (EI), die beide konträre Positionen zur ETA-Militar haben, mit den Komitees der Movimientos Comunistas (MEK) zusammen. Eine Konstellation, die wegen politisch völlig unterschiedlichen Strategien bislang unmöglich schien. Sicherlich weist dies zwar auf ein großes politisches Interesse an dem Thema, doch bedeutet dies auch hohe Zerbrechlichkeit.

Das Bündnis hat seinen Ursprung auch in den Inhalten des offiziellen Programms der spanischen Sozialdemokraten, was der Madrider Regierung sehr bewußt ist.

Eine Bündnispolitik zur 500 Jahr Feier liegt im Interesse vieler Gruppen. Das Madrider Komitee „Colectivo de Solidaridad con Centroamérica" faßt die Kritik nocheinmal stellvertretend zusammen und ruft gleichzeitig zur spanienweiten Organisation auf:„ Mit diesem Quinto Centenario wird die Unterdrückung anderer Völker bejaht und für angeblich höhere Ziele verherrlicht. Gegen die Feierlichkeiten, mit ihrem Pomp ... und einer Wirtschaftskoordination für nationale und internationale Konzerne, ... gegen die Teilnahme der Militärs über Studienreisen und Seminare, gegen die Universitäten, die die Kolonisierung rechtfertigen und gegen die Teilnahme der Kirche mit ihrer gekreuzigten Moral". Ein erstes spanienweites Treffen der Initiativen ist für den September geplant.

Das sich diese Kritik der spanische Staat nicht so leicht gefallen läßt erfuhr das Katalanische Komitee in Barcelona. Ihnen wurden in den letzten beiden Jahren die Demonstrationen gegen die Quinto Centenario Feststimmung verboten. Die Demonstrationen wurden zwar durchgesetzt und die Organisatoren bekamen auch später vom Gerichtshof das Recht auf Demonstrationen zugesprochen. Doch die Regierung erreichte ihr Ziel. Der rechtlose Status ermöglichte eine Kriminalisierung der wenigen TeilnehmerInnen und eine wachsende Organisierung wurde erschwert.

Wie wenig sich auch in Spanien die etablierten Medien mit gesellschaftskritischen Initiativen auseinandersetzen und wie eng ihr Kritikfeld ist, wird in einem in der EL PAIS von F.Ayala veröffentlichten Artikel zum Tag der Hispanidad verdeutlicht. Für den Autor existieren drei relevante gesellschaftliche Gruppen in der Debatte um die Feierlichkeiten zum Fünften Jahrhundert: die Traditionalisten, die Technokraten und die Moralisten. Dabei unterstellt er den Moralisten, die dem spanischen Volk die Verantwortung für Ausplünderung, Gewalt und Rassenmord übertragen wollen, daß sie nicht wüßten bei wem sie sich dafür entschuligen müßten. Hier hat er den oben beschriebenen Initiativen, Komitees oder Parteien, die in dem internationalen Solidaritätsspektrum arbeiten, oder auch Teilen der katholischen Kirche keinerlei Aufmerksamkeit gegönnt. Allen Gruppen, auch den Traditionalisten, mit Gefühlausbrüchen über die Heldentaten längst vergangener Zeiten und dem Technokratenkreis, mit ihrer Vorstellung von einer „Begegnung zweier Welten", unterstellte er mangelnde Geschichtsaufarbeitung. Er kann sich damit auch selbst einbeziehen wenn er allen Gruppen mangelnde Fortschrittslosigkeit bescheinigt. Denn nach seinem Verständnis bezwang der Fortschritt, von der Seefahrt des fünfzehnten Jahrhunderts bis zur Landung auf dem Mond vor zwanzig Jahren, die dem Menschen innewohnende Gewalt.
Für Ayala tragen die drei von ihm als relevant eingestuften Gruppen zur Glorifizierung des spanischen Staates bei. Mit dieser Festellung liegt er wohl nicht verkehrt, während seine Reduzierung von Gewalt- und Repressionsverhältnisse zur Beschönigung des zivilisatorischen Fortschritts schwer bedenklich ist.
Nun, wie bereits augenfällig scheint Ayalas Einschätzung bloße Nabelschau; denn er vermißt Einverständnis oder zumindest Interesse an seiner Position. Er blickt aber auch nicht über seinen Tellerrand; denn es gibt sie, die sich mit der spanisch- europäische Geschichte und ihren Auswirkungen auf Amerika über fünfhundert Jahre auseinandersetzen. Die dabei nicht nur die Verantwortlichen von damals und die aktuellen Strategien beschreiben, sondern auch die spanische Öffentlichkeit mit den Opfern der Europäisierung Amerikas und deren Widerstand konfrontieren.

Das unsichere Verhalten der sozialdemokratischen Regierung Spaniens, wie es der IEPALA-Mitarbeiter weiter oben beschrieb, ist durchaus nachvollziehbar; denn diese Regierung hat sich in allen Politikbereichen sehr viel vorgenommen, um ihr Prestige, im Sinne internationaler Eliten, aufzuwerten. Bei der Betrachtung der geplanten Infrastruktur- und Modernisierungsprojekte wird deutlich, auf welchem wackeligen kulturellen und ökonomischen Grad Spanien balanciert.

Der große innenpolitische Vorteil der Regierung ist eine konservative Medienlandschaft und eine noch sehr schlecht organisierte Opposition. Die Einflußmöglichkeiten der GegnerInnen, der 500 Jahr Feier, sind dementsprechend gering.

Um ihre Einflußmöglichkeiten zu vergrößern, werden sich die aktiven Komitees in einem weiten Spektrum von Aktionsgruppen zusammenschließen. Das Problem dabei wird sein, da der aktuelle spanische Modernisierungs- und Umgestaltungsprozeß viele Kritikpunkte aufwirft, aber gleichzeitig KritikerInnen an diese unterschiedlichen Auseinandersetzungen binden wird, was die einzelnen Aktionen und Inhalte schwächen könnte.

Mit einem spanienweiten Zusammenschluß können 1992, nach Einschätzung der Komitees, drei, vier größere Aktionen gegen diese Verherrlichung von Kolonialisierung und Eroberung durchgesetzt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die gemeinsame Organisierung von Widerstand, sich dann auch in kritischeren Artikeln der EL PAIS niederschlagen wird.

**Gerd Rieger**

# Kein Land ohne Menschen

## Die innere Kolonialisierung Amazoniens

**Ethnische Minderheiten werden seit dem zweiten Weltkrieg weltweit immer stärker kolonialisiert. Die im Lauf der Kolonialgeschichte entstandenen Nationalstaaten in der Dritten Welt haben von der europäischen Kolonialpolitik viel gelernt. Eifrige Schüler ihrer ehemaligen Herren, machen sie sich inzwischen daran, mit Hilfe der ehemaligen Kolonialmacht ihrerseits zu kolonialisieren. Die Stoßrichtung dieser Kolonialisation verläuft im Gegensatz zur geschichtlich bekannten Variante nach innen. In Brasilien sind davon vor allem die Indianischen Völker des Amazonasbeckens betroffen.**

Die eigentliche Entdeckung des amerikanischen Kontinents erfolgte vor ca. 40.000 Jahren. Besiedelt wurde er über die Beringstraße von Norden nach Süden in mehreren Einwanderungswellen. Im Lauf dieser 40.000 Jahre haben die Nachkommen der damaligen Einwanderer sehr verschiedenartige Kulturen entwickelt. Die Palette kultureller Entwicklung reicht von den Hochkulturen im Andenraum und Mittelamerika über Gartenbaukulturen, Jäger und Sammlerinnen. Allein Brasilien wird von 150 Völkern indianischer Abstammung bewohnt. Ein Teil dieser Völker konnte sich bis vor kurzem noch durch den Rückzug in unzugängliche Gebiete dem Zugriff der Invasoren entziehen. Schon in der Frühzeit des Kolonialismus waren jedoch die Menschen, die an der Küste und an den großen Flüssen siedelten, der Kolonialpolitik ausgesetzt. Da diese Kulturen sich sowohl durch ihre Lebensweise als auch durch ihre auf Demokratie beruhende soziale Organisation sich der Eingliederung in das Unterdrückungssystem der Kolonisatoren zum großen Teil widersetzten, wurden sie bei der „Begegnung zweier Welten" ausgerottet oder vertrieben. Im Westen, im ehemaligen Inkareich, hatten die neuen Herren kein großes Interesse an der Ausrottung der gesamten Bevölkerung, da diese sich, an Unterdrükkung und Herrschaft gewöhnt, leichter dazu bewegen ließ, für die Kolonialmacht zu arbeiten. Der Kulturzerfall und das Auseinanderbrechen sozialer Strukturen sind dort schon früh das Ergebnis des „Kulturkontakts". Im Amazonasbecken sind es jedoch relativ junge Auswirkungen einer relativ neuen Variante des Kolonialismus.

### Zwischen Autonomie und Integration

Mit der Gründung des „Servico de Proteção ao Indio" (SPI) im Jahre 1910 wurde in Brasilien zum ersten Mal eine spezifische Indianerpolitik formuliert. Im Rahmen der Integrierung der relativ autonomen Bevölkerungsgruppen in den brasilianischen Staat sollten die Indianer und Indianerinnen zu Zivilisation und weißer Kultur bekehrt werden. 57 Jahre konnte die SPI an diesem Ziel arbeiten. 1967 wurde der Verein aufgrund von Korruptionsvorwürfen aufgelöst und durch die FUNAI (Fundação Nacional do Indio) ersetzt, die sich allerdings noch immer dem gleichen Ziel widmet, „der Einverleibung der Indianer in die nationale Gemeinschaft", wie sie auch die brasilianische Verfassung vorsieht. Im Gegensatz zu diesem Ziel stand allerdings schon seit Beginn der Verfassung ein Artikel, der den Schutz und die Abgrenzung der Reservate vorsah! Dieser Artikel wurde jedoch sowohl von den bürgerlichen als auch den Militärregierungen nur halbherzig angewendet. Ökonomische Interessen hatten stets Vorrang.

Die Existenz intakter indianischer Gemeinschaften wird bis heute als Bedrohung des „sozialen Friedens" empfunden. Einerseits werden sie als mögliche Separatisten gefürchtet, andererseits ist allein schon ihre Existenz außerhalb des kapitalistischen Systems eine Provokation. Dies zusammen mit dem natürlichen Reichtum der indianischen Gebiete führt zu einer Politik, die trotz gegenteiliger Gesetze, die Brechung indianischen Widerstands zum Inhalt hat. Mittel dieser Politik sind u.a. die Verkleinerung und teilweise gänzliche Entziehung von Territorien, die Anpassung an die Marktwirtschaft, die Verunmöglichung der Subsistenzwirtschaft sowie die Abwertung indianischer traditioneller Kultur mittels Propaganda. Immerhin konnten die Indianischen Völker der Regierung Sarney im Jahre 1988 einen neuen Gesetzestext, der auf die Verbesserung ihrer Situation abzielte, vorschlagen, und das Gesetz wurde sogar angenommen. Der Text beinhaltet den Verzicht auf die nationale Integration, das Recht auf die eigene Kultur, weitreichende Landrechte und das Recht auf die Nutzung der eigenen Ressourcen. Bodenschätze sollten nur nach Absprache und Einwilligung der Betroffenen sowie mit Gewinnbeteiligung gefördert werden können. Weiterhin wird der FUNAI, der staatlichen Indianervertretung, das Recht abgesprochen, die Indianer juristisch zu verteidigen.

Doch Papier ist geduldig. Die brasilianische Regierung Sarney handelte weiterhin so, als ob das Gesetz nie erlassen worden wäre.

Schon kurz nach dem Erlaß kam es zu einer Invasion von ca. 100.000 Goldsuchern in das Gebiet der Yanomami. Die Duldung der Goldsucher, von den großen Minengesellschaften bis zum verzweifelten Tagelöhner seitens der brasilianischen Regierung macht den Gesetzestext bisher zu purer Makulatur. Weder wird das Gebiet der Yanomami geschützt, noch erhalten sie gar Anteile an der Ausbeutung ihrer Bodenschätze. Im Gegenteil: ihr Land und ihr Trinkwasser werden verseucht, ihre Kultur zerstört, sie selbst vertrieben, umgebracht, mißbraucht.

Mit der Ernennung von José Lutzenberger, dem sogenannten ökologischen Gewissen Brasiliens, zum Umweltminister der Regierung Collor werden große Hoffnungen verbunden. Bis jetzt gründen diese Hoffnungen jedoch ersteinmal auf die Zusagen, die sich der neue Minister vom Präsidenten geben ließ. Darin enthalten sind u.a. der Schutz der Völker des Waldes, zu denen außer den indianischen Ethnien auch die Kautschuk- und Paranußsammler zählen, und die Abschaffung aller Staatssubventionen für Abholzungen, wie sie z.B. die großen Rinderfarmen in der Vergangenheit erhielten.

Brasilien will vom Umweltproblemland zum ökologischen Musterland werden. Selbst der im März 1990 aus dem Amt geschiedene Präsident Sarney tat noch schnell etwas für sein Gewissen. Er unter-

schrieb als eine seiner letzten Amtshandlungen ein Dekret, das 1.656.803 Hektar Regenwald zu ausdrücklichem Reservatsgebiet macht, in dem zwar Kautschuk- und Paranußsammler Nutzungsrechte erhalten können, Rinderfarmen und Plantagen jedoch verboten sind. Es handelt sich dabei um Land in den Bundesstaaten Acre und Rondônia, die u.a. auch durch den Mord an dem Kautschukzapfer Chico Mendes bekannt geworden sind.

## Amazonien als Kriegsschauplatz

Die Geschichte der planmäßigen Erschließung Amazoniens nimmt mit der Amtszeit von Getulio Vargas (Präsident von 1930-1945 und 1951-1954) ihren Anfang. Die „unterentwickelten" Gebiete des Landesinneren sollten „entwickelt", Ressourcen erschlossen und ausgebeutet werden. Großangelegte Industrialisierung sowie die Massenumsiedlung verarmter Bauern und Landloser in das nach offizieller Propaganda menschenleere Land waren Teil dieser Politik. „Land ohne Menschen für Menschen ohne Land" ist der Slogan, der seit damals dafür sorgt, daß die um die Agrarreform betrogenen und durch die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft arbeitslos gewordenen Menschen, in den Lebensraum Indianischer Völker eindringen. Die Agrarwirtschaft sowie die Erschließung neuer Siedlungsgebiete waren in den ersten Entwicklungsprogrammen vorrangig. Institute und Organisationen wie INPA (Nationales Institut für die Erforschung Amazoniens), die Gummi-Kreditbank, SESP (Sonderdienst für die Öffentliche Gesundheit) und SPI, der damalige „Indianerschutzdienst", verlegten ihre Tätigkeiten nach Amazonien. Der zweite Weltkrieg mit seinem Engpaß an Naturkautschuk auf Seiten der Alliierten bildet den Beginn der Einbeziehung der USA in die innere Kolonialisierung. Die USA wurden in einem Vertrag als Geldgeber am Amazonasentwicklungsprogramm beteiligt. Zwischen 1942 und 1945 kam es zu den ersten großen Umsiedlungsprojekten im Rahmen des Kautschukbooms. Mit der Wiederaufnahme malayischer Gummilieferung nach der Kapitulation Japans nahm das Interesse der USA zunächst einmal wieder ab. Die überlebenden Siedler wandten sich zum großen Teil der Landwirtschaft zu.

Unter Juscelino Kubitschek (1956-1961) wurde die Entwicklung Amazoniens unter internationaler Beteiligung weiter vorangetrieben. Wirtschaftliche Anreize sollten Investoren in Form von nationalen und internationalen Konzernen nach Amazonien locken. Der Aufbau von Brasilia, als neue Hauptstadt im Landesinneren errichtet, gehörte zum Kolonialisierungsprogramm. Der Ausbau des Verkehrsnetzes, um die neue Hauptstadt mit der Küste zu verbinden, ermöglichte eine weitere Erschließung des Landes.

Die Junta, die sich 1964 an die Macht putschte, erklärte Amazonien kurzerhand zum „Kriegsschauplatz". Mit der „Operation Amazonien" wurde das Gebiet von 1965-1967 weitgehend unter die Kontrolle des Militärs gebracht. Wiederum sollten staatliche Subventionen, die bis zu 75% des Projektkapitals ausmachen konnten, internationales Kapital anlocken, was auch gelang. Im Rahmen der Kolonialpolitik wurden Organisationen wie BASA (Amazonienbank), SUDAM (Behörde für die Entwicklung Amazoniens) und SUFRAMA, die Freizone für Handel und Produktion gegründet. Diese Organisationen sorgen bis heute für denkbar günstige Investitionsbedingungen. Das hier angelegte Geld kommt vor allem den Investoren aus der Ersten Welt zugute. An einem Teil bereichern sich die nationalen Eliten. Das Volk geht nicht nur leer aus, es wird auch Opfer dieser Erschließungspolitik. Die ersten Opfer der Kolonialisierung im Inneren sind die Waimiri und Kreenakarore, die beim Bau der Verbindungsstraße zwischen Cuiaba und Santarem mehrmals brutal überfallen wurden. Allein die Kreenakarore wurden innerhalb von einigen Jahren von 300 auf 82 Personen dezimiert. Enteignungen, Prostitution, die oft tödlichen Krankheiten der Weißen begleiteten zusätzlich die Erschließung des Gebiets.

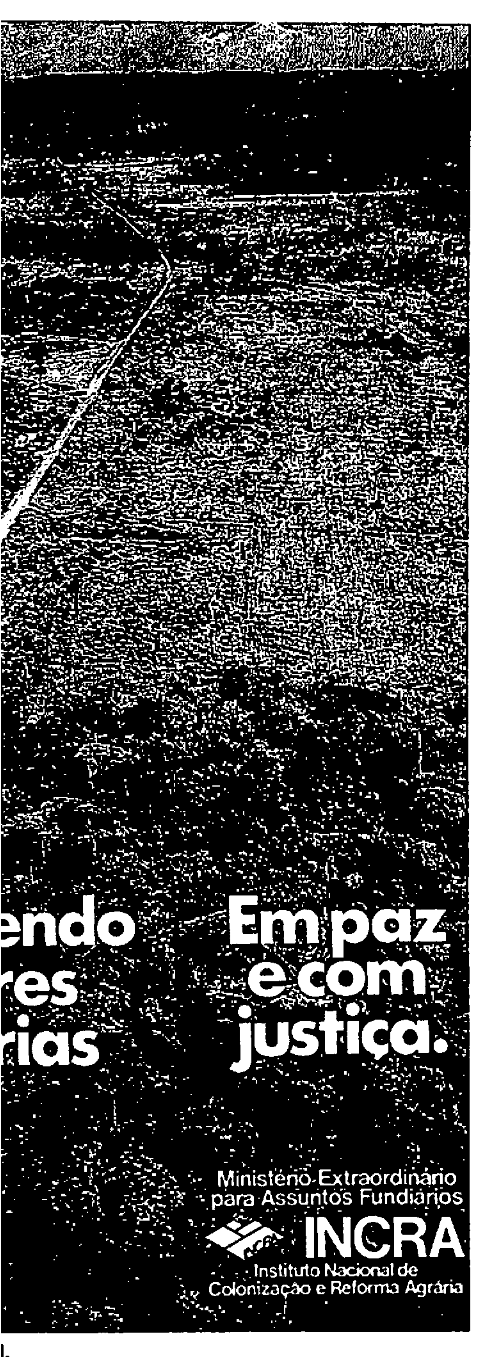
Das brasilianische „Wirtschaftswunder" in den Jahren 1967-1974 führte zu einer durch die zunehmende Infrastruktur erleichterten verstärkten Binnenwanderung. Die Dürre im Norden, wo immer noch der Großteil des Landes in den Händen weniger ist, sowie die weitere Rationalisierung der Landwirtschaft auch im Süden trieben viele „überflüssige" Tagelöhner und Kleinbauern dazu, ihr Auskommen in Amazonien zu suchen. Für manche Familien war es schon die zweite Migration innerhalb einer Generation. Die staatliche Siedlungsbehörde INCRA fördert diese Entwicklung durch Besiedlungspläne. Daneben gibt es auch private Agenturen, die den Anbau von Monokulturen mit Krediten unterstützen. Diese Agenturen streichen jedoch bei ökologisch sinnvollem gemischten Anbau die Kredite der von ihnen abhängigen Siedler. Die CEPLA z.B. fördert nur Kakao-Monokulturen, die IBL nur Kaffeeplantagen, die SUDHEVA reine Gummibaumplantagen. Die Agenturen konkurrieren untereinander.

Die Siedlerfamilien sind, wie schon so oft im Lauf der Geschichte, Opfer einer Politik, die die notwendige Agrarreform nach außen verlagert, um sie so in den Herkunftsregionen überflüssig zu machen. Es wird Land verteilt, das eigentlich anderen, oft ökonomisch und waffentechnisch Unterlegenen, gehört. Die Nachkommen europäischer Landloser, enteigneter (überlebender) Indianer und versklavter Afrikaner werden gegen die rechtmäßigen Besitzer Amazoniens, die Indianischen Völker ausgespielt. Die Einwanderer können jedoch nicht einmal darauf hoffen, ihr Schicksal zu verbessern. Im Kampf um das Land und seine Schätze bleiben sie ebenso wie die Indianer auf der Strecke. Zum Teil




**Die Ersatzlösung: Agrarreform im Urw**
***Der Werbetext im Wortlaut: BRASIL AGRARREFORMEN DER WELT DU ausseroredentliche Ministerium für Fra lung und Agrarreform. Siedlungsprojekt In: Veja, S. Paulo, 18.5.1983, S. 93***

müssen sie einmal gerodetes Land an Großgrundbesitzer weitergeben, da der Boden nicht genug für den Unterhalt der Familien hergibt. Das ökologische System ist in der Regel schon durch die unangepaßte Rodung und Anbauweise so weit geschädigt, daß der folgende Besitzer irgendwann einmal ein Stück Wüste besitzt. Es gibt einige Kleinbauern, die von dieser Spekulation leben bzw. überleben. Siedler, die mit der Fruchtbarkeit „ihres" Stück Lands mehr Glück haben und damit ihre Existenz sichern können, sind der Gegenwehr der Indianischen Völker, in deren Gebiet sie ja eingedrungen sind, ausgesetzt. Darüberhinaus werden sie jedoch auch von den Großgrundbesitzern und Agrarmultis, die




*...N FÜHRT ZUR ZEIT EINE DER GRÖSSTEN ...CH. IN FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT. Das ...n des Grundbesitzes. Nationales Institut für Besied- ...raço-Sul, Mato Grosso.*

sich in Amazonien breitmachen, als Konkurrenz betrachtet und teilweise vertrieben oder umgebracht.
Die extrem zugespitzte Situation versucht die brasilianische Regierung durch sogenannte „gezielte Projekte" zu entspannen. Da die „Zielgerichtetheit" der nun durchgeführten Projekte immer noch die Verhältnisse in Amazonien unberücksichtigt läßt, wird sich der Konflikt in den nächsten Jahren sicher nicht lösen. Die INCRA erfaßt immer noch „Leerräume", es werden weiterhin Menschen in von Indianern bewohnten Gebieten angesiedelt. Gleichzeitig werden ungeachtet der Folgen und trotz schöner Worte weiter industrielle und landwirtschaftliche Großprojekte gefördert, die innerhalb der nächsten zwei Generationen dafür sorgen könnten, daß das gesamte Ökosystem, die Grundlage der menschlichen Existenz zugrundegeht. Nationale Sicherheitsinteressen und nationale sowie internationale Ausbeutungsgelüste sind an der Zerstörung des amazonensischen Waldes und seiner Bewohner und Bewohnerinnen maßgeblich beteiligt.

## Der Nationale Sicherheitsrat

Die Integrierung Amazoniens in den brasilianischen Staat, die seit 1930 immer planmäßiger betrieben wurde, stand auch im Zeichen der „nationalen Sicherheit". Besiedlungs-, Erschließungs- und Indianerpolitik standen stets unter der Aufsicht von „Sicherheitsorganen" des Staates. Neben dem Wunsch, die Ausbeutung der Bodenschätze unter militärischem Schutz und Kontrolle voranzutreiben, wurde die Kolonialpolitik auch als „Schutz der Grenzregionen" angepriesen. Die Angst vor etwaigen Expansionswünschen der anderen Amazonasanliegerstaaten läßt in Brasilien genauso wie beispielsweise im Oriente Ecuadors Militäranlagen im Urwald entstehen. Aber nicht nur nach außen soll der brasilianische Staat geschützt werden: die bis dahin relativ autonomen Völker des Waldes sollen ebenfalls unter Kontrolle gebracht werden. Die Existenz autonomer und autarker Minderheiten an der Staatsgrenze und in unkontrollierbaren Räumen bedroht, wie auch in anderen Gebieten der Dritten Welt, den Nationalstaat.
Wahre Indianerpolitik besteht immer noch in der Integration. Der „Brasilidade" als nationaler Idealvorstellung hat sich alles unterzuordnen. Die Anpassung ethnischer Minderheiten an einen so konstruierten Nationalcharakter erfolgt auch in anderen lateinamerikanischen Ländern. Nur durch sie glauben die Staaten ihre Souveränität in den Grenzgebieten wahren zu können.
Die „nationalen Ziele" (Integrität des Territoriums, Fortschritt, Souveränität des Staates und der Wirtschaft sowie Integration) wurden bis zur Verfassung vom 5. Oktober 1988 vom CSN, dem „Nationalen Sicherheitsrat", festgelegt und überwacht. Der CSN hatte volles Mitsprache- und vor allem Vetorecht bei allen Entscheidungen, die die Indianischen Völker betrafen. Kein Reservat wurde ohne seine Zustimmung eingerichtet. Zwar wurde der CSN offiziell von Präsident Sarney aufgelöst, allerdings existiert er als SADEN, mit einem neuen Namen versehen, weiter. Hauptverantwortlicher für die offizielle brasilianische Indianerpolitik ist immer noch General Bayma Denys, der frühere Generalsekretär der CNS, heute auf dem gleichen Posten bei SADEN. Als Mittel zur Durchsetzung der „nationalen Ziele" dienen u.a. „Projekte für die nationale Sicherheit".

## Entwicklungsprojekte

Seit dem Militärputsch von 1964 ist ein Entwicklungsmodell in Kraft, das sich auf Großprojekte konzentriert. Im Rahmen dieses Modells werden seit damals Privatinvestitionen in- und ausländischer Konzerne vom brasilianischen Staat unterstützt und finanziert. Der zunehmende Ausverkauf des Landes ist ein Aspekt dieser Politik. Im Zentrum der Entwicklungsplanung liegt in den letzten 26 Jahren das Amazonasgebiet, von dem inzwischen allein 40% ausländischen Bergbauunternehmen gehören.
Für die Gefährdung der Indianischen Völker und der amazonischen Umwelt sind drei Kategorien von Projekten verantwortlich:

— **Entwicklungsprojekte** wie „Grande Carajas" und „Polonoroeste". Das „Projeto Grande Carajas" (PGC) umfaßt Roheisenwerke auf Holzkohlebasis, eine 900 km lange Eisenbahnlinie, einen Seehafen, Elektrizitätswerke und Straßen. Die Größe entspricht der der BRD und Frankreich zusammen, wovon die Hälfte mit Primärwald bedeckt ist. Ungefähr 13.000 Indianer im Flußgebiet von Tocantins verlieren bei diesem Projekt ihr Land. Darlehen der Weltbank, der EG und Japan fließen in die Ausbeutung der Carajas-Erzminen. Die Weltbank forderte zwar Rücksichten auf Ökologie und Indianische Völker. Die Bedingungen werden jedoch nicht eingehalten.
„Polonoroeste" und „Poloamazônia" stehen für zwei Entwicklungsprogramme, die die weitere Erschließung Amazoniens garantieren sollen. „Polonoroeste" soll z.B. die Erschließung des Bundesstaates Rondônia und seine geordnete Entwicklung in Gang setzen und fördern. Das „Polonoroeste-Programm" betrifft den Aripuana-Park in Rondônia, einem ausdrücklich vom brasilianischen Staat im Juni 1969 garantierten Reservat, das u.a. von Surui und Cinta-Larga-Völkern bewohnt wird. Das Gebiet erstreckt sich über Teile Rondônias und Mato Grossos. Trotz des gesetzlich verankerten Verbots, Rohstoffe im Aripuana-Park auszubeuten, wird das Gebiet entwickelt. Bergbauprojekte, Wasserkraftwerke, die Ansiedlung von Menschen aus anderen Gebieten sind Teile des Programms. Indianischer Widerstand hat kaum eine Chance gegen das militärisch abgesicherte Projekt.
Insgesamt sind zehn Entwicklungszentren geplant mit zusammen 125 Gemeinden, 1462 Projekten und der nötigen Infrastruktur. Sieben Bundesstaaten (Amazonas, Para, Acre, Rondônia, Mato Grosso, Goias, Maranhao) sowie zwei Bundesterritorien (Roraima und Amapa) sind davon betroffen.

— **Energieprojekte** wie die im „Plano 2010" enthaltenen hydrolektrischen Projekte. Der „Plano 2010" sieht bis zum Jahr 2010 die Errichtung von 76 Wasserkraftwerken vor - die meisten davon auf Indianerland. Schätzungsweise 100.000 Hektar Land werden bei der Durchführung dieser Projekte unter Wasser gesetzt werden und zwar in nahezu allen Regionen Brasiliens,



*Celestino, Sprecher eines Xavante-Dorfes vor der FUNAI-Hauptverwaltung in Brasilia, 1982.*

in denen heute noch Indianische Völker leben. Ein trauriges Beispiel für die Umsetzung des „Plano 2010" bildet der Tucurui-Stausee: für den enormen Energieverbrauch von „Carajas" gebaut, überflutet nun der Rio Tocantins auf 200 km nur teilweise abgeholzten Primärwald. Dioxinhaltige Entlaubungsmittel und die Zersetzung der faulenden und toten Biomasse führten zu Sauerstoffmangel im See und einem $H_2SO_4$ — Ausstoß in die umgebende Luft, der auch für Menschen gefährlich ist. Enteignet wurden beim Bau die Parakanan-Indianer. Der Tucurui ist jedoch erst der Anfang einer Reihe von Dämmen, die den Rio Tocantins aufwärts geplant sind.

- **Sicherheitsprojekte** wie „PMACI", das sich zynischerweise „Programm für den Schutz der Umwelt und der Indianer-Gemeinschaften" nennt, „PROFFAO" das Programm für die Entwicklung des westamazonischen Grenzraums" und „Calha Norte", das wohl bekannteste von diesen Projekten.

„Calha Norte" ist ein Programm zur Eroberung und Besetzung von ca. 14% brasilianischen Staatsgebiets nördlich des Amazonas und Solimôes sowie entlang der 6.500 km langen Landesgrenze zwischen Oiapoque und Tabatiga. Die betreffenden Nachbarländer sind Venzuela, Guayana, Surinam und Kolumbien. Obwohl der brasilianischen Bevölkerung das Projekt als notwendig für den Schutz der Nation angepriesen wird, liegt der wahre Wert woanders: Die Einrichtung von Infrastruktur, Kommunikations- und Transportverbindungen soll in- und ausländischen Investoren die Ausbeutung Amazoniens erleichtern. Militärische Sicherheit dient dabei dem Schutz der im Gebiet unerwünschten Konzerne weit mehr als dem Schutz Brasiliens vor einem Angriff feindlicher Nachbarstaaten. Als ausgemachtes Sicherheitsrisiko gelten die Bewohner und Bewohnerinnen der Region, die von „Calha Norte" vor allem betroffenen Yanomami. Da sie auf großen Bodenschatzvorkommen sitzen, gelten sie als staatsgefährdendes „Hindernis für den Fortschritt". Eigentumsrechte an den Ressourcen werden ihnen allenfalls auf dem Papier eingeräumt. Der Kampf um ihre Landrechte gilt offiziell als subversive Aktion eines Haufens unkultivierter, zurückgebliebener Wilder.

Das Gebiet der Yanomami wurde auf Initiative der SADEN im Interesse des Projekts in 19 nicht zusammenhängende Areale zerstückelt. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhang wurde damit zerstört. Die übriggebliebenen 30% des Landes reichen für die Subsistenzwirtschaft nicht aus. Die Yanomami, eines der letzten großen indianischen Völker, die sich ihre Tradition bis vor kurzem noch erhalten konnten, sind heute vom Aussterben bedroht. Morde, Krankheiten und der Zerfall der ökonomischen und sozialen Struktur sind die Segnungen, die „Calha Norte" für die Yanomami bereithält.

Die Öffnung des Landes ermöglicht seit 1988 zahlreichen Goldsuchern das Eindringen. Die Invasion der Goldsucher ist eine direkte Folge der brasilianischen „Entwicklungspolitik". Die an die 100.000 Goldsucher, die über das Gebiet der Yanomami hergefallen sind, werden durch die Anlegung illegaler Flugplätze unterstützt. Diese Pisten wurden zwar zum Teil im Mai 1990 auf Veranlassung der Regierung gesprengt, allerdings mit einem recht zweifelhaften Erfolg. Seit diesem Zeitpunkt werden die drei der FUNAI gehörenden Pisten von den Goldsuchern mitbenutzt, wie schon zu Beginn der Invasion. Solange das Auftanken der Flugzeuge möglich ist, werden die Indianer weiterhin dem Ansturm der Goldsucher ausgesetzt sein. Der brasilianische Umweltminister Lutzenberger hat inzwischen die Regierung Collor aufgefordert, die Kraftstoffversorgung zu kontrollieren. Die Goldsucher sollen in andere Gebiete geschickt werden. Die dafür auserkorenen Regionen sind jedoch ebenfalls Yanomami-Territorium.

## Widerstand

Der Widerstand, den die Indianischen Völker in jahrhundertelanger Auseinandersetzung mit den Kolonisatoren immer wieder bewiesen haben, drückt sich heute anders aus als früher. Während früher das Ausweichen in unzugängliche Gebiete sowie isolierte Aufstandsversuche und Überfälle auf eindringende Weiße die Antwort auf die Kolonialisierung bildeten, haben die betroffenen Völker heute neue Formen des Widerstands gefunden. Neben den üblichen Mitteln indianischer Bürgerrechtsbewegungen in Brasilien, zu denen Straßensperren, Bedrohung von weißen Siedlern, Streiks und Delegationen an zuständige Behörden gehören, schließen sich die Völker auch immer mehr zu großen Interessenverbänden zusammen, die ganz Lateinamerika miteinbeziehen.

Die Schaffung von Infrastrukturen für den Widerstand wurde von einem Teil der katholischen Kirche Brasiliens unterstützt. Dieser Teil der Kirche, der sich in CIMI (Conselho Indigenista Missionario) zusammenschloß, unterstützt ausdrücklich das Recht auf Selbstbestimmung, Kultur und Land. Die kritischen Katholiken sehen auch zumindest für die nächste Zukunft von Missionierungsversuchen ab, da sie die Gefahr des kulturellen Zerfalls klar sehen. Die Theologie der Befreiung, der sich die Mitglieder von CIMI verpflichtet fühlen, stellt die Menschenrechte in den Vordergrund.

Auch in den Reihen der FUNAI finden sich hin und wieder Menschen, die der Kolonialisierung Widerstand entgegensetzen. Davi Kopenawa, FUNAI-Beamter und Yanomami, erhielt Ende Januar 1989 in Brasilia den Umweltpreis der Vereinten Nationen. Sein Einsatz für sein Volk und die Erhaltung des Amazonas-Ökosystems bringt ihm jedoch nicht nur internationales Lob ein. Ständige Morddrohungen der Goldmafia, Gegner innerhalb von FUNAI, Polizei, Militär und Regierung begleiten seinen Einsatz. Sein Vorgänger in der UNO-Preisverleihung, Chico Mendes, wurde Ende 1988 von Großgrundbesitzern ermordet.

**Christel Opeker**

# Gipfeltreffen in Amazonien

## Deklaration von Iquitos

**Nachdem wir uns in der Stadt Iquitos vom 9. bis zum 11. Mai 1990 getroffen haben:** die Koordinierende Organisation der Indianischen Völker des Amazonensischen Beckens (COICA) und Vertreter von Umweltorganisationen, um die ernste Degradierung der amazonensischen Biosphäre zu analysieren und nach gemeinsamen Alternativen zu suchen,
**sind wir der Auffassung,** daß die Anerkennung der Gebiete indianischer Völker eine wesentliche Alternative für die Zukunft der amazonischen Region darstellt, um Programme der Bewirtschaftung und des Schutzes zu entwickeln,
**wir stellen fest,** daß wir nach adäquaten Mechanismen suchen müssen, um dieses Ziel zu erreichen, die Wege einschließen, die über die internationale technische und finanzielle Ressourcen kanalisiert werden können,
**wir stellen fest,** wie wichtig die eigenen Vorschläge der indianischen Völker für die Bewirtschaftung und den Schutz des amazonensischen Beckens sind,
**wir stellen fest,** daß Aktionen zur weiteren Verbreitung sowie Studien oder Projekte notwendig sind, um die Respektierung der territorialen und sozialen Rechte der indianischen Völker voranzutreiben und um die Anerkennung des Wertes ihrer Kulturen gemäß der spezifischen Ziele der einzelnen Umweltorganisationen zu erreichen,
**wir kommen zu dem Schluß,** daß es die Umsetzung dieser Überlegungen in die Praxis erfordert, weiterhin als **Bündnis von Indianern mit Umweltschützern mit dem Ziel der Erhaltung Amazoniens für die Menschheit** zu arbeiten,
**wir entscheiden,** daß diese gemeinsame Arbeit sich in einem vorläufigen Koordinationskomitee konkretisieren soll, dem die anwesenden Umweltschützer und die COICA angehören, das sich im September 1990 in Washington D.C. treffen wird, um die Analyse und den Entwurf der besten Strategie für die Verteidigung des indianischen Amazonien weiter voranzutreiben.
Als Zeugnis unserer Anwesenheit bei diesem historischen ersten Treffen und zum Zeichen unserer Solidarität mit diesen Zielen unterschreiben wir diese Erklärung:
Iquitos, 11. Mai 1990



*Evaristo Nugkuag (photo: Teresa Aparicio)*

Zum ersten Mal trafen sich vom 8. bis 11. Mai 1990 in Iquitos in großem Rahmen Umweltschutzgruppen und indianische Völker. Einberufen hatte zu diesem Gipfeltreffen Evaristo Nugkuag, der Präsident der COICA, Zusammenschluß Indianischer Organisationen. Auf der Seite internationaler Umweltschutz- und Dritte-Welt-Gruppen nahmen u.a. auch Greenpeace und die Gesellschaft für bedrohte Völker teil. Die COICA, die Koordination der Indianischen Gruppen des amazonensischen Beckens, wurde am 26. März 1984 in Lima gegründet. Dazu gehören die verschiedensten interethnischen Vereinigungen der Amazonasanliegerstaaten Südamerikas. Mitgliederorganisationen der COICA, wie z.B. die kolumbianische ONIC, sind auch maßgeblich an den von indianischen und bäuerlichen Organisationen getragenen Aktionen gegen die „500-Jahr-Feier" beteiligt. Die Kampagnen zum Quinto Centenario werden von einem überregionalen Bündnis, das sich „500 años de resistencia indigena y popular" nennt, organisiert. Neben Aktionsplänen, Veranstaltungen und Theorien geht es jedoch auch um konkrete, praktische Aspekte, wie z.B. den Austausch von Praktiken, Führungspersönlichkeiten und Produkten über die als künstlich empfundenen Staatsgrenzen hinweg. Vor allem der Austausch von Produkten unter der Mißachtung staatlich gesetzter Handelsgrenzen kann dabei als Symbol vorweggenommener Autonomie betrachtet werden. Dies dürfe bei den Staatsregierungen je nach Ausmaß des „illegalen Handels" sicher als Provokation aufgefaßt werden. Die indianischen Organisationen erhoffen sich eine Reaktivierung der historischen Handels- und Kulturkontakte zwischen den Völkern.

Bei der COICA geht es jedoch um mehr als „nur" die Autonomie. Die „Deklaration von Iquitos", ein Ergebnis des Gipfeltreffens, ist auf dem Hintergrund sowohl der Bedrohung der gesamten Biospäre durch die zunehmende Vernichtung der Regenwälder als auch der jetzt schon realen Vernichtung der Bewohner dieser Wälder, sei es durch konkrete Aggression oder durch Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, entstanden. Die indianischen Völker gehen dabei von der Überlegung aus, daß sie als die seit Jahrhunderten an den Wald angepaßten Bewohner und Bewohnerinnen auch die einzigen sind, die den Wald, diese „grüne Lunge" der gesamten Welt, schützen, pflegen und erhalten können.
Die bislang übliche Politik der „Naturschutzreservate" - die geschützte „Natur" bezog sich in diesem Fall auch auf die indianischen Völker, die in der Regel bei „Bedarf" jederzeit Siedlern, Goldsuchern und Konzernen zugänglich gemacht wurden, wird von der COICA abgelehnt. Die Be-




schränkung der Bewohner auf die Parks hat dem unkontrollierten Raubbau an der Natur in der Umgebung dieser Parks immer Vorschub geleistet. Die Reservate selbst dienten oft genug nur als Reserven für künftige Ausbeutung. Die Zurückerhaltung der Kontrolle über das gesamte Amazonasgebiet ist für die indianischen Völker die Grundlage für einen tatsächlichen Schutz und eine angepaßte Bewirtschaftung Amazoniens. Damit einher geht auch die Forderung nach einer selbständigen Verfügung über Ressourcen und Handel. Gefordert wird eine weitgehende Autonomie Amazoniens, und zwar ausdrücklich auch im Interesse der gesamten Weltbevölkerung. Gemeinsame Aktionen mit Umweltschutzgruppen sollen dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Eine bessere Zukunft für Amazonien und die Menschheit ist die (weitreichende) Perspektive. Das Gipfeltreffen in Iquitos und die gemeinsame Deklaration bilden erste Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel.

**Christel Opeker**

# Aufstand der Indianer Ecuadors

In ganz Lateinamerika formiert sich der indianische Widerstand neu, ohne jedoch von der Weltöffentlichkeit beachtet zu werden. Sechs Wochen vor dem internationalen Treffen der Indianerorganisationen Amerikas (Süd und Nord) im Juli in Quito gab es vom 4. bis 6. Juni einen nationalen Aufstand der Indianer Ecuadors. An ihnen nahm die gesamte indigene Bevölkerung des Landes teil, die dadurch der vornehmlich durch Weiße bestückten Regierung auf einmal die Macht der Indios sehr deutlich zeigten.

Die Indianerorganisation **CONAIE** (Confederación de Nacionalidades Indigenas del Ecuador), die diese Aktionen geplant hat, hat dafür bewußt das Wort **"levantamiento"** (Aufstand) gewählt, um Assoziationen an die großen Indianeraufstände des XVIII. Jahrhunderts (1764-1803) zu wekken.

In vielfältigen Aktionen brachten die vier Millionen Indios Ecuadors (ca. 45 % der Bevölkerung) dann auch das ganze Land zum Erliegen. Alle wichtigen Straßen waren durch umgesägte Bäume und Straßensperren blockiert, und als besonders eindrucksvolles Mittel des indianischen Widerstandes erwies sich die Einstellung der Nahrungsmittelversorgung für die Städte, besonders der Hauptstadt Quito durch die Indios.

Begonnen hat der Aufstand am 28. Mai 1990. An diesem Tag besetzten 200 Indios die Kirche Santo Domingo in Quito, um die Regierung zur Erfüllung eines 16 Punkte umfassenden Kataloges zu bewegen. Gleichzeitig wurden landesweite Aktionen in mindestens acht Provinzen angekündigt. Die Regierung dachte, diesen Aufstand durch eine Umzingelung der Kirche Santo Domingo mit starken Polizeieinheiten im Keim ersticken zu können. Die Indios, die die Kirche von Santo Domingo zu ihrem Verhandlungssitz erklärten, werden von vielen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen (Basisgemeinden, linken Parteien, Umweltschützern) unterstützt. In den darauffolgenden Tagen versuchte die Regierung, dem Aufstand seine Legitimation zu entziehen. In Pressemeldungen sprach sie von einer "Unterwanderung der Indigenaorganisation durch professionelle Agitatoren."

Der Aufstand zwang die Regierung unter Präsident Rodrigo Borja jedoch zu Verhandlungen mit den Führern der Indianerorganisationen. Die Verhandlungen über den 16 Punkte umfassenden **"Beschluß zur Verteidigung des Lebens und der Rechte der indigenen Völker"** sollen neben einer für die Indianer befriedigenden Landreform auch zu politischen Ergebnissen führen. Dazu zählt Cristóbal Tapuy, Präsident des nationalen Zusammenschlusses der ecuadorianischen Indigenaorganisationen **CONAIE**, neben der Einsetzung einer Verhandlungskommission, die sich monatlich treffen soll, auch die Freilassung aller politischen Gefangenen. Weiterhin sollen eineinhalb Millionen Hektar Land an ihre rechtmäßigen Besitzer, die Völker Amazoniens, zurückgegeben werden. Großgrundbesitzer bewirtschaften ein Viertel der beanspruchten Fläche mit dem Anbau von Blumen und Zitrusfrüchten, die ausschließlich für den Export bestimmt sind. Die Indios, so der Vizepräsident der **CONAIE** Luis Macas, brauchen dieses Land, um es subsistenzwirtschaftlich wie ihre Vorfahren in familiären Gemeinschaften bebauen zu können, um nicht dem lohnabhängigen Überlebenskampf in den Städten ausgeliefert zu sein.

Der Aufstand war für die Indianer Ecuadors und deren Dachorganisation **CONAIE** ein voller Erfolg. Die Regierung dürfte durch die landesweiten Blockaden auf jeden Fall gelernt haben, daß ihre Verhandlungspartner Vertreter einer politisch aktiven, gut organisierten und langfristig planenden und handelnden Organisation sind.

**Andreas Wenzel**

Quellen:
EL HOY, 4.-10.6.1990, EL UNIVERSO, 8.6.1990, EL COMERCIO, 13.6.1990 und ULTIMAS NOTICAS, 5.6.1990

# Das fünfhundertjährige Reich

## Diskussionsbeitrag zu den Thesen von Heinz Dieterich

**Die Kampagne „Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992“ veröffentlichte vor kurzem eine Sammlung von Texten mit dem Titel „Das fünfhundertjährige Reich“, die das Thema 500 Jahre Kolonialismus und 500 Jahre Widerstand von unterschiedlichster Seite her beleuchtet. Es ist ein wichtiges Buch, da es das erste im deutschen Sprachraum ist, das die Auswirkungen von 500 Jahren Kolonialismus darstellt. Der Vorsitzende und Initiator dieser Kampagne, Heinz Dieterich, der viele lateinamerikanische und europäische Intellektuelle gewonnen hat, um eine Gegenorganisation zu den offiziellen Feierlichkeiten 1992 aufzubauen, ist darin mit zwei Beiträgen vertreten.**

Der Artikel von Heinz Dieterich „Ironien der Weltgeschichte Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und Erster/Dritter Welt heute“, versucht die imperialistische Kontinuitäten der letzten 500 Jahre aufzuzeigen. Sein Schwerpunkt ist der Vergleich der „Lebensraumkonzeptionen“ des Nationalsozialismus, dem „Grand Area-Konzept“ der US-Administrationen und der „Greater East Asia Co-Prosperity Sphere“ der japanischen Faschisten. Alle drei Mächte (Deutschland, Japan und die USA) verfolgten den Weg eines staatskapitalistischen Eingreifmodells zur Neuentwicklung der kapitalistischen Metropolen nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Ziel dieser Strategie war, über die Effektivierung des Zentrum-Peripherie-Modells, den Lebensstandard und die Wirtschaft des Zentrums auf Kosten der Rohstoffe und Nahrungsmittel der Peripherien abzusichern. Der „militärische Keynesianismus“ des deutschen Reichs und Japan scheiterte (S.72). Dafür konnte sich die US-Hegemonie nach 1945 ausbreiten. Für Dieterich ist die Essenz aus allen drei Modellen für das heutige Verhältnis von Erster und Dritter Welt verantwortlich (S.73). Weitergehend stellt er fest: "Die erwähnte historische Kontinuität,und die aus ihr sich ergebende verzweifelte Situation der „Verdammten dieser Erde“ (F.Fanon), machen es jedoch politisch notwendig wie wissenschaftlich berechtigt, an Stelle der „Freien Welt“ vom „Vierten Reich“ zu sprechen" (ebd.). Die Ergebnisse seiner Forschungen münden in eine „eherne geschichtliche Logik" (S.69).

Mit den heutigen gesellschaftlichen Betrachtungsweisen wird die Kontinuität von Kapitalismus-Faschismus-Kapitalismus verschleiert.„Die Fortexistenz der wesentlichen ökonomischen kapitalistisch-faschistischen Inhalte als Grundlage der heutigen Lebenssituation und des Reichtums in den Metropolen" (ebd.) wird „nach Orwellscher Manier aus dem Bereich des „Denkbaren“ (S.71) ausgeschlossen.

Grundsätzlich finden wir es wichtig, daß imperialistische Strukturen, auch in ihrer Kontinuität, neu analysiert werden. Solche Arbeitsanstrengungen sind gerade heutzutage wichtig, um den dominierenden „Weichspülerpositionen", wie den VertreterInnen von „wir sitzen alle in einem Boot" und „eine Welt für alle", fundierte Positionen entgegensetzen zu können.

Der „Erkenntnisschock", der für Dieterich „häufig beim Übergang von der abstrakten zur konkreten Wahrheit auftritt.."(S.69), erreichte uns auch — allerdings völlig anders. Ist es wirklich berechtigt, den US-Imperialismus und den Nazi-Faschismus so zu vergleichen?(1)

### Alte Theorien neu aufgekocht

Schon in der Einleitung fällt auf, daß die Geschichte des Kapitalismus für Heinz Dieterich einen linearen Charakter hat, von dessen Auswirkungen in Lateinamerika alle gleichermaßen betroffen sind.
Das internationale und politische System ist das gleiche, „welches seit 1492 ununterbrochen auf unseren Völkern lastet" (S.12). Und das „V. Centenario ist nicht primär ein Problem der Hautfarbe, des Geschlechts, der Geographie, der Geschichte oder bestimmter gesellschaftlicher Sektoren, sondern ein Problem der, dem allen zugrundeliegenden, Totalität" (S.13).
Fallen hier nicht historische Brüche und unterschiedliche Erfahriungen in den Lebenswelten (z.B. in Form von Rassismus und Sexismus) unter den Tisch?

Dieterich stützt sich in seinen Argumentationsketten auf einen strukturalistischen Ansatz, der sich, unserer Meinung nach, wie ein roter Faden durch seinen Beitrag zieht.

Der strukturalistische Ansatz wurde in den 60er und 70er Jahren entwickelt. Vor allem in Frankreich wirkte die sogenannte „strukturalistische Strömung" auf die Theoriebildung bestimmend. Sie wollte den Marxismus wissenschaftlich neu formieren, verharrte aber auf logischen, lediglich strukturelle Beziehungen betreffende Einsichten. Sie blieb auf einer abstrakten Ebene stehen und eine Umsetzung auf die realen Entwicklungen war unmöglich. Mitte der 70er Jahre führte die Vorstellung eines abgeschlossenen Feldes der Erneuerung kapitalistischer Strukturen, aus der sich Gesetze ableiten lassen, endgültig in die Sackgasse. Der Grund lag in der einfachen Tatsache, daß die strukturalistische Theoriebildung von der politischen Wirklichkeit überholt wurde: die heraufbeschworene Weltwirtschaftskrise führte nicht wie in den 30er Jahren in eine depressive Spirale, sondern entwickelte sich zu einer Strukturkrise, bei der der Kapitalismus nicht zusammenbrach, sondern neue Wege fand, Krisen zu überwinden. Ende der 70er Jahre wurde dieser Theorieansatz von ver-

schiedenster Seite wiederlegt und spielte, selbst in marxistischen Zusammenhängen, seitdem kaum eine Rolle mehr (2).

Warum werden von Dieterich diese, in der entwicklungspolitischen Diskussion, längst überwundenen Theorieansätze ausgegraben?
Aus welchem Grund werden Analysen und Diskussionen, die die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung in den letzten Jahren gemacht haben, wie in der IWF/ Weltbankkampagne, unterschlagen?(3)

Der Eindruck drängt sich auf, daß wir in der entwicklungstheoretischen Diskussion immer wieder mit alten Erklärungsmustern in neuer Verpackung konfrontiert werden.

Außerdem bleiben Begriffe wie „ideologische Apparate" oder „Überbauformen" (z.B. S.71,131) undefiniert, der Hintergrund ist schwer verständlich. Wer nicht einen sozialwissenschaftlichen Studiengang besucht und marxistische Grundkenntnisse hat, kann sich bestenfalls bei diesen Begriffen einiges zusammenphantasieren.
Warum ist solcherart intellektuelle Überheblichkeit immer wieder nötig um seine Thesen anzubringen?Für Heinz Dieterich ist die Konstruktion der „Freien Welt," die in „Macht-Laboratorien" entwickelt wurde, das Resultat imperialer Planung, in Deutschland, Japan und den USA. Dabei sind für ihn die „Strukturparallelen" der ökonomischen Großraumpläne kennzeichnend.

„Die gemeinsame Essenz dieser faschistischen, militärischen und liberalkapitalistischen Varianten imperialistsicher Eroberungs- und Ausbeutungsprogrammatik lag in der Idee der wirtschaftlichen Autarkie, das heißt, der Notwendigkeit, die Kontrolle über bestimmte Rohstoff- und Absatzmärkte zu erlangen oder zu konsolidieren als conditio sine qua non interner ökonomischer Wohlfahrt und politischer Stabilität" (S.83). Diese „Strukturparallelen" versucht Dieterich auf den folgenden Seiten durch beliebig aneinandergereihte Zitate, von Nazi-Größen und US-amerikanischen Politikern zu belegen.

Es ist richtig, daß ab Mitte der 30er Jahre, bedingt durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, in den Machtmetropolen neue Wirtschaftsmodelle entwickelt wurden. In Großbritanien waren dies die Planungsstäbe um John Maynard Keynes und im Deutschen Reich wurden im Reichswirtschaftsministerium ähnliche Wirtschaftsmodelle konzipiert. Die USA zogen Ende der dreißiger Jahre nach. Aus der Ähnlichkeit der Modelle allein können nicht automatisch deckungsgleiche Strukturparallelen gezogen werden! Entscheidend dabei sind die unterschiedlichen Durchsetzungsformen der abstrakten Modelle.

## Der Nazi-Faschismus

Die Finanz- und Wirtschaftsstrategen der Nazis konnten ihre ökonomischen Vorstellungen von Großraumpolitik Mitte bis Ende der dreißiger Jahre weitgehend durchsetzen. Es ging um ein profitableres Modell und die Reorganisation zwischen dem Deutschen Reich und der Peripherie, in erster Linie den Ländern auf dem Balkan. Dort wurden die landwirtschaftlichen Strukturen systematisch auf Exportprodukte umgewandelt. Ziel war eine funktionale Arbeitsteilung im Sinne Deutschlands, das dringend Rohstoffe brauchte. Der Finanzbereich wurde vom internationalen Goldstandard abgekoppelt und durch ein System von Verrechnungsverträgen ersetzt. In Rumänien wurden die Vorhaben weitestgehend in die Praxis umgesetzt, das mit seinen Erdölvorkommen und Agrarstrukturen hervorragend in die Großraumpläne paßte. Allerdings, und hier beginnen die Unterschiede, war die Regierung politischer Verbündeter der Nazis.
Schon bei dem Überfall auf Polen wurde dieses ökonomische Modell durch bevölkerungspolitische und rassistische Inhalte überlagert: Der „SS-Staat" zeigte sein wahres Gesicht (4).
Die gesammte polnische „Intelligenz", die politische Führung, Juden, Sinti, Roma und Schwule wurden geplant liquidiert.
Dieterich bestätigt dies indirekt, indem er die These aufstellt, daß erst nach dem Scheitern der Blitzkriegskonzeption, der Schlacht von Kursk im Sommer 1943, die Modelle wieder „stärkeres Gehör" fanden (S.94.) (5).
Auch bei Dieterich besteht die oft zu beobachtende Faszination, den Nationalsozialismus auf eine monokausale Bestimmung zurückzuführen. Die Debatte ist nicht neu. Ökonomische Rationalität der Vernichtung und rassistische Wahnvorstellungen werden oft nicht gemeinsam analysiert, sondern voneinander getrennt.(6)

## US-Imperialismus

Grundlegende Unterschiede zwischen der Nazi-Ideologie und der USGesellschaft lassen sich an den folgenden zwei Punkten festmachen:
- Die Subjekte der gesellschaftlichen Entwicklung für den Faschismus sind Völker und nicht Individuen.
- Die Hierarchie innerhalb der Gesellschaft wird von den Nazis nicht auf soziale sondern auf biologisch-genetische Grundmuster zurückgeführt.

Die Vernichtung der Juden und der „slawischen Völker" ist aber rein ökonomisch nicht begründbar! Der spezifische Rassismus des deutschen Faschismus darf nicht auf ein Instrumentarium zur Absicherung politisch-ökonomischer Großraumplanungen reduziert werden.
Dieterich reduziert die US- Politikstrategien der Nachkriegszeit auf einseitige Konzepte. Nach seiner Verschwörungstheorie saßen die Herren in ihren Bunkern und regelten den US-Imperialismus.
Dagegen kann argumentiert werden, daß der US-Imperialismus nie ein monolithischer Block war.

Viele Schriftsteller, Philosophen und Politiker mußten aus Nazi-Deutschland flüchten und bekamen in den USA Exil, so z.B. Ernst Bloch 1938. Die halbe „Frankfurter Schule" verdiente ihr Geld bei den, von ihm erwähnten „Denkfabriken", so z.B. der „Graduate Faculty of Political and Social Sciences" der „New School for Social Research". Will Dieterich ernsthaft behaupten, daß diese gestandenen Marxisten das „Vierte Reich" vorbereiteten?
Aus der Sicht der USA war 1945 nicht klar, was aus dem Deutschen Reich werden sollte. Zum Beispiel stand der Morgenthau-Plan gegen den Marshall-Plan. Erst ab 1947 setzte sich die von Dieterich beschriebene Strategie ansatzweise durch. Dies ist nicht nur aus akademischen und historischen Gründen wichtig. Da der US-Imperialismus sich nicht ohne Brüche durchgesetzt hat, gibt es immer wieder Möglichkeiten des Eingreifens und Widerstands. Solche Handlungspotentiale gab es im Deutschen Reich und in den besetzten Staaten zwischen 1933/45 kaum.

Auch für Lateinamerika bestand keine einheitliche und abgestimmte Politik innerhalb der US-Administrationen. Einzige Ausnahme: die Kuba-Politik der Kennendy Regierung. Das State Department, das Pentagon, Multis wie United Brands und United Fruits und andere berüchtigte Lobbyorganisationen behinderten sich gegenseitig.

## Neue kapitalistische Formationen

Dieterich bemerkt zurecht, daß die Vereinten Nationen, der IWF und die Weltbank im gleichen Umkreis der Grand Area-Nachkriegsplanungen entstanden sind (vgl. S.89). Nur spielen sie heute im behaupteten System des „Vierten Reichs" unterschiedliche Rollen.

Die UNO und ihre Unterorganisationen haben sich auch zu einer Plattform für Regierungsforderungen aus der „Dritten Welt" entwickelt. Der UNESCO wird von Seiten der USA der Geldhahn zugedreht, da dort Inhalte durchgesetzt werden, die dem US-Imperialismus nicht schmecken.
IWF und Weltbank organisieren die Armut der Völker — dies ist bekannt — aber heißt das eine automatische Gleichsetzung von faschistischer Bevölkerungspolitik bzw. Unterordnung in die Ökonomie der Metropolen? Werden hier nicht die Eliten der Dritte-Welt-Staaten in eine bloße Opferrolle gedrängt?

Heinz Dieterichs Überlegungen zufolge ist der US-Imperialismus jene Formation, die

ihre Wurzeln in den Grand-Area-Plänen der 40er Jahre hat und heute weltweit bestimmend ist. Für ihn haben sich die USA „naturgesetzlich" mit Hilfe ihres Wirtschaftssystems durchgesetzt. Er geht dabei von einer Fortschreibung der Ziele der „Grand-Area" aus und kann deswegen veränderte Rahmenbedingungen und Zielkonzeptionen nur unvollständig in seinem Modell berücksichtigen. Eine Beherrschung von Märkten kann heute nicht mehr nur durch nationalstaatliche, militärische und lineare technokratische Vorstellungen realisiert werden, sondern muß dem multinationalen ökonomischen und politischen Verflechtungen Rechnung tragen. Autarkie kann aufgrund der heutigen ökonomischen Verflechtungen auf dem Weltmarkt kein realistisches Primärziel nationaler Ökonomien sein.
In einer Fußnote (Nr. 83) beklagt sich Dieterich, daß es keine „systematische, Kontinente und Jahrzehnte übergreifende Studie der US Grand Area-Politik nach 1945" existiere. Das ist nicht weiter verwunderlich; es gibt diese Kontinuität und Parallelen schlichtweg nicht!

Heinz Dieterich kann, da er in seinem Artikel nur die Großmachtvorstellungen der 40er Jahre zur Grundlage nimmt, nicht neuere hegemoniale Bestrebungen der EG thematisieren. Subtilere, komplexere herrschaftssichernde Strukturen können deswegen nicht erfaßt werden, ebensowenig die Veränderungen der Rahmenbedingungen und der Beziehungen unter den Herrschaftsblöcken. Die auf dem Weltmarkt zunehmend agierenden Länder wie Japan und in jüngster Zeit Süd-Korea sind nach dem Strickmuster von Dieterich genausowenig zu erfassen wie die Differenzierungen in Lateinamerika.

## Der subjektive Faktor

Gerade vor dem Hintergrund der historischen Bruchsituation, bei der gerade die bundesdeutsche Linke und die Internationalismusgruppen aufgerufen sind, ihre Geschichte neu zu reflektieren, scheint der eigene Standpunkt, der der Subjektivität wichtig. Wir beobachten imperialistische Formationen nicht von außen, sondern sind selbst Teil einer bestimmten Gesellschaftsformation, d.h. unser Standpunkt und unsere Verantwortung müssen thematisiert werden. Nur so können Widerstandsformen entwickelt werden.
Aus dieser Problemstellung zieht sich Heinz Dieterich heraus. Bei ihm rollt die Mega-Maschine des Imperialismus über die Jahrhunderte. Wie das Kaninchen auf die Schlange starrt Heinz Dieterich auf die Welt der Bevölkerungsplaner, Wirtschaftsstrategen und Machteliten und deshalb kann er Widerstand nur falsch thematisieren. Die Befreiungskämpfe werden idealisiert und mit dem Etikett „mühsam" und „opferreich" beklebt (S.69). Teilen der Solidaritätsbewegung wird vorgeworfen, sie betreibe exotische Arbeit, die Strukturbeziehungen systematisch negiere und selbst zu den „ideologischen Apparaten" des Systems gehöre (S.71).
Seit Jahren werden die Probleme einseitiger Betrachtungsweisen und Projektionen der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung thematisiert. Uns in die ideologischen Apparate einzureihen, paßt zwar in den Theoriekontext von Dieterich, unterschlägt aber Debatten und Analysen.
Am Schluß kommt auch Dieterich zu der Frage nach einer aktuellen Praxis, die allerdings mit intellektuellen Floskeln zugeschüttet und mit einem Überfliegerzitat von Bloch garniert wird, der in diesem Zusammenhang vermutlich Dieterich eine unterernährte, sozialistische Phantasie vorgeworfen hätte:
„Angesichts dieser Schalmeientöne aus den Metropolen, welche demagogisch prätendieren, das Ephemere zum Essentiellen zu machen — und dabei vom Chorus ihrer Klientel-Intellektuellen in der Peripherie sekundiert werden — ist notwendig, die Dialektik von Genesis und Sein nicht aus den Augen zu verlieren" (S.137).
Dem können wir uns nur anschließen; denn die Kontinuität von imperialistischer Politikplanung existiert im historischen Kontext. Doch muß deswegen die Realität auf monokausale Theoriefragmente reduziert werden? Die Praxis des Widerstandes verbindet die Erfahrungen kolonialisierter Alltagsstrukturen in den Metropolen mit denen in der sog. „Dritten Welt" und versucht diese in ihre Analysen einzubeziehen.

Imperialistische Vernichtungspolitik zieht sich für Dieterich seit 500 Jahren durch die Geschichte, von der Ermordung der Indianer, der Sklavenpolitik, der Vernichtung der Juden bis zu der heutigen Vertreibung der Indios im Regenwald.
Diese lineare Konstruktion ist nicht haltbar!
Wir können diese grobschlächtige Sichtweise, die gesellschaftliche Entwicklung genauso wie geschichtliche Erfahrung zukleistert und mit abstrakten Theoremen verschneidet, so nicht stehen lassen.
Die Diskussion ist eröffnet.........

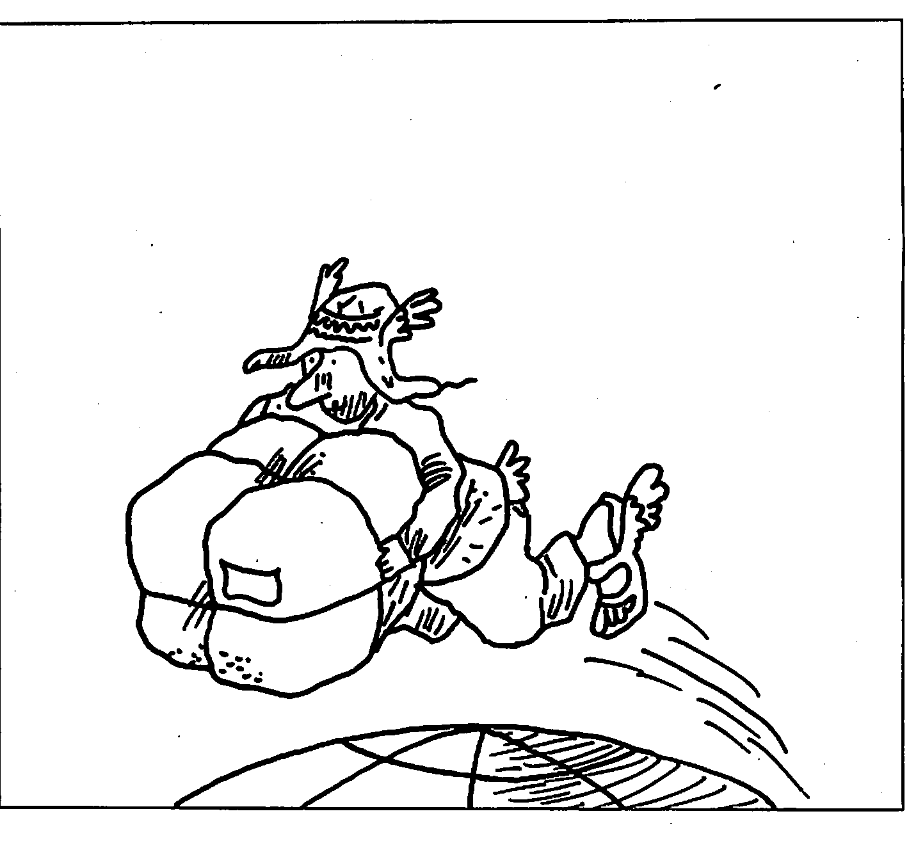
**AG: „Quinto Centenario" in der ADW**

**DAS FÜNFHUNDERTJÄHRIGE REICH — Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992, Hamburg 1990**

Anmerkungen:
(1) Auch in der iz3w Nr 166, S. 52 selber ist der Begriff „Viertes Reich" in einem Interview mit Johann Galtung gefallen.
(2) Die wichtigsten Vertreter der Strukturalisten waren in Frankreich L. Althusser und E. Balibar (vgl. Althusser, L./Balibar E. 1972: Das Kapital lesen, Hamburg). Sie wurden in Frankreich von „Regulationstheoretikern" widerlegt, in dem sie die Geschichte des Kapitalismus in unterschiedliche Phasen einteilten und der abstrakten Ebene der Unbeweglichkeit ein offenes Forschungsprogramm entgegensetzten (vgl. Aglietta M. 1979: A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience, London. In England stellte E.P. Thompson den Aufbau des strukturalistischen Ansatzes in Frage und machte deutlich, daß wir nicht auf der Seite von Marx stehen, sondern er mit allen seinen Stärken und Schwächen auf unserer Seite steht. Auf solche Theoretiker hörte allerdings kaum jemand, auch nicht Heinz Dieterich, sonst wären uns einige theoretische und praktische Sackgassen erspart geblieben (vgl. Thompson E.P. (1980): Das Elend der Theorie, Frankfurt.
(3) Unterschiedliche Standpunkte, Probleme aber auch einige Arbeitsergebnisse der IWF/Weltbankkampagne sind unter der Überschrift „Imperialismus, Solidarität, Betroffenheit" in „Konkret" Nr.5 1989, nachzulesen.
(4) Das Buch von Eugen Kogon: „Der SS-Staat", das kurz nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erschien, sei jeder/m anempfohlen, die wie Heinz Dieterich Gemeinsamkeiten feststellen wollen zwischen US-Imperialismus und Nazi-Faschismus.
(5) Das Scheitern der Blitzkriegskonzeption scheiterte übrigends bereits im Herbst/Winter 1942 vor Leningrad und Moskau.
(6) Seit Oktober 1989 wird in „Konkret" diesbezüglich eine Debatte geführt. Ausgelöst wurde sie von Götz Alys und Susanne Heims These, daß die entscheidenden Gründe für die Durchführung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ökonomische und bevölkerungspolitische gewesen seien. Die Frage ob es eine „Ökonomie der Endlösung" gab wird von ihnen bejaht. Sie argumentieren allerdings wesentlich differenzierter als Dieterich. Antworten darauf gibt es u.a. von Ulrich Herbert „Rassismus und Rationalität", in „Konkret" Nr.11 1989, von Dan Diner „Die Wahl der Perspektive, Nr.1 1990, und von Water Grode, Modernisierung und Destruktion", in Nr.6 1990.

# Im Spannungsfeld zwischen Politik und Profit

**Vor genau einem Jahr, in den „blättern“ vom August 1989 (Nr. 159), veröffentlichten wir einen Beitrag zum Thema entwicklungsbezogener Handel, der von zwei GEPA-Aussteigern, Michael Sommerfeld und Rainer Stahl, verfaßt und als Abrechnung mit dem ehemaligen Arbeitgeber intendiert war.**
**An Reaktionen mangelte es nicht: Angegriffene Verfechter des Dritte Welt Handels, zwei davon GEPA-Vertreter, meldeten sich zu Wort, angeblich weil sie in dem Text sachliche Fehler entdeckt hatten. Sie unterstellten den Autoren, daß sie bewußt Unrichtigkeiten in den Text eingestreut hatten, um die GEPA zu diffamieren.**
**Mit dem Text von Konstanze Köstlin und Roland Müller, beide Mitglieder der AG3WL, der sich unserer Meinung nach sehr sachlich mit dem Thema "Entwicklungsbezogener Handel“ auseinandersetzt, wollen wir die Debatte vom letzten Jahr wieder anstoßen.**



Alternativer Welthandel

Der Ausgangspunkt für eine Standortbestimmung der Aktion Dritte Welt Handel (A3WH) muß in der Geburtsstunde einer zunächst vor allem von den kirchlichen Jugendverbänden getragenen Bewegung gesucht werden. Einer Bewegung, der klar geworden war, daß die BRD Teil eines unterdrückerischen Weltwirtschaftssystems ist. Die A3WH, die als ein Ergebnis dieses Bewußtseinsprozesses entstanden ist, gab sich bereits zu Beginn der 70er Jahre einen Zielkatalog mit folgender Reihenfolge:
1. Die Aktion will über Probleme der Dritten Welt informieren, wie auch durch den Verkauf von Waren aus der Dritten Welt motivieren.
2. Die Aktion will marginalen Gruppen Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt erschließen und dadurch den Zusammenschluß von Genossenschaften fördern.
3. Mit den zu erzielenden Gewinnen sollen Entwicklungsprojekte gefördert werden.
Die beiden Standbeine der A3WH sind demnach „Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Projektförderung“, die sie tragenden Organe die Importorganisationen auf der einen, die Weltläden und Aktionsgruppen auf der anderen Seite. Die Importorganisationen betonen stärker den Aspekt Projektförderung — was aus markt- und betriebswirtschaftlichen sowie steuerlichen Gesichtspunkten heraus durchaus verständlich ist. Demgegenüber legen die Weltläden und Aktionsgruppen — die nicht in gleichem Ausmaß ökonomischen Sachzwängen unterliegen — größeres Gewicht auf die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit.
Grundsätzlich dürfte dieser Gegensatz im Sinne eines von allen Seiten getragenen Konsenses nicht auflösbar sein. Daher kann, wie Martin Keiper, der ehemalige Leiter der GEPA-Regionalstelle Saar erst jüngst in den blättern des iz3w (Nr. 160) nochmals deutlich zum Ausdruck gebracht hat, innerhalb der A3WH auch künftig nur zweigleisig gefahren werden: „Politisch und pädagogisch durchdachte, professioneller organisierte Bildungsarbeit mit dem Ziel, politische Änderungen bei uns durchzusetzen und gleichzeitig einen im Interesse der Selbsthilfegruppen organisierten (...) Handel, der deutlich macht, daß höhere Preise und/oder andere Handelsvorteile nicht 'gewährt' werden, sondern eine Frage der Gerechtigkeit sind“. Allerdings müsse dieser Handel nach Keipers Ansicht — und da unterscheiden wir uns in unserer Einschätzung — professioneller organisiert sein.

## Wer profitiert von einer Ausweitung des Handels?

Um das Thema „Handelsausweitung" erschließen zu können, vor allem auch um eine Vorstellung von der Größenordnung des alternativen Handels zu bekommen, müssen wir den Blick nochmals zurück in die Mitte der 70er Jahre richten. Damals gab es nur eine Handvoll Weltläden und Aktionsgruppen in der BRD, ein flächendeckendes Netz schien nahezu undenkbar. Die GEPA, damals noch unter dem Namen GFP, erzielte einen Umsatz von ca. 1 Mio. DM. Weitere große alternative Importorganisationen gab es noch nicht.

Schon zu jener Zeit äußerten MitarbeiterInnen von Weltläden und AG3WL den Wunsch nach einer Ausweitung des alternativen Handels. „Ja, wenn es in der BRD einmal 200 Weltläden geben sollte, dann wäre für die ProduzentInnen eine auch ökonomisch spürbare Größenordnung erreicht und in entwicklungspolitischer Hinsicht ein Bewußtseinswandel in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vollzogen, der dann in konkrete Veränderungen hier bei uns einmündet".

Stellen wir den damaligen Verhältnissen die heutige Situation gegenüber: In der BRD gibt es mittlerweile mehr als 500 Weltläden und die Zahl ist nach wie vor steigend. Die Zahl der Aktionsgruppen kann sogar nur erahnt werden; sie dürfte noch um ein Vielfaches höher liegen. Und die Umsätze der Importorganisationen? Nimmt man die GEPA, die Mitglieder des Solirings (El Puente, Dritte Welt Partner Ravensburg und afrasca), die MITKA und die eigenimportierenden Weltläden zusammen und rechnet auch noch TEAM und Welthungerhilfe dazu, so dürfte der Umsatz insgesamt in einer Größenordnung von ca. 40 Mio. DM liegen. Also hat sich innerhalb von 15 Jahren die Zahl der Weltläden verfünfzigfacht und der Umsatz der alternativen Importorganisationen vervierzigfacht. Eine ganz enorme Wachstumsrate, die zu einer beträchtlichen Handelsausweitung geführt hat.

Doch hat sich durch dieses Wachstum für die ProduzentInnen etwas verändert? Leider gibt es hierzu keine globalen Untersuchungen. Mit Sicherheit erreichten einzelne ProduzentInnengruppen eine regelmäßige Abnahme ihrer Produkte und waren damit in materieller Hinsicht besser gestellt als vor oder zu Beginn der Arbeit der A3WH. Auf der anderen Seite gibt es ProduzentInnengruppen, die materiell genauso schlecht oder noch schlechter dastehen als vor den Handelskontakten mit einer oder mehreren alternativen Importorganisationen. Ein in diesem Zusammenhang vielzitiertes Beispiel sind die Indios aus Bolivien, die Alpaca-Pullover produzierten (siehe nebenstehender Kasten).

Die Frage also, ob die Handelsausweitung in der Vergangenheit den ProduzentInnengruppen etwas „gebracht" hat, kann nicht generell beantwortet werden, sondern ist an jeder Erzeugergruppe im einzelnen zu überprüfen.

Etwa seit 1987 wird vor allem bei der GEPA das Thema „Handelsausweitung" und „Professionalisierung des alternativen Handels" intensiv diskutiert und von der GEPA-Geschäftsstelle auch nach außen hin offensiv vertreten. Daran hat sich auch durch den Wechsel auf der Position des Geschäftsführers nichts geändert.

Seitens der GEPA wurde und wird die Forderung nach der Handelsausweitung damit begründet, daß die ProduzentInnen eine Ausweitung des Absatzes forderten. Nur durch eine Handelsausweitung kann man nach Ansicht der GEPA-Geschäftsstelle dieser Forderung nachkommen und der Verantwortung gegenüber den ProduzentInnen gerecht werden.

Zunächst einmal ist dies nur eine Behauptung, die seitens der GEPA einmal stichhaltig untermauert werden sollte. Eine Untersuchung, die diese Behauptung belegt, existiert aber bislang nicht. Bekannt ist lediglich, daß diese Handelsausweitung von einigen wenigen ProjektpartnerInnen gefordert wird, und zwar namentlich von

- der Equitable Marketing Association (EMA) Kalkutta, eine alternative Vermarktungsorganisation, die mit mehr als 20 ProduzentInnengruppen in Indien zusammenarbeitet.
- der halbstaatlichen Tamil Nadu Handloom Weavers Cooperative Society (COOPTEX), die Dachorganisation von ca. 1400 Handweberei-Kooperativen in dem südindischen Bundesstaat Tamil Nadu (hat einen ca. 10x höheren Umsatz als die GEPA).
- der Shertallai Coir Mats & Matting Cooperative Society, einer Genossenschaft mit ca. 300 Kokosweberfamilien in dem kleinen Ort an der Südwestküste Indiens.
- der Union de Comunidades Indigenas de la Region del Istmo (UCIRI), einer Kaffeekleinbauerngenossenschaft von mehr als 1500 Kleinbauernfamilien im Süden Mexicos.

Doch was ist mit den anderen ProjektpartnerInnen? Die beiden erstgenannten sind übrigens sehr große Organisationen, Shertallai ein außerordentlich gut funktionierendes Projekt, das zweifelsohne in der Lage wäre, ganze Eisenbahnwaggons mit Kokosfaserteppichen zu liefern. Und UCIRI hat bereits jetzt große Schwierigkeiten, die gewünschten Kaffeemengen zu liefern.

Daneben gibt es Reiseberichte von Gerd Nickoleit (Projektreferent der GEPA) und Rainer Stahl (ehemaliger GEPA-Mitarbeiter in der Abteilung Projekte) über ProduzentInnengruppen in Bolivien, die händeringend um die Abnahme von Produkten durch die GEPA gebeten hatten. Projekte, deren Produkte ganz offensichtlich mit Blick auf Qualität, Mode, Größe etc. auf dem deutschen Markt gar nicht absetzbar waren. Versuche seitens der GEPA, diese Waren etwa durch andere Schnittmuster, anderes Design (z.B. surfendes Alpaca in bunten Farben) in der BRD verkäuflich(er) zu machen, scheiterten. Zwar gingen die ProduzentInnen auf das GEPA-Verlangen ein, dennoch ließen sich die Produkte nicht in der BRD vermarkten. Versuche, diesen ProduzentInnengruppen zu helfen — ProduzentInnengruppen, die Absatzhilfen wirklich nötig hätten — schlugen daher fehl. Anders sieht es dagegen mit größeren und Großprojekten aus: Die MitarbeiterInnen dieser Projekte sind anscheinend viel eher in der Lage, sich auch auf westdeutsche Qualitätsansprüche, auf Größe, Mode oder auch Auftragsvolumen etc. einzustellen. Gerade die Produkte dieser Projekte lassen sich gut auf dem deutschen Markt

---

Die alternativen Importorganisationen in Europa und die eigenimportierenden Weltläden begannen etwa ab 1977/78 verstärkt mit dem Import von Alpaca-Pullovern von ProduzentInnengruppen aus Lateinamerika. Die meist braunen oder beigen Pullover mit den eingewobenen Alpacas entwickelten sich bald zu einem richtigen Verkaufsschlager, denn es war „in", alternativ zu sein und dies auch nach außen durch das Tragen von Alpaca-Pullovern augenfällig zu demonstrieren. Vermutlich dadurch angeregt kamen die Alpaca-Pullover auch allgemein in Mode und waren binnen kurzer Zeit in vielen Geschäften erhältlich. Die ProduzentInnen konnten den immer größer werdenden Bestellmengen nicht mehr nachkommen und weiteten daher ihre Produktion im Vertrauen auf kontinuierliche Bestellungen und hohe Absatzmengen stark aus. Dies hatte zur Folge, daß die traditionell zusammen mit dem Handwerk betriebene Selbstversorgungslandwirtschaft fast völlig zum Erliegen kam, weil nun nämlich beinahe jedeR alle Hände voll mit der Fertigung von Pullovern zu tun hatte. Um 1982/83 kamen die Alpaca-Pullover in Europa aus der Mode und wurden dort innerhalb kürzester Zeit praktisch unverkäuflich. Leider erfuhren dies die ProduzentInnen erst mit großer zeitlicher Verzögerung, hatten aber in der Zwischenzeit mit Hochdruck weiterproduziert.

Der Wechsel der Mode hatte fatale Konsequenzen: Die ProduzentInnen konnten keine Pullover mehr absetzen und ihr Akkerland lag brach. Der einzige „Ausweg" war die Aufnahme von Krediten, um überhaupt überleben zu können. Und dadurch hatte sich die Lage der ProduzentInnen gegenüber früher deutlich verschlechtert. Ihre Hoffnungen auf einen dauerhaften Absatz und damit verknüpft auf bessere Lebensbedingungen waren bitter enttäuscht worden...

absetzen, wie das Beispiel Cooptex eindrucksvoll zeigt. Die Handelsausweitung nutzt daher offensichtlich primär den größeren und Großprojekten. Übrigens sind gerade solche Projekte nicht allein auf eine mögliche Handelsausweitung durch die GEPA angewiesen, verfügen sie doch in der Regel noch über genügend andere Geschäftskontakte.
Interessanterweise wird seitens der GEPA die angestrebte Handelsausweitung vor allem mit Blick auf die ProduzentInnen von handwerklichen Produkten gerechtfertigt, tatsächlich werden dann aber verstärkt Lebensmittel (Kaffee, Tee, Honig, Kakao, Zucker) in den Vordergrund gerückt. Während die GEPA Mitte der 70er Jahre noch hauptsächlich Kunsthandwerk importierte, hat sich die Situation mittlerweile völlig geändert: Von den ca. 19 Mio. DM Umsatz des vergangenen Geschäftsjahres wurden lediglich ca. 3 Mio., also nur ca. 1/6, mit kunsthandwerklichen Artikeln erzielt. Im Hochglanz-Versandkatalog wird dies auch augenfällig dokumentiert. Dabei wäre eine Handelsausweitung auf dem Lebensmittelsektor gar nicht so dringend erforderlich, wie es für manche auf den ersten Blick erscheinen mag: Bereits heute herrschen bei Honig, Kleinbauernkaffee, Tee, Kakao, Zucker zum Teil große Lieferengpässe bei den Projekten, die den Projektpartnerkriterien der GEPA entsprechen.
Demgegenüber werden zwei andere Argumente für die Erforderlichkeit einer Handelsausweitung meist nicht so deutlich genannt:

1. Mit der Handelsausweitung und der damit verknüpften Umsatzsteigerung sollen die jährlich steigenden Kosten bei der GEPA abgefangen werden. Langzeitberechnungen der GEPA zeigen, daß eine jährliche Umsatzwachstumsrate von 1 Mio. DM Voraussetzung ist, um keine roten Zahlen zu schreiben. Zudem soll das 'Projekt' GEPA eine wachsende Eigendynamik entwickeln. Damit dürfte das Vorhaben der Kommerzialisierung letztlich primär ein Rezept zur marktgerechten Anpassung eines Handelsunternehmens an die herrschenden Gegebenheiten darstellen, wie die beiden ehemaligen GEPA-Mitarbeiter Rainer Stahl und Michael Sommerfeld im August vergangenen Jahres in den blättern des iz3w schrieben. Die Zusammenarbeit mit Supermarktketten, Bio-Großhandel, Einsatz von Handelsvertretern in jeder Regionalstelle, Versandhandel... dienen diesem Ziel.
2. Durch die im Jahre 1989 unter den GEPA-Gesellschaftern geführten Auseinandersetzungen hat die GEPA offensichtlich größere Umsatzeinbußen erlitten. Diese dürften im laufenden Geschäftsjahr bis zu 15% betragen, da viele der sog. kritischeren Weltläden nicht mehr oder nicht mehr wie im bisherigen Ausmaße bereit sind, bei der GEPA einzukaufen. Und diese Umsatzeinbußen gilt es so schnell wie möglich zu kompensieren.

Schließlich haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Einfluß der Weltläden, die die bedeutendsten Abnehmer sind, mit nahezu 40 % des Gesamtumsatzes etwas verringert werden soll. Eine Ausweitung des Handels unter den oben genannten Voraussetzungen würde damit nichts anderes als ein Handeln unter Weltmarktbedingungen darstellen, abgemildert um eine Art Mehrpreiskomponente und u. U. etwas bessere Handelsbedingungen. Eine globale Verbesserung der Situation der ProduzentInnen ist damit aber nicht zu erreichen. Durch die Handelsausweitung nimmt das Gewicht der Mehrpreiskomponente gegenüber der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in der täglichen Arbeit zu.

Es ist fraglich, ob diese Verlagerung des Schwerpunkts hin zur Handelsausweitung der Verantwortung gegenüber den ProduzentInnen gerecht wird. Dies vor allem vor dem Hintergrund der sich insbesondere in den letzten Jahren ständig verschlechternden Terms of Trade. Es steht zu befürchten, daß die Mehrpreiskomponente mit dieser wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung nicht einmal insoweit Schritt halten kann, um den Produzenten wenigstens den status quo zu sichern. Und wie hoch der Anteil des alternativen Welthandels am gesamten Welthandel sein müßte, um ökonomisch spürbar zu sein, kann man nur erahnen.

Demgegenüber kann und muß Ziel der A3WH sein, einen „politischen Handel" zu betreiben, der nicht allein die Projektförderung in den Vordergrund stellt, sondern die entwicklungspolitische Bildungsarbeit als gleichrangig betrachtet. Wir müssen uns immer wieder verdeutlichen, daß es einen „fairen" oder „gerechten" Handel unter den herrschenden weltwirtschaftlichen Bedingungen nicht geben kann. Ziel muß vielmehr sein, eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und massiv und kontinuierlich auf Parteien, Kirchen, Verbände, aber auch Industrieunternehmen und Banken Einfluß zu nehmen, um so Veränderungen in Gang zu setzen. So erreichte beispielsweise der Druck der Öffentlichkeit in den USA, daß sich die US-Banken völlig aus dem Südafrikageschäft zurückzogen und damit der südafrikanischen Wirtschaft das Leben sehr viel schwerer machten.



Kaffeeproduktion in Sambia

## Die Aktion Sauberer Kaffee

Die Kaffeeaktion der Aktion Arme Welt[1] in Tübingen (Verkauf von Aha-Kaffee der GEPA in den Tübinger Filialen der Supermarktkette Gottlieb), bei der es sich um einen Vorgriff auf den bundesweit geplanten Verkauf von Sauberem Kaffee über kommerzielle Strukturen handelt, dürfte bereits hinlänglich bekannt sein.[2]

Auf einem Seminar der AG3WL im März 1988 wurde über die Möglichkeiten und Grenzen gesprochen, ob und wie die in den Niederlanden diskutierte „Aktion Sauberer Kaffee" auf die bundesdeutschen Verhältnisse übertragen werden kann. Das holländische Modell sieht die Gründung einer Stiftung mit hauptsächlich kirchlichen Mitteln vor, die Kaffee von Kleinbauern kaufen und über Supermärkte o.ä. vermarkten soll.
Als Ergebnis des Seminars wurden zur „Aktion Sauberer Kaffee" in der BRD folgende Thesen entwickelt:

1. Wir wollen eine Umverteilung des Kaffeekonsums zugunsten von genossenschaftlich, kleinbäuerlich produziertem Kaffee.
2. Unsere entwicklungspolitischen Ansprüche und Modell-Vorstellungen gelten für die eine Welt. Genossenschaftliche, alternative Strukturen sollen sich gegenseitig stärken; d.h. genossenschaftlich produzierter Kaffee soll über genossenschaftliche Strukturen vermarktet werden.
3. Die genossenschaftlichen Strukturen und Absatzwege bei uns stoßen noch lange nicht an ihre Grenzen, sondern stehen erst am Beginn ihrer Entwicklung. Allerdings fehlen bisher die finanziellen Mittel für eine effizientere Arbeit und eine Absatzsteigerung.
4. Wenn finanzielle Ressourcen für eine Absatzsteigerung des „Sauberen Kaffees" zur Verfügung stehen, halten wir ein Aktionsmodell, das von dezentralen Strukturen her aufgebaut wird, für das Wirkungsvollste.
5. Dezentrale Regionalzusammenschlüsse von genossenschaftlichen, alternativen Kaffeevermarktern (Weltläden, Aktionsgruppen, andere A3WH- und Dritte-Welt-Organisationen, Bio-Läden, Cafés, Bäckereien, kleine Geschäfte u.ä.), gründen eine gemeinsame bundesweite genossenschaftliche Organisation, die den „Sauberen Kaffee" einkauft und gegebenfalls importiert, sowie Marketing, Absatzförderung, Gruppenberatung, Bewußtseinsarbeit u.a. koordiniert.
6. Dezentrale Strukturen sind nicht nur entwicklungspolitisch sinnvoll, sondern können auch besser auf regionale Besonderheiten eingehen und die Chance der Verbreiterung nutzen, die Verknüpfung von Absatz- und Bewußtseinsbildung leisten und Probleme in die bundesweite Struktur zurückgeben. Sie braucht aber auch die Unterstützung einer von ihnen kontrollierten bundesweiten genossenschaftlichen Organisation.

Wir sind nicht der Meinung, daß große profitorientierte Strukturen für die Vermarktung genossenschaftlichen Kaffees genutzt werden sollten: Saubere Strukturen für sauberen Kaffee!

Zur Einschätzung dieser Aktion müssen wir zweierlei bedenken: Zum einen, ob über den erweiterten Absatz von Sauberem Kaffee in der BRD tatsächlich eine spürbare Hilfestellung für die Kleinbauern zu erwarten ist. Zum anderen aber auch eine Betrachtung der Konsequenzen hier bei uns. Zwar ist es sicher richtig, daß die Kleinbauern in den Ländern der sog. Dritten Welt an der Konzentration im Lebensmittelhandel und an der Marktbeherrschung der Supermärkte in der BRD keine Schuld tragen[3]. Dennoch kann eine Einschätzung des Verkaufs von Kleinbauernkaffee im Supermarkt nur unter einem globalen Blickwinkel erfolgen, denn Ziel aller Bemühungen muß sein, sowohl in den Ländern der sog. Dritten Welt als auch bei uns Veränderungen in Gang zu setzen. Deshalb wäre es ein falscher Schluß, die Produkte nicht auch dazu zu gebrauchen, um unsere Kritik an den Supermärkten hier zum Ausdruck zu bringen. Aus einer konsequenten entwicklungspolitischen (Info-) Arbeit ergibt sich diese Kritik zwangsläufig. So haben gerade auch die Mitglieder von UCIRI immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie von uns erwarten, daß wir mit ihren Waren in den Industriestaaten politisch arbeiten.

Wie ist also der Verkauf von Kleinbauernkaffee über den kommerziellen Handel zu beurteilen? Welche Konsequenzen hätte er für die ProduzentInnen? Neben dem bereits allgemein zur Handelsausweitung Gesagten sind vor allem folgende Punkte bedeutsam:
- Weltweit hat der Kleinbauernkaffee einen Anteil von 10-15% am Gesamtkaffeeaufkommen, wobei nicht einmal klar ist, wer noch Kleinbauer ist und wer nicht mehr. In Mexico beispielsweise gibt es da nach oben keine Grenzen. Ziel der Aktion Sauberer Kaffee soll sein, in der BRD einen Marktanteil von 3-5% zu erreichen. Wir haben versucht, auf dieser Grundlage zu errechnen, wie hoch dann der Anteil des auf diese Weise verkauften Kleinbauernkaffees wäre: Lediglich 3,3% des weltweit produzierten Kleinbauernkaffees und das auch nur dann, wenn durch die Aktion Sauberer Kaffee ein Einkaufsvolumen von etwa 150 Mio. DM jährlich erreicht wird. Zum Vergleich: Die GEPA kaufte im soeben abgelaufenen Geschäftsjahr für ca. 3 Mio. DM. Kaffee bei den ProduzentInnen ein. 3,3% bedeutet nun, daß mit der Aktion Sauberer Kaffee gerade nicht allen Kleinbauern geholfen wird, wie immer wieder von den Initiatoren der Aktion Sauberer Kaffee behauptet wird, sondern nur einem kleinen Teil. Folglich handelt es sich bei diesem Vorhaben eher um Einzelfallhilfen.
- Ein wichtiges Ziel ist, den Einfluß der Großplantagen in den Erzeugerländern zurückzudrängen. Und dies geht nur

durch massiven politischen Druck. Ein solcher Druck läßt sich aber nicht durch eine reine Verkaufsaktion auf der kommerziellen Schiene ausüben, zumal der Marktanteil des auf diese Weise verkauften Kleinbauernkaffees aus der Sicht der „Großen im Kaffeegeschäft" relativ unbedeutend ist.
- Potentielles eigenes Engagement eines Kunden kann durch den Kauf von „Sauberem Kaffee" genauso kompensiert werden, wie bei der reinen Spende eines Spenders. („Ich hab doch eigentlich ein reines Gewissen, denn ich kaufe doch nur 'Sauberen Kaffee' und damit tue ich doch etwas Gutes. Und ich denke, daß ich damit schon genug tue").
- Daneben gibt es auch noch eine praktische Dimension: Wie in Zukunft von den Kleinbauern die zwei oder drei Sack Kaffee im Jahr abgekauft werden sollen, ist völlig unklar. Kleinbauernkaffeezusammenschlüsse gibt es nämlich bisher nur sehr wenige... In Holland ist es bereits heute sehr schwierig, überhaupt auf den angestrebten Anteil von 3% Marktanteil Kleinbauernkaffee zu kommen, da die hierfür erforderliche Kaffeemenge kaum beschafft werden kann. Und der bundesdeutsche Markt ist noch sehr viel größer.
- Schließlich ist ein kurzes Infoblättchen — wie es beispielsweise in Tübingen im Supermarktregal beim Aha-Kaffee ausliegt — kaum geeignet, die weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhänge klar zu machen. Es versteht sich, daß nicht jeder Kunde vor dem Kauf von Kleinbauernkaffee ein „Dritte-Welt-Abitur" ablegen muß, das beigefügte Info-Material auch nicht immer umfangreich zu sein braucht. Gerade im Supermarkt besteht aber die Gefahr, daß mit ähnlich aufgemachtem Info-Material ein ganz anderer Kaffee verkauft werden kann. Die Gefahr einer Verwechslung des Produkts darf nicht unterschätzt werden.

## Kleinbauernkaffee gehört nicht in den Supermarkt

Eine ausführliche Einschätzung des Verkaufs von Kleinbauernkaffee im Supermarkt wurde bereits vom Aktionszentrum Arme Welt (Weltladen) in Tübingen im AG 3 WL-Rundbrief Nr. 37 S. 15 ff. veröffentlicht. Die dort gemachten Feststellungen seien an dieser Stelle nochmals kurz wiederholt:
- die Orientierung an den Projektpartnerkriterien der GEPA und deren Zielvorstellungen ("...politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Befreiung aus 'Unterentwicklung' fördern und Selbstbestimmung in der Dritten Welt stärken") ist nicht Gottliebs Motiv für den Einkauf bei der GEPA. Verkauft wird, was sich absetzen läßt. Und absetzen lassen sich sowohl AHA-Kaffee von der GEPA, als auch Waren aus Südafrika, Trockenfrüchte aus Chile etc.
- Kaffee von Kleinbauern (die vom Projektpartnerausschuß der GEPA auf der Grundlage der GEPA-Projektpartnerkriterien ausgewählt werden) wird in einem rein kommerziellen Großbetrieb (der gar nicht diesen Projektpartnerkriterien und ihren Zielvorstellungen entspricht) verkauft und trägt mit zur Verdrängung der letzten Einzelhandelsgeschäfte bei.
- der Verkauf von Kleinbauernkaffee im Supermarkt bringt diesem einen Imagegewinn und damit noch mehr Kunden ("Wenn dort sogar alternativer Kaffee verkauft wird, kaufe ich jetzt auch dort ein„).
- die Einflußnahme des Großabnehmers Gottlieb auf die relativ kleine Importorganisation GEPA in puncto Verkaufsmenge und -preis ist bereits jetzt problematisch und kann sich mittelfristig auch für die ProduzentInnen nachteilig auswirken. (Stichwort Abhängigkeit: Wer größere Mengen bestellt, kann Preis und Modalitäten zu seinem Vorteil diktieren).
- Inwieweit beim Verkauf von Kleinbauernkaffee im Supermarkt neben der Projektförderung der gleichrangige Aspekt der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit überhaupt noch Raum greifen kann, ist ungeklärt. Ein entsprechendes Konzept der GEPA liegt auf jeden Fall nicht vor. Ein kurzes Faltblatt wird dem jedenfalls nicht gerecht (s.o.).

Im übrigen geht beim Verkauf des Kaffees im Supermarkt der Gewinn an den Supermarkt, während in den Weltläden der Gewinn für die Informationsarbeit bestimmt ist oder auch zum Aufbau von alternativen Strukturen dient.

## Weiterentwicklung der A3WH

Auch wir sehen die A3WH gegenwärtig in einer Phase der Stagnation und versuchen das Modell weiterzuentwickeln. Weiterzuentwickeln in eine Richtung, die sowohl den Interessen der ProjektpartnerInnen Rechnung trägt, als auch die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ausreichend berücksichtigt. Auch wir denken, daß neue Wege beschritten werden müssen.

1. Die AG 3 WL hat in den vergangenen 2 Jahren das Modell „Dezentrale Importstrukturen von Weltläden" entwickelt. Es handelt sich hierbei um ein Modell zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Weltläden mit dem Ziel, primär Kleinprojekte zu fördern. Bereits heute importieren ca 20% aller Weltläden Waren direkt von den ProduzentInnen. Viele dieser eigenimportierenden Weltläden versuchen, für die Waren ihrer ProjektpartnerInnen in der BRD weitere Absatzmärkte zu finden. Auf der anderen Seite gibt es viele Weltläden, die sich einen direkteren Kontakt zu den ProjektpartnerInnen wünschen, als dies die alternativen Importorganisationen in der BRD leisten können. Mit dem Modell soll gerade Kleinprojekten eine Ausweitung der Produktion ermöglicht werden. ProduzentInnengruppen also, die z.T. aufgrund ihrer strukturellen Voraussetzungen nicht in der Lage sind, in eine Großproduktion einzusteigen. Der Startschuß für das Modell fällt voraussichtlich anläßlich der für den 15./16. September in Darmstadt geplanten öffentlichen Projektemesse der eigenimportierenden Weltläden.
2. Auch auf dem Sektor Bildung müssen neue Wege gegangen werden. Bislang wurde nur innerhalb des A3WH-Spektrums versucht, ein entwicklungspolitisches Bildungskonzept zu erstellen. Wir wollen nun über diesen Rahmen hinausgehen und eine wissenschaftlich konzipierte Feldstudie durchführen lassen, in der zunächst eine Bestandsaufnahme erfolgt und dann ein praktisch handhabbares Konzept entwickelt wird. Die Vorarbeiten sind hierzu allerdings noch nicht abgeschlossen.

**Konstanze Köstlin/Roland Müller**

Anmerkungen:
1) Nicht zu verwechseln mit dem Aktionszentrum Arme Welt, dem Tübinger Weltladen.
2) Nachzulesen etwa im AG3WL-Rundbrief Nr. 37, S. 15-16 sowie dem hierzu verfaßten Leserbrief im Ag3WL-Rundbrief Nr. 39, S. 42-43
3) So die Aktion Arme Welt im GEPA-Infodienst Nr. 5/89, S.19

# Goldwitwen - Frauen in Lesotho




Wanderarbeiter beim Grenzübertritt. Foto: Don Edkins

Die jüngste Dokumentarfilmproduktion 'Goldwitwen' der Medienwerkstatt Freiburg befaßt sich mit den Auswirkungen der Wanderarbeit in Südafrika. In Minen und Industrieanlagen werden seit Jahrzehnten schwarze Arbeitskräfte systematisch ausgebeutet, ohne daß das Apartheidsregime für deren soziale Absicherung Sorge trägt.
Goldwitwen werden die Frauen genannt, deren Männer in den südafrikanischen Goldminen arbeiten. Der Film schildert am Beispiel der betroffenen Frauen aus Lesotho die Auswirkungen dieser Strukturen auf das Leben einzelner Personen.

Bereits in der Anfangssequenz wird die zentrale Einschätzung von den Schwarzafrikanerinnen selbst formuliert: „Wir leben ohne Männer, und eigentlich ist Lesotho eine Frauengesellschaft." Aus der Perspektive der Frauen Lesothos, die über Jahre von ihren Männern getrennt leben müssen, beschreibt der Dokumentarfilm deren gesellschaftliche Situation.

Die Apartheidspolitik verbietet den Nachzug der Ehefrauen schwarzer Wanderarbeiter und ihrer Kinder; selbst Besuche sind nur mit Genehmigungen möglich. So sind die Frauen gezwungen, in diesem von Südafrika nur formal unabhängigen Land zu leben - und für die Mehrzahl der Frauen reicht es gerade zum Überleben. Eine weitere Konsequenz der Apartheidspolitik liegt darin, daß die traditionell vorhandene, ökonomische Eigenständigkeit afrikanischer Ethnien bewußt zerstört und Lesotho in die ökonomische Abhängigkeit von Südafrika gebracht wurde. Bereits 1913 wurde mit dem „Land-Act" die Landverteilung in Südafrika - die bis heute Gültigkeit hat - zugunsten der Weißen geregelt: 87% der meist guten Böden erhielten die Weißen, und der Rest wurde der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zugeteilt. Darüberhinaus werden die schwarzen Eliten bei der Landverteilung bevorzugt.
Sind die Männer erst einmal in der „Stadt des Goldes" - in Johannisburg - so entwickelt diese erzwungene Trennung zwischen den Ehepartnern ihre Eigendynamik. Oftmals bleibt der Mann gänzlich in der Kaprepublik, und die lebenserhaltenden Geldüberweisungen bleiben aus, da die Männer dort neue Familien gründen. Aus dieser Situation werden die Frauen zu einer eigenständigen Lebensbewältigung gezwungen.
Der Film als dokumentarisches Medium läßt den Frauen die Möglichkeit, ihre Situation selbst zu schildern. Sie erzählen von ihrer Lebensrealität, ihrer erzwungenen Einsamkeit und Selbstständigkeit ohne klagende Untertöne, und dies obwohl ihre Situation - nicht nur in ökonomischer Hinsicht - äußerst prekär ist. Viele wurden mit ihren Kindern sitzengelassen und sind gezwungen, für den Lebensunterhalt alleine aufzukommen. Unter solchen Bedingungen ist eine solide Schulausbildung schwarzafrikanischer Kinder nicht gewährleistet - vielmehr wird damit die weitere Existenz einer industriellen Reservearmee sichergestellt. Ein sinnvolles agrarisches Wirtschaften ist den Frauen in Lesotho nicht möglich. Die Geldüberweisungen der Wanderarbeiter, wenn sie überhaupt noch eintreffen, stehen den Frauen sehr unregelmäßig zur Verfügung. Aus dem Zwang, zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen, resultierte in den letzten Jahren eine ständig wachsende Landflucht.
Diese Entwicklung zeichnet der Film chronologisch nach: Von der beispielhaften Beschreibung des Landlebens in dem Bergdorf Pulane hin zum Stadtleben in der Hauptstadt von Lesotho - Maseru. Auf den kargen Böden gedeiht wenig, und der frühere Nahrungsmittelreichtum ist durch eine karge Kost verdrängt worden. Das Geld, das die Männer in Südafrika verdienen, ist in einer gegenläufigen Entwicklung immer wichtiger geworden, da es zum Bezahlen der Steuern wie auch der in Südafrika produzierten Waren und Lebensmittel dringend benötigt wird. Außerdem haben südafrikanische Waren in ihrer Wertschätzung die traditionellen Produkte weitgehend verdrängt.
Die Männer treten nur in wenigen und zudem kurzen Filmsequenzen in Erscheinung; meist wenn sie die Grenze auf dem langen Weg zur Arbeit passieren und die Frauen alleine zurückbleiben. Die Grenzziehung zwischen Südafrika und Lesotho wird hier symbolhaft deutlich. Die Busse, die den Transport der schwarzen Arbeiter in die südafrikanischen Arbeitszentren sicherstellen, fahren nur bis zur Grenze, danach müssen die Männer auf eigene Faust für die Heimfahrt sorgen. In Lesotho leben nur jene Männer, die aufgrund ihrer Arbeit in den Minen krank geworden sind, und die für die schwere körperliche Beanspruchung nicht mehr taugen.
Der Zuschauer kann über die erstaunlich realistischen, lebensnahen und teils sehr intimen Beschreibungen und Erzählungen dieser Frauen nur staunen. Der Grund für diese konkrete und kaum einen Lebensbereich ausklammernde Darstellung liegt darin, daß einer der Mitautoren an diesem Dokumentarfilm - der Südafrikaner Don Edkins - zwei Jahre lang in Lesotho gelebt hat, die Sprache beherrscht und einzelne Frauen bereits in jener Zeit kennengelernt hat. Dieser Umstand kommt dem Film sehr zugute. So kam keine oberflächliche Berichterstattung zustande, sondern eine an den Menschen orientierte Darstellung schwarzafrikanischer Lebensrealitäten - die in allen gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Belangen durch die Struktur und die Auswirkungen der Apartheidspolitik bestimmt werden.

**Detlev Kanotscher**

**Verleih: Medienwerkstatt Freiburg; Konradstr. 20, 7800 Freiburg/Brsg.; Tel.: 0761/709757; Preis: 50,- DM**

# Widerstand im Weltsystem

André Gunder Frank, einer der herausragenden Vertreter der Weltsystemtheorie und maßgeblich an der Entwicklung der Dependenztheorie beteiligt, und Marta Fuentes Frank, Geschichts- und Sozialwissenschaftlerin sowie politische Aktivistin, unternehmen in diesem Buch (das fünf Aufsätze aus den Jahren 1984-89 sowie ein 1989 geführtes Streitgespräch vereint) den Versuch, ihre theoretischen Erkenntnisse über die Gesetze und Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft mit den Möglichkeiten und Zyklen sozialer Bewegungen zu verknüpfen.

Das erste Kapitel - „Politische Ironien der Weltwirtschaft" - stellt die Frage, wer für den Lauf der Welt verantwortlich ist - die Politik(er) oder die Ökonomie. André Gunder Frank legt unmißverständlich dar, was seiner Meinung nach den Fluß der Geschichte bestimmt: „Ein großer Teil von dem, was man als Politik bezeichnet, kommt einem leichten Kräuseln an der Oberfläche gleich oder einem Zugang zu einem irgendwo abrupt endenden Seitenarm, an dem der Hauptstrom (der Wirtschaft, Anm.) ungerührt vorbeifließt". Mit 35 Beispielen derartiger „Ironien", in denen die Gesetze der Weltwirtschaft den Ambitionen nationalstaatlicher Politik - wie Wirtschaftsmodelle einen Strich durch die Rechnung machten, untermauert Frank seine These, daß Keynesianismus, Monetarismus, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, industrial policy und wie die Modelle alle heißen mögen, nicht mehr sind als „eine trügerische Illusion", da die „weltumfassende, kapitalistische Wirtschaft, ihr Staatensystem und deren Klassenstrukturen" ein unkontrollierbarer Prozeß ist, der am „allerwenigsten durch politische Theorie und Praxis gezielt gesteuert werden kann". Das 1984 verfaßte Kapitel beeindruckt durch stichhaltige Beispiele und weise Voraussicht. So prophezeite Frank schon damals - von Gorbatschow noch keine Spur - daß die wirtschaftliche Integration der „sozialistischen Länder" in den Weltmarkt nicht die Lösung ihrer alten Probleme bringen, sondern zu einer „Quelle neuer Schwierigkeiten" mutieren werde. Die Ost-West-Teilung, so der Theoretiker 1984, werde sich weiter „abschwächen, wenn nicht gänzlich zur Bedeutungslosigkeit" herabsinken.

Im zweiten Teil des Buches - „Amerikanisches Roulette im globalen Kasino" steht die globale Krise, in der das kapitalistische System seit Ende der 60er Jahre steckt, im Mittelpunkt. Frank untersucht den Aufstieg der Finanzwirtschaft, die Schuldenkrise der „3. Welt", das Abbröckeln der US-Hegemonie. Er widerlegt analytisch wie empirisch die gängigsten Krisenmanagementthesen - „wirtschaftspolitische Alchimie" lautet sein wenig schmeichelhaftes Urteil - und kommt zu dem Schluß, daß die nächste Rezession zu einer weltweiten Depression und weiter zu einer derartigen Zuspitzung der Interessenkonflikte führen könnte, daß das Entstehen neuer politisch-wirtschaftlicher Blöcke möglich wäre.

Der dritte Abschnitt - „Die Unterentwicklung der Entwicklung" - wurde vom Ehepaar Frank gemeinsam erarbeitet und bringt einen Überblick über die Entwicklung der Dependenztheorie in den letzten drei Jahrzehnten. Das Ehepaar Frank bringt Interessantes ein in die etwas erlahmte entwicklungspolitische Diskussion. Zum einen versuchen die Autoren, bisherige Entwicklungsbegriffe qualitativ zu kritisieren - und kommen etwa zu dem Schluß, daß aus feministischer Sicht die Schweiz oder Japan „nicht... als entwickelte Gesellschaften zu bezeichnen" wären, andererseits streichen sie immer wieder heraus, daß ihr Denkansatz das Weltsystem ist. „Die heutige Vorstellung über das, was Entwicklung auf der Ebene des Nationalstaates ist bzw. sein sollte, ist das Ergebnis einer optischen Täuschung." Und: „Entwicklung kann nur auf zwei Ebenen stattfinden, einerseits auf der Ebene der Weltwirtschaft, andererseits auf der Ebene des Individuums oder kleiner sozialer Gruppen." Spannendster und zugleich wahrscheinlich umstrittenster Schluß der Autoren ist, daß eine unabhängige, nationale Entwicklung völlig unmöglich sei, weshalb das Modell der „Abkoppelung" vom kapitalistischen Weltmarkt, das jahrelang als Ausweg aus der Misere gepriesen wurde, „unrealistisch ist". Wozu es allerdings kommen könnte, sei eine „unfreiwillige Abkoppelung": Länder, Regionen und Völker könnten für den Weltmarkt unbrauchbar werden, weil aus ihnen kein Vorteil mehr zu ziehen ist - trockengepreßt wie eine Zitrone sollen sie einfach ihrem Schicksal überlassen werden. Afrika, Bangladesh, manche Regionen Brasiliens, Teile des ehemaligen Ostblocks zählen für das Ehepaar Frank zu den möglichen Opfern einer derartigen „Abkoppelung".

Im vierten Teil - „Frauen und Politik in Chile 1964-1989" - analysiert Marta Fuentes-Frank die Politik der Regierungen Frei, Allende und Pinochet in ihren Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis in der chilenischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation der Frauen. Es werden sowohl die staatliche Frauenpolitik als auch Widerstandsformen und Organisationsversuche chilenischer Frauen in Abhängigkeit zu Konjunkturzyklen der Wirtschaft herausgearbeitet.

Der fünfte Beitrag „Von der Revolution zur sozialen Bewegung", für den sich wieder beide verantwortlich zeichnen, versucht eine Analyse und Kategorisierung verschiedener sozialer Bewegungen. Interessant und beachtenswert ist hier vor allem der Hinweis, daß die bisher so dominante Rolle des Staates bzw. der Erringung der Staatsmacht für emanzipatorische Bewegungen künftig weniger wichtig sein wird: „Diese sichtbare wirtschaftliche Schwäche des Staates", schließen die Autoren aus ihrer Analyse der Weltwirtschaft, „stellt die Zulänglichkeit von Staatsmacht und vielleicht auch die Notwendigkeit in Frage, die Staatsmacht in Händen zu haben, sich ihrer durch eine Revolution zu bemächtigen..." Die Autoren setzen statt dessen auf soziale Bewegungen im Kampf um Freiheit, Gleichheit und Solidarität - wer allerdings hier wirklich neue Erkenntnisse oder gar Antworten sucht, wird nicht fündig. Auch über die Perspektiven des Widerstands im Weltsystem ist - entgegen der Suggestion des Buchtitels - nicht viel Neues zu erfahren. Das mag als Schwäche des Buches gelten, ich halte es eher für eine Schwäche des Titels - denn Widerstand, auch im Kleinen, setzt nach Meinung der Autoren Verständnis des Weltganzen voraus - und dazu ist das vorliegende Werk in der Tat bestens geeignet.

Das Buch schließt mit einem Streitgespräch zwischen den Autoren und den Herausgebern - den Historikern Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy - in dem die in den verschiedenen Kapiteln thematisierten Probleme noch einmal Revue passieren. Mehr noch: Die Herausgeber formulieren Einwände und Widersprüche, die sich bei der Lektüre aufdrängen, die Autoren antworten - wie überzeugend, das müssen die LeserInnen beurteilen.

**Christof Parnreiter**

**André Gunder Frank/Marta Fuentes-Frank „Widerstand im Weltsystem" Kapitalistische Akkumulation, Staatliche Politik, Soziale Bewegung. Herausgegeben von Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy Wien, 1990**

## Die strategischen Rohstoffe

„Palladium-Preise unter Druck" meldete am 15. Mai 1990 die Frankfurter Allgemeine. Palladium sei als Industriemetall an sich stabil, bleibe allerdings nicht vom „allgemeinen Einbruch an den Edelmetallmärkten" verschont. Es würde fast ausschließlich von „kommerziellen Operateuren" nachgefragt, und die Sowjetunion sei „der mit Abstand bedeutendste Produzent". Vor gut einem Jahr mit dem Bekanntwerden eines Laborversuchs einer sogenannten „kalten Kernfusion" wurden phantastische Preissteigerungen erwartet . Heute hingegen, so die FAZ weiter, spekuliere man nüchterner über den zusätzlichen Bedarf für die Herstellung von Autokatalysatoren.
Palladium, ein Edel- bzw. Industriemetall, das zumindest im High-Tech-Bereich und im Maschinenbau von Bedeutung ist, befindet sich fast ausschließlich in den Händen der Sowjetunion. Damit erfüllt dieses Metall gleich eine ganze Reihe von Kriterien , um als strategisch wichtiger Rohstoff eingestuft zu werden. D. Eich und K.L. Hübener befassen sich in ihrem Buch „Die strategischen Rohstoffe" mit dieser besonderen Kategorie von Rohstoffen. Zunächst erklären sie, was diese Rohstoffe, zu denen auch beispielsweise Chrom, Nickel, Titan, Molybdän und Mangan gehören, auszeichnet. Sie sind ausnahmslos für die Produktpaletten der Industrie notwendig und kommmen nur an wenigen Orten vor. Unter den wichtigsten Förderländern findet man immer wieder die Sowjetunion und Südafrika. Die Autoren beschreiben den Handel an den Warenbörsen ebenso wie die Abhängigkeit der Industrieländer von diesen Rohstoffen. Mittels Vorratshaltung und Rohstoffabkommen versuchen die Industrieländer, sich weitgehend abzusichern. Diskutiert werden in diesem Buch ebenfalls die Rolle GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), die Bedeutung der Internationalen Seerechtskonvention wie auch die Forderungen der UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen). Südafrika ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Dabei wird nicht nur die Abhängigkeit von den südafrikanischen Rohstoffabkommen belegt, sondern auch die Machenschaften des südafrikanischen Multis Anglo-American beschrieben. Im Anhang liefern die Autoren zudem eine Tabelle mit ausführlichen Beschreibungen ausgewählter strategischer Rohstoffe.
Trotzdem das Manuskript schon im August 1987 abgeschlossen wurde, ist die Lektüre nur zu empfehlen. Gibt es doch nur wenige Schriften, die sich mit diesen Rohstoffen befassen, und - was selten vorkommt bei dieser Art Literatur - es ist ungemein spannend geschrieben.

uju

**Dieter Eich/Karl-L. Hübener: Die strategischen Rohstoffe, Peter Hammer Verlag/ÖIE, Wuppertal 1988, 222 S., DM 18,80**

### Kurz geblättert

**Küstermann Andreas, Vorsicht Tropenholz:** Ein Ratgeber für alle, die auf Tropenholz verzichten wollen. Oft ist es die Unwissenheit der VerbraucherInnen, die den kommerziellen Raubbau tropischer Hölzer in der Dritten Welt fördert. Der Autor macht deutlich, in welch vielfältigen Bereichen Tropenhölzer verwendet werden und gibt praktische Tips, durch welche Materialien Tropenhölzer ersetzt werden können. Er liefert Argumente für einen generellen Tropenholz-Boykott und reflektiert dessen Auswirkungen auf die heimische Forstwirtschaft und die wirtschaftliche Situation der Exportländer. Eine umfangreiche Materialübersicht sowie Adressen von Regenwald-Schutzgruppen runden das Buch ab. Schmetterling Verlag, 86 Seiten, 14,80 DM. ***Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hrsg.), Macht ohne Kontrolle:** Ein kritisches Handbuch, das einen umfassenden Einblick in Tradition, Strategien und Perspektiven der größten und einflußreichsten deutschen Geschäftsbank liefert. Ihre zentrale Funktion bei der aktuellen Neuordnung des kapitalistischen Wirtschaftsraumes Binnenmarkt-Europa wird genauso beleuchtet wie das Beziehungsgeflecht zu Industrie und Politik sowie die Vorreiterrolle der Bank beim „Schuldenmanagement" für die Dritte Welt. Ein umfangreiches Glossar, Literaturangaben und ein Register unterstreichen den Handbuch-Charakter. Schmetterling Verlag, 184 Seiten, 22,80 DM. ***AOL (Hrsg.), Clodomiro und...:** Dieser „Nicaragua-Comic" im Hosentaschen-Format stellt auf einfache Weise die wirtschaftlichen Probleme eines Trikont-Landes wie Nicaragua dar. Er eignet sich deshalb für die Einführung dieser Thematik an Schulen und in der Erwachsenenbildung. Im Spanisch-Unterricht bietet er aufgrund seiner Zweisprachigkeit die Möglichkeit, politische Zusammenhänge zu thematisieren. Bezug: AOL-Verlag, Itzehoer Weg 3, 2000 Hamburg 20, 88 Seiten, 6,80 DM.

# Goldsuche in Brasilien

Gestern, frühmorgens, als wir den Demini-Fluß überquerten - auf der Höhe des Tamanduá-Falls - stießen wir auf die Leichen von Indianern: drei Frauen, zwei Jungen und ein Mädchen von ca. 14-15 Jahren. Die Frauen waren vor ihrem Tod vergewaltigt worden, wie wir feststellten. Aufgrund der Spuren am Schauplatz merkten wir, daß wir in der Nähe zahlreicher Goldgräber und einer Maloca waren. Schnell verließen wir diesen tragischen Ort, und nach einem Fußmarsch von etwa zwei Stunden überraschte uns eine Gruppe von Indianern in Kriegsbemalung. Sie waren mit Gewehren, Pfeilen und Speeren bewaffnet. Vier von uns starben sofort, während ich und fünf weitere fliehen konnten ..."
Die Stelle aus dem Reisetagebuch von Da Silva Santos läßt einem fast den Atem stokken. Vier Monate verbrachte der Autor als 'Garimpeiro' (Goldwäscher) in den Wäldern Roraimas. Sein Bericht darüber liest sich über weite Strecken wie ein Abenteuerroman, der aber den Leser keine Sekunde vergessen läßt, von welcher Art das 'Abenteuer' ist, an dem er da Anteil hat: es ist der Genozid an dem Volk der Yanomami und die Zerstörung eines faszinierenden und zerbrechlichen Gleichgewichts zwischen Natur und Mensch in einem Gebiet, welches über Jahrhunderte vom Kolonialismus verschont blieb und erst in den letzten zwei Jahrzehnten dem destruktiven Eroberungsdrang von kleinen Glücksrittern und großen Multis anheimgefallen ist.
Die gegenwärtige Situation der Yanomami ist nach wie vor außerordentlich bedrohlich. Trotz großer Versprechungen des neuen brasilianischen Präsidenten Collor de Mello, die Goldsucher aus Indianergebieten zu verbannen, ist wenig geschehen. Die Sprengung von 19 illegalen Landepisten (von über 120) ist zwar werbewirksam, ändert in Wirklichkeit nicht viel bzw. gar nichts: die Goldsucher können weiterhin aus der Luft mit Hubschraubern versorgt werden und bleiben so im Indianergebiet. Bei den Indianergemeinschaften, die in der Nähe von den Goldgräbercamps liegen, ist die Malariainfektionsrate bis zu 91 %.

In seiner eindringlich kargen Sprache beschreibt der Autor - neben dramatischen Szenen wie in der obigen Leseprobe - den Alltag jener Männer und Frauen, die, getrieben von dem Wunsch nach schnellem Reichtum oder zumindest der Hoffnung, der zunehmenden Verelendung der breiten Bevölkerungsmehrheit in Brasilien noch einmal zu entrinnen, als Vorhut der 'Zivilisation' fungieren. Von der Regierung in Brasilia offiziell mißbilligt und inoffiziell nach Kräften gefördert, bringen sie in die Region das, wovon der Untertitel dieses Heftes kündet: Tod und Zerstörung.

Die brasilianische Originalausgabe wurde letztes Jahr von der Diözese von Roraima zusammen mit zahlreichen fundierten Informationen zu der Lebensweise der Yanomami, der aktuellen Lage in Roraima sowie den politischen Hintergründen herausgegeben. Sie liegt jetzt auch auf Deutsch vor. Die Lektüre ist daher jedem Interessierten nur zu empfehlen. Dies um so mehr, als ein Teil des Kaufpreises als Solidaritätsbeitrag direkt nach Roraima geht.

**Axel Sommer**

**Adalberto Da Silva Santos: Goldsuche. Tod und Zerstörung in den Wäldern von Roraima, 30 S. DIN-A 4, Freiburg 1990. DM 6,- + DM 4,- (Solidaritätsbeitrag)**

# Landwirtschaft und Welthandelsordnung

Seitz und Windfuhr befassen sich in ihrem Buch mit dem Handel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Das Buch versteht sich konkret als „Handbuch zu den Agrarverhandlungen der Uruguay-Runde des GATT", jener Verhandlungsrunde, die seit 1986 in Uruguay (Punta del Este) tagt und nun zum Jahresende vor dem Abschluß steht (s. Themenschwerpunkt der blätter Nr. 160, Sept. 1989). Verhandelt wird allerdings nicht nur über die Agrarpolitik der Mitgliederstaaten, bei denen es v.a. um Exportsubventionen, Importschranken und interne Preisstützungen geht, sondern auch über den Diensleistungssektor, den Textilhandel und andere Bereiche.
Nach einer Skizze der aktuellen Agrarkrisen schlechthin, befassen sich die Autoren zunächst mit den Grundprinzipien des Abkommens und problematisieren die Stellung der Entwicklungsländer bzw. die besondere Rolle des Agrarhandels im Abkommen. Das anschließende Kapitel erläutert die verschiedenen Positionen in der Uruguay-Runde. Der Kritik an den vorherrschenden Positionen folgt abschließend ein Kapitel über Perspektiven, in dem allerdings lediglich die Positionen von Agraropposition, Kirchen, Nicht-Regierungs-Organisationen zusammengetragen werden.

Das Buch überzeugt durch eine Fülle von Informationen, besonders durch Hintergrundwissen mittels zahlreicher Exkurse sowie durch eine sehr detaillierte Darstellung von aktuellen Problemen und Positionen. Es ist zudem durch eine klare Strukturierung des Themas als Handbuch zum Nachschlagen geeignet.

**uju**

**Klaus Seitz/Michael Windfuhr: Landwirtschaft und Welthandelsordnung, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg 1989 (2. Aufl. 1990), 202 S. DM 19,-**

# Weniger wäre mehr gewesen

## Der diesjährige BUKO

Vor der Kulisse der Befestigungsanlagen der alten Reichsstadt Nürnberg debattierten vom 14. bis 17. Juni die TeilnehmerInnen des 14. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen über die Gefahren der europäischen Integration und der Umbrüche in Osteuropa für die Dritte Welt, die in der bisherigen Diskussion auf die Formel „Festung Europa" gebracht wurden. „Zukunft Europas auf wessen Kosten ?" lautete das Motto.
Viele Themen, mit denen sich die Solidaritätsbewegung schon lange beschäftigt hat, tauchten als Aspekte innerhalb des thematischen Rahmens „Europa" wieder auf und waren daher eine eigene Arbeitsgruppe wert. So gab es Arbeitsgruppen zu EG und Verschuldung, EG und Rüstung, EG und Konzerne, Entwicklungspolitik, Kolonialismus, Agrarhandel und und und...Weitere Arbeitsgruppen ergaben sich aus der Frage, welche Auswirkungen der Binnenmarkt für einzelne Weltregionen hat. Mit diesem weitgespannten thematischen Rahmen war ein Zerfransen der BUKO-Diskussion vorprogrammiert.

Dabei hatten die Veranstalter die Einleitungsvorträge gut ausgewählt. Claudia von Braunmühl begab sich in ihrem Referat „Europa 93 von unten und von außen gesehen" direkt ins Zentrum der Thematik. Wenngleich etliche ihrer Ausführungen dem BUKO-Publikum mit Sicherheit bekannt waren, so hätte sich doch eine konzentrierte Diskussion ihrer Thesen ausgezahlt.
Unfreiwillige Abkoppelung lautet der Begriff, mit dem der für die Dritte Welt entscheidende weltwirtschaftliche Trend der vergangenen Dekade(n) neuerdings auf den Punkt gebracht wird. Merkwürdigerweise war dieser Prozeß für die Dritte Welt Bewegung bislang kein Thema. Erst seitdem das westeuropäische Kapital sich nach Osten orientiert, stimmt auch die Linke Wehklagen über den vermeintlichen Interesseverlust der Unternehmen an der Dritten Welt an. In manchen Zirkeln wird selbst mit der Entwicklungshilfe so umgegangen, als sei sie ein eigentlich erhaltenswertes Gut. Als hätte es die Diskussion um „tödliche Hilfe" nie gegeben ... Braunmühl zufolge blendet der Begriff Abkoppelung einen komplementären Prozeß aus, der mit „verschärfter Ausbeutung" oder „negativer Ankoppelung" zu umschreiben wäre. Mit der Konstituierung des Binnenmarktes, so die Prognose, werden beide Prozesse, Abkoppelung und Ausbeutung, eine Verschärfung erfahren.
Der BUKO hätte gut daran getan, sich die beiden Prozesse, vor allem ihre Gleichzeitigkeit, bewußter zu machen und sich der damit verbundenen Differenzierung innerhalb der Dritten Welt zuzuwenden. Diese Differenzierung hat in der Entwicklungstheorie längst zu einer Neubewertung von Positionen geführt. Aber die Theoriediskussion wird seit Jahren anderswo geführt als in der Solidaritätsszene, und auch der BUKO 90 war nicht darum bemüht, Neuland zu betreten. So blieb eine entwicklungstheoretische Positionsbestimmung in Nürnberg aus, und es wurde wie selbstverständlich hingenommen, daß in wildem Durcheinander mal Versatzstücke des alten Antiimperialismus, mal Elemente eines neuen Reformismus zum besten gegeben wurden - beinahe im Sinne des „anything goes".
Auch neuere Erkenntnisse aus der Frauenforschung gingen nicht in die BUKO-Diskussion ein, obgleich sie unverzichtbar sind für die Analyse entwicklungspolitischer Vorgänge. Um soziale, politische und ökonomische Zusammenhänge zu begreifen, ist ein Denken in geschlechtsspezifischen Kategorien unerläßlich. „Wir müssen lernen", so Braunmühl am Schluß ihres Vortrages, „makroökonomische Prozesse in sozialen Kategorien zu buchstabieren und soziale Prozesse in geschlechtsspezifischen Kategorien".

Der andere Einleitungsvortrag kam vielen recht exotisch vor. Gottfried Mergner stellte den Zusammenhang her zwischen der europäischen Expansion und der psychischen Deformation des europäischen Menschen und suchte im Subjekt nach Ansatzstellen für eine Solidarität mit den Unterdrückten außerhalb Europas.Über unsere europäische Sozialisation, so Mergners These, bekommen wir Untertänigkeit, das Konkurrenzprinzip und das aggressive Potential in unser Innerstes eingeschleust und damit die Triebkräfte der europäischen Welteroberung.Nur dadurch, daß wir uns diesen Prozeß bewußt machen, gelangen wir aus der blinden Zugehörigkeit zu den Tätern hinaus. Die Erinnerung an die selbst erfahrenen Verletzungen und an unseren eigenen frühkindlichen Widerstand gegen das uns Zugefügte ist, so Mergner, die Brücke zu den fremden Entrechteten und deren Widerstand. Bedauerlicherweise stürzen sich Mergner zufolge viele Linke eher in einen blinden Aktionismus, als daß sie sich auf den mühsamen Weg des Erinnerns begeben...
Es mag genügend Einwände gegen Mergners Thesen geben. Am schwersten wiegt vermutlich der, daß er zu einseitig am Subjekt ansetzt, anstatt Kritik als ein Ineinander von Subjekt und Strukturkritik zu begreifen. Dennoch setzte sein Vortrag einen wichtigen Akzent, der leider nur in einzelnen Arbeitsgruppen aufgegriffen wurde und bei der Diskussion um die Schlußerklärung schon ganz von der Bühne verschwunden war. Aber es war naturgemäß sehr viel bequemer, sich mit der ökonomischen Dimension der „Festung Europa" zu beschäftigen als mit der psychologischen und damit die leidige Frage unserer Zugehörigkeit zur Gesellschaft der „Täter" zu umgehen.
Auch Braunmühl setzte in ihrem Vortrag einen ähnlichen Akzent. Sie wandte sich gegen die Neigung vieler Linker, die Verantwortung für die Ausbeutung der Dritten Welt auf die Besitzer von Kapital abzuwälzen. Alle von uns, so Braunmühl, profitieren letztlich von der ungleichen Arbeitsteilung. In unseren Kreisen wird mit Vorliebe Baumwoll- und immer mehr auch Seidenkleidung getragen, und die ist eben nur aufgrund der niedrigen Baumwoll- und Seidenpreise so leicht erschwinglich. Welche Konsequenzen allerdings „wir" aus solchem Eingeständnis von Mitverantwortung ziehen sollen, blieb offen. Sollen „wir" Konsumverzicht leisten und damit womöglich baumwollexportierende Länder zu einem Umstieg auf ein anderes Exportprodukt zwingen? Der Zwang zur Devisenerwirtschaftung macht es unwahrscheinlich, daß Dritte Welt Länder in die Zukunft investieren und ihre Landwirtschaft auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln umstellen.

Den Arbeitsgruppen, die den gesamten Freitag zur Verfügung hatten, waren drei Leitfragen vorgegeben: Sie sollten ihre Diskussion darauf hin ausrichten, wer die Gewinner und wer die Verlierer des jeweils untersuchten Prozesses sind, welche Rolle der für 1993 anvisierte Binnenmarkt und insbesondere die EG-Hegemonialmacht BRD spielt und schließlich, welche Ansatzpunkte für politische Kampagnen und Gegenstrategien sich für die Solidaritätsbewegung anbieten.
Die Suche nach Gegenstrategien verlief schwerfällig. Ideen zu einzelnen Aktionen gab es vermutlich in jeder Arbeitsgruppe. Aber was die Arbeitsgruppen am Samstag vormittag als Quintessenz ihrer Diskussionen im Plenum vorstellten, war doch eher dürftig. Oder verhinderte vielleicht der massive Zeitdruck, unter dem die Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse erfolgte, eine einigermaßen angemessene Wiedergabe der Diskussionen? Dann wären durch ein allzu striktes Einhalten der Tagesordnung diesmal tatsächlich Inhalte verlorengegangen. Die OrganisatorInnen des nächsten BUKO sollten sich überlegen, ob das Plenum nicht eher bei anderen Tagesordnungspunkten gestrafft werden kann als gerade bei der Diskussion um Gegenstrategien.

**ib, ia, js, sw**

## Thailändische Regierung protegiert Prostitutionstourismus

Thailands Premierminister Chatichai Choonhavan und sein Regierungssprecher Suvit Yodmani haben sich mit erschreckend menschenverachtenden Einstellungen zum Prostitutionstourismus und zur Kinderprostitution hervorgetan. Dies zeigen die Auseinandersetzungen um eine kürzlich vom ABC in den USA ausgestrahlte Dokumentation. In der Sendung wird die thailändische Regierung angeprangert, da sie nichts gegen die gravierende Zunahme von Kinderprostitution unternähme. Von offizieller Seite werde der Zustrom der vielen pädophilen Touristen genauso ignoriert wie die Tatsache, daß die verarmten Bauern ihre Töchter an Bordelle verkaufen.

Diese Sendung wertete der Premierminister als eindeutige Imageschädigung, die er folgendermaßen kommentierte: *„Die Touristen kommen hierher wegen des Sex. Das ist jedoch ganz normal, da die Thaifrauen sehr hübsch sind („Tourists went there for sex. It is quite normal because Thai women are pretty." Bangkok Post 10.6.90).*

Außerdem könnte er nicht verstehen, weshalb ein amerikanischer Fernsehsender das Prostitutionsproblem in Thailand derart wichtig nähme. Der Regierungssprecher bezeichnete die Kinderprostitution als bedauerliches und hartnäckiges Problem, das mit dem Drogenmißbrauch in den USA vergleichbar wäre. Eine thailändische Frau empört sich in einem Leserbrief über diese Ignoranz und Gefühlslosigkeit des Premierministers: „Was denkt er denn, was Thaifrauen sind, nur Fleischstücke?"

Wir sind entsetzt über diese Unverfrorenheit den Frauen und Kindern gegenüber. Die Regierung lädt die Männer geradezu ein, die thailändischen Frauen und Kinder zu kaufen und zu gebrauchen. Diese offiziellen Einstellungen lassen jegliche Achtung und Würde für die Menschen vermissen.

Sie entlarven auch, daß die Regierung entgegen bisheriger Beteuerungen sehr wohl um das Ausmaß des Sextourismus weiß. Sie widerlegt damit ihre eigenen Angaben, nach denen nur maximal zwei Prozent aller Touristen des Sex wegen ins Land reisen. Genauso sprechen die Regierungsaussagen, nach denen die Regierung bemüht sei, die Kinderprostitution einzudämmen, allen Tatsachen Hohn. Wäre dies ihr wirkliches Interesse, müßte sie Einrichtungen und Gruppen, die sich in der Öffentlichkeit für diese Problematik einsetzen, z.B. mit einer Kampagne gegen Kinderprostitution, tatkräftig unterstützen. Doch sie fördert lieber weiterhin mit immensen Summen den Tourismus.

Auch müssen die thailändischen Wissenschaftler und Sozialarbeiter, die in der Fernsehsendung zu Wort kamen, Repressalien befürchten. Ein hoher thailändischer Politiker macht Dr. Koson Strisang, Sozialwissenschaftler und Generalsekretär der Ökumenischen Koalition Dritte Welt Tourismus (ECTWT) in Bangkok, der in der Fernsehsendung zu Wort kam, für eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Thailand und den USA verantwortlich. Herr Srisang hatte den Wunsch von Touristen und US-amerikanischen Soldaten nach Geschlechtsverkehr mit Kindern und Jungfrauen als Ursache für die Kinderprostitution genannt.

Die Regierung ist dringend gefordert, alles zu unternehmen, um den Sextourismus einzudämmen und die kürzlich in Thailand gestartete Kampagne gegen Kinderprostitution zu unterstützen. Es ist notwendig, daß auch bei uns erkannt wird, daß von offizieller Seite gehandelt werden muß, z.B. mit einem Verbot sexistischer Werbung.

**AntiRassistischer Arbeitskreis, Arbeitsgemeinschaft gegen internationale rassistische und sexuelle Ausbeutung (agisra), Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Basel, FrauenInformationszentrum Stuttgart, Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, S. Wycisk, Mitarbeiterin der Südostasien Informationsstelle, Bochum, Terre des Femmes, Third World Tourism European Ecumencial Network, Tourismus mit Einsicht, Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Stuttgart**



## Menschenrechtsverletzungen in Peru - ein aktueller Fall

Am selben Tag, an dem die Peruaner A. Fujimori zum Präsidenten wählten (10.6.90), wurde Guadalupe Ccallocunto Olano aus ihrem Haus in Ayacucho verschleppt. Mindestens drei bewaffnete Männer in Militärstiefeln und mit Kapuzen über dem Kopf brachen um 2.30 Uhr in das Haus ein, in welchem Frau Ccallocunto zusammen mit ihren vier minderjährigen Kindern und ihrer kranken Mutter schlief. Die Entführer ließen ihr nicht einmal Zeit, sich anzuziehen oder Schuhe mitzunehmen. Seither wurde sie nicht mehr gesehen und muß als weiteres Opfer der Praxis des „Verschwindenlassens" betrachtet werden, der in Peru seit 1983 bereits weit über 3000 Menschen zum Opfer fielen.

Frau Ccallocunto ist Ehefrau eines 1983 entführten und seither verschwundenen Mannes. Sie war aktiv in den Organisationen der Familienangehörigen von Verschwundenen und gehört seit mehreren Jahren dem „Servicio de Paz y Justicia" (SERPAJ), einer vom Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Ezquivel gegründeten Menschenrechtsorganisation, an. Anfang 1990 wurde sie wegen Lungentuberkulose operiert und ist noch immer in Behandlung. 1985 war Frau Ccallocunto auf Einladung von amnesty international in der Bundesrepublik.

Die Entführung von Frau Ccallocunto ist ein weiterer Höhepunkt einer Kampagne gegen alle Menschenrechtsorganisationen in Peru. Bereits Ende Februar verschwand im Ayacucho benachbarten Department Huancavelica ein Mitglied der örtlichen Menschenrechtskommission. Mehrere andere führende Menschenrechtler erhielten Todesdrohungen. Gegen die Büros von amnesty international und der Andinen Juristenkommission wurden schwere Bombenattentate verübt.

Die Umstände der Entführung entsprechen einem bereits vielfach praktizierten Muster, das die Militärs in den Gebieten unter Ausnahmezustand anwenden. Zur Zeit der Verschleppung herrschte in Ayacucho Ausgangssperre. Andere Täter als die Militärs kommen deshalb kaum in Frage, zumal das Haus von Frau Ccallocunto im Stadtzentrum von Ayacucho liegt. Es ist daher zu befürchten, daß sie, sofern sie noch am Leben ist, in der Kaserne „Los Cabitos" in Ayacucho gefangengehalten und gefoltert wird. Frau Ccallocuntos Leben ist darüber hinaus schon wegen ihres Gesundheitszustands in großer Gefahr.

**Interventionen wegen der Entführung Guadalupe Ccallocuntos sollten telegrafisch an: General Petronio Fernández Dávilla, Jefe del Comando, Politico-Militar, Ayacucho, Peru gerichtet werden.**

**Kopien oder weitere Interventionen können an Dr. Alan García Pérez, Presidente de la República, Palacio de Gobierno, Lima, Perú und an den Verteidigungsminister General Julio Velázquez Giacarini, Ministro de Defensa (Fax 51-14-359997) gesandt werden. (Information: SERPAJ Europa, Palaststr. 3, 5500 Trier)**

## Schraubenwurmfliege bedroht Vieh und Mensch

Auf einem Gebiet von 18.000 Quadratkilometern, 30 km südlich von Tripolis und 60 km von der libysch-tunesichen Grenze entfernt wurde der für Menschen wie auch für Tiere gefährliche Schädling „Schraubenwurmfliege der Neuen Welt“ gefunden.
Den Weg in die „Alte Welt“ fand der Parasit nach Angaben der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, wahrscheinlich über einen Viehtransport aus Südamerika.
Es besteht heute die Gefahr, daß sich dieser Schädling im tropischen Afrika festsetzt und sich von da aus über die Länder Südeuropas und Asiens ausbreiten könnte, so der FAO-Generaldirektor Edouard Saouma in einem Statement zum Vorkommen dieses Warmblutparasiten.
Solange aber der in Amerika „gefährlichste Viehschädling“ nur auf einem relativ kleinen Gebiet vorkommt, ist seine Bekämpfung technisch und finanziell noch möglich. Dazu heißt es in der Presseerklärung der FAO: „Das einzige Verfahren zur Ausrottung der Schraubenwurmfliege ist die Freilassung sterilisierter Fliegenmännchen in der Luft über dem befallenen Gebiet, bei gleichzeitiger strikter Bodenüberwachung, Kontrolle der Herdenbewegung und vorbeugender Behandlung der Tiere.“

**hh**



## Shell to hell - aber schnell

Eine Kampagne geht um die Welt. Eine Kampagne gegen den im Weltmaßstab zweitgrößten multinationalen Konzern. Es geht um Shell's Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika, aber auch um die Verantwortung des Konzerns für weltweite Umweltzerstörung und seine Beteiligung an der Biotechnologie. Die Anti-Shell-Kampagne hat in den Niederlanden begonnen und mittlerweile gibt es in 14 Ländern Boykottmaßnahmen und Aktionen gegen den niederländisch/britischen Multi Royal Dutch Shell.
Shells Aufstieg zu einem der größten multinationalen Konzerne der Welt begann bereits während des ersten Weltkrieges, als die Firma durch Lieferungen an beide Kriegsparteien riesige Gewinne machte. Später unterstützte der Konzern das Hitler-Regime und die spanische Konterrevolution finanziell und diplomatisch.

1982 schlossen sich Shell, Exxon und BP zu einem Kartell zusammen; später kamen Gulf, Mobil, Chevron und Texaco dazu. Es entstand das mächtigste Kartell der Welt, die „sieben Schwestern". Durch Preisabsprachen, Aufkauf von Konkurrenzunternehmen, Ausbau der Verfügungsgewalt über Erdölressourcen und Kontrolle über fossile Brennstoffe forcierte dieses Kartell die Monopolisierung aller Energieträger und Energiequellen. Mit den Milliardengewinnen, die Shell dabei erwirtschaftete, baute der Konzern seinen Einfluß in anderen Wirtschaftssektoren, wie z.B. Chemie, Saatgut- und Pestizidproduktion, Bio- und Gentechnologie auf.
In Südafrika ist Shell der größte ausländische Multi und hält 18 % des südafrikanischen Erdölmarktes. Da es seit 1979 einen Boykott der OPEC-Staaten gegen Südafrika gibt, importiert Shell-Südafrika sein Öl aus dem Nicht-OPEC-Staat Brunei, dessen Förderanlagen zu 100 % in Besitz des Konzerns sind. Weiterhin hat Shell große Anteile an der Chemie- und Metallindustrie Südafrikas. Als weltweit größter Kohlehändler organisiert der Konzern den südafrikanischen Kohleexport nach Westeuropa. Die südafrikanische Kohle wird im Rotterdamer Hafen zu britischer Kohle umdeklariert und so kann das Importverbot der EG für südafrikanische Kohle umgangen werden.

„Gemeinsam können wir Shell aus Südafrika rauszwingen", so der Slogan des Arbeitskreises Internationale Solidarität des Amsterdamer ID-Archivs. Um eine größere Öffentlichkeit über die Kampagne zu informieren, von der die bürgerlichen Medien fast keine Notiz nehmen, haben sie umfangreiche Materialien zum Shell-Boykott zusammengestellt. Dabei werden sowohl die Machenschaften des Konzerns in Vergangenheit und Gegenwart unter die Lupe genommen als auch Diskussionspapiere und Aktionen der Solidaritätsbewegung aus verschiedenen Ländern vorgestellt.

„Grundsätzlich ist es egal", so die MacherInnen der Broschüre, „ob wir uns Shell aussuchen oder irgendeinen anderen Multi, z.B. Daimler. Wir finden es sinnvoll, sich auf einen Multi zu konzentrieren, unsere Kräfte zu bündeln. (...) Die Parole 'Shell raus aus Südafrika' halten wir für richtig. Wenn Shell als größter ausländischer Konzern gezwungen werden kann, das Land zu verlassen, dann versprechen wir uns eine Art 'Dominoeffekt' auf alle ausländischen Unternehmen. Alle werden früher oder später gehen müssen. Die daraus resultierende Wirtschaftskrise innerhalb Südafrikas wird die dort anstehende Revolution näherbringen. Und eine Revolution in Südafrika wird wegen dessen geostrategischer Bedeutung das imperialistische Machtgefüge der Welt deutlich zugunsten der ausgebeuteten Massen des Trikont verschieben."

**rw**

**Shell raus aus Südafrika — kill a multi**
**Materialien zum Shell-Boykott**
**89 Seiten Din A4, DM 8.**

**zu bestellen bei:**
**Edition ID-Archiv im IISG**
**c/o Aurora Verlagsauslieferung**
**Knobelsdorffstr.8**
**1000 Berlin 19**
**Tel.:030/3227117**

**BRASILIEN RUNDBRIEF Nr. 35/36, August 1990**
u.a. Neues von Collors Wirtschaftsplan* Kolonisation in Acre* Treffen indianischer Völker und Umweltschützer* Straßenkinder* Brief von Pedro Casaldáliga* Interview mit Metallarbeiter (CUT) Carlos Alberto dos Santos* Yanomami Gebiet: Sprengspektakel für die Weltöffentlichkeit*
Einzelpreis: 7.50,- DM, 15,- DM Jahresabonnement (4 Ausgaben)
Bezug: Brasilien Initiative Freiburg e.V., In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

---

**epd-ENTWICKLUNGSPOLITIK 11/12/90**
Information: Ärmste Entwicklungsländer: „Sozialfall der Weltwirtschaft"?* Afrika fürchtet Folgen des Klimawandels* DDR: Ausländer raus?* „Staatsterrorismus" in Kolumbien* 14. BUKO* Umweltverträglichkeitsprüfung hat ihre Grenzen* „Eine Welt für alle": Fortsetzung folgt* G-15: Mäßiger Neuanfang* Nigeria: Studenten gegen Weltbank-Kredit* Nicaragua: Gewalt nimmt zu* Pharma-Exporte: Unsinnig und gefährlich* ASA-Programm: Weiterhin nur Einbahnstraße* Südafrika-Solidaritätsbewegung will zu neuen Ufern
Analyse/Bericht: Zweite LDC-Konferenz in Paris* Winfried Polte: Nord-Süd-Politik und EG-Binnenmarkt* Al Imfeld: Die Islam-Panikmache* Hindu-Fundamentalisten in Indien* Gen-Erosion: Wem gehört das Saatgut?* Die „Eine Welt" bei ARD und ZDF
Dokumentation: Minderheitenpositionen der Enquete-Kommission des Bundestages zu Tropenwald* Aktionsprogramm für ärmste Entwicklungsländer* Perspektiven einer neuen Weltagrarhandelsordnung* Ökumene im Übergang (Konrad Raiser)* Panama: Zweifel am Weltpolizisten
Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Westerbachstr. 33-35, 6000 Frankfurt 90

---

**EPK 2/90**
Schwerpunktthema: Die letzten Kolonien
Überblicksartikel: Vom Kolonialreich zum Konfettiimperium* Die französischen Überseedepartments und -territorien* Die EG als Kolonialmacht* Länderbeispiele: Saint Martin* Polynesien* Gouadeloupe* Saint-Pierre-et-Miquelon* Belau* Usbekistan*
Außerdem: Die UNO und die Entkolonialisierung* Europas Weltraumbahnhof Kourou in Franz.-Guyana* Der Malvinen/Falkland-Krieg* Kurzbeschreibungen der letzten Kolonien* Weltkarte.
Einzelpreis: DM 6,00
Bezug: EPK (Entwicklungspolitische Korrespondenz) Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

---

**GEN-ETHISCHER INFORMATIONSDIENST (GID) Nr. 54/55/56**
Diskussionsschwerpunkt zu Perspektiven und Strategien der Kritik in den Nummern 54/55 (Fragen an die Technologien und ihre KritikerInnen) und 56 (Standpunkte) Beiträge von Bernd Klees, Gerburg Treusch-Dieter, Udo Sierck, Henk Hobbelink u.a.*
(54/55) GenTech - Schweine im Topf. Tschernobyl, Gengesetz*
(56) Bioethik-Kongreß, GenTech in Lebensmitteln, Schering-Sandoz-Deal
Doppelnummer 54/55 10,-/ Nummer 56, 5,- DM, Jahresabo 60,- DM
Bezug: GID-Redaktion, Winterfeldstr. 3, 1000 Berlin 30, 030/215 35 28.

---

**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 193, Juni 1990**
Flügellahmer Engel - Chamorros Heiligenschein bröckelt* Panama: Fünf Monate danach* Nicaragua: Tanz auf dem Vulkan* Die neue Führung - ein männlicher Technokratenhaufen* „Demokratie wie in Panama..." Interview mit einem Contra* Proyecto Luz* El Salvador: Auf der Kippe* Der Kampf geht weiter - anders* Verbrennen Sie sich nicht die Finger* Costa Rica: Lesbisch-feministisches Treffen und costaricanische Moral* International: Abtreibungsverbot - ein weltweites Problem* Nachichten - die modernste Form der Kriegsführung* Mexico: „Heiliger Geist" über den Abwässern* Im Land der Machos werden die Frauen wach* Brasilien: Kautschukzapfer - instrumentalisiert von Umweltgruppen?* Chile: Statt Gerechtigkeit: Versöhnung* Peru: Wer hat Angst vor'm Gelben Mann?* Kolumbien: Nachruf auf Carlos Pizarro León Gómez* Rezension: Bolivars Knoten
Einzelheft: 5,- DM; Abo: 55,- DM
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

---

**SAGO-BOLIVIEN INFORMATIONSHEFT Nr. 83, Mai/Juni 1990**
Karl Marx, das Ende des „realen Sozialismus" und wir von der Solidaritätsbewegung* Die Suche nach Wachstum und Stabilität, Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik der Regierung Paz Zamora* Protokoll des 10. Bolivienforums* Domitila in Berlin* Trockenheit, Frost und Ratten: Die Verelendung der Bauern nimmt kein Ende* Der Novalgin-Skandal* überraschende Entscheidung des Präsidenten; „Nein" zum Vorvertrag mit Lithco* Aktuelles u.a.: Quecksilber durch Goldwäsche, eine ernste Gefahr für den Amazonas* Anstieg der Weltzinnproduktion durch Schmuggel von Brasilien nach Bolivien* Zeitschriftenschau.
Einzelpreis: DM 2,50
Bezug: SAGO-Informationsblatt, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

---

**SÜDOSTASIEN INFORMATIONEN Nr. 2/90 (Juni)**
Schwerpunktthema Migration
Anmerkungen zum Themenschwerpunkt* Vergleich Indonesien Philippinen* Frauen als wandernde Überlebensproduzentinnen* Arbeitsmigration: Fördern oder Schützen? Vietnamesen in Osteuropa* Brief einer Vietnamesin aus der DDR* Thailändische Prostituierte in der BRD* „Gastarbeiter" und „Maids" in Singapur* Philippinische Migrantenorganisationen
außerdem: Birma: Wahlen* Ost-Timor: Ein Jahr nach der Öffnung* Ferner Buch- und Filmbesprechungen, Tagungsberichte, Berichte über Aktivitäten und Nachrichten zu Vietnam, Laos, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen.
Umfang 64 Seiten, Einzelheft DM 6,-, Abo DM 24,- (Institutionen DM 48,-)
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

---

**TRIALOG Nr. 25**
Schwerpunktthema: Angepaßte und traditionelle Technologien im Bauwesen* Angepaßte Technologien und das Bauen in Entwicklungsländern* Appropriate Technologies in the Third World* The Role of AT and Local Enterprise for Shelter in Rural India* Hurdles in the Dissemination of Technologies* Technologietransfer und Umgang mit Technologie* Reching in Urban Dweller* The Traditional Technology Trap* Die Schatten des Kunstlichtes* Ta ta ta ting ti-ing* Konferenzbericht: Globe 90 Buchrezensionen* Veranstaltungen
Einzelpreis: DM 12,00
Bezug: Magazin Verlag TRIALOG Vertrieb, Schweffelstraße 6, 23 Kiel

---

**Schrei den Zorn hinaus, Kind Afrikas - über die Plünderung eines Kontinents**
Seminar vom 21.-23. September 1990 in Amersbek, veranstaltet von DÜ (Dienste in Übersee)
Information und Anmeldung: Dienste in Übersee, Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland e.V., Gerokstraße 17, 7000 Stuttgart 1

---

**Österreich und das südliche Afrika**
Entwicklungspolitisches Forum vom 28.-29. September 1990 in Salzburg, veranstaltet vom ÖIE (Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik)
Information und Anmeldung: Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik Salzburg, Imbergstraße 2/3, 5020 Salzburg

---

**Die Perspektiven der Beziehungen Europa-Dritte Welt im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992, Lomé IV und die Umbrüche im Osten**
Europäisches Arbeitstreffen von 3.-Welt- und Solidaritätsgruppen in Straßburg, Europaparlament vom 13.-14. September 1990, organisiert vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Information und Anmeldung: Peter Wahl, Hamburger Allee 54, 6000 Frankfurt/M 90

---

**Globale Verantwortung für Frieden und Sicherheit**
Tagung vom 6.-10. August in Bonn, veranstaltet von der Stiftung Entwicklung und Frieden in Zusammenarbeit mit dem Gustav-Stresemann-Institut
Information und Anmeldung: Stiftung Entwicklung und Frieden, Dr. Ludgera Klemp, Gotenstraße 152, 5300 Bonn 2

**Primäre Gesundheitspflege und Medikamente - für einen rationalen Medikamentengebrauch**
BUKO Pharmakampagne, Internationale Konferenz vom 21. bis 23. September 1990 in Bielefeld
Information und Anmeldung: BUKO-Pharmakampagne, August-Bebel-Straße 62, D-4800 Bielefeld

---

**Welche Natur wollen wir?**
**Welche Natur haben wir?**
Symposium der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland vom 18.-21. Oktober 1990 in Darmstadt. Vorkonferenz der Frauen: Welche Natur haben wir - ANGERICHTET? Welche Natur wollen wir - SEIN?
Information und Anmeldung: Geschäftsstelle der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland, Kniebisstraße 29, 7000 Stuttgart

---

**Strategien zum Schutze der tropischen Regenwälder**
Tagung des Forums Eltern und Schule, Dortmund mit dem Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie sowie der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz, Bielefeld vom 9.-11. November 1990 in Geseke-Eringerfeld
Information und Anmeldung: Weiterbildungseinrichtung des Arbeitskreises, Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen e.V., Landesverband der GGG, Huckarder Straße 12, 4600 Dortmund 1

---

**Migration und Rassismus in Europa**
Kongreß vom 27.-30. September 1990 in Hamburg, organisiert vom Institut für Migrations- und Rassismusforschung in Zusammenarbeit mit Buntstift e.V., Hamburger Institut für Sozialforschung, Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit e.V.
Information und Anmeldung: Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13

---

Agisra München, (Hg.)
**FRAUENHANDEL UND PROSTITUTIONSTOURISMUS**
Trickster Verlag, München 1990, 368 S., DM 28.80

---

AG SPAK, (Hg.)
**COMPANERA PROSTITUIERTE - BEFREIENDE BILDUGNSARBEIT MIT PROSTITUIERTEN IN NICARAGUA**
Bezug: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2, 86 S., DM 12,00

---

Dieter Boris
**ARBEITERBEWEGUNG IN LATEINAMERIKA**
Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1990, 386 S., DM 35,00

---

Ellenberg/Bergemann
**ENTWICKLUNGSPROBLEME COSTA RICAS**
Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1990, 340 Seiten, DM 28,00

---

Helmut Koch
**ERNESTO CARDENAL, LEBEN UND WERK IN TEXTEN UND BILDERN.**
Signal-Verlag, Baden-Baden 1990, 60 S., DM 24,80

---

Renate Kreile
**ZIMBABWE: VON DER BEFREIUNGSBEWEGUNG ZUR STAATSMACHT**
Verlag Breitenbach, Saarbrücken 1990, 236 S., DM 30,00

---

Laiyin Forum e.V.
**DIE GÖTTIN DER DEMOKRATIE-CHINA 89**
Verlag Ute Schiller, Berlin 1990, 350 S., DM 29,80

---

The Scandinavian Inst. of African Studies, (Hg.)
**REFUGEES IN BOTSWANA**
Nordiska Afrikainstitutet, Uppsala 1990, Bezug: Nordiska Afrikainstitutet, P.O. Box 1703, S 75147 Uppsala, 84 S., SEK 60,00

---

Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes, Gießen, Kurdistan Komitee Köln.; Köln/Gießen 1990, (Hg.)
**GAP, GÜNEYDOGU ANADOLU PROJESI. STAUDAMM- UND BEWÄSSERUNGSPROJEKT AN EUPHRAT UND TIGRIS**
DM 5,00

---

Eduardo Galeano
**ERINNERUNG AN DAS FEUER, Bd. 1-3**
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 1080 S., DM 28,80 (je Band), DM 78,00 (Kassette)

---

Rainer Hörig
**SELBST DIE GÖTTER HABEN SIE UNS GERAUBT. INDIENS ADIVASI KÄMPFEN UMS ÜBERLEBEN.**
pogrom Reihe bedrohte Völker, Göttingen, Berlin (Ost), Wien und Bern 1990, 122 S., DM 14,80

---

Volker Janssen
**WASSER ODER LEBEN**
Ein Bericht aus Afrika und der reichen Welt
Verlag Dietz Nachf., Bonn 1990, 168 S., DM 28,80

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733

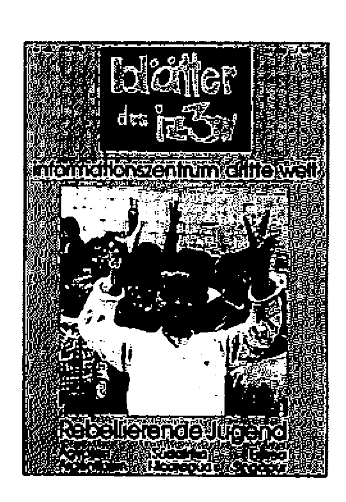
# blätter des iz3w

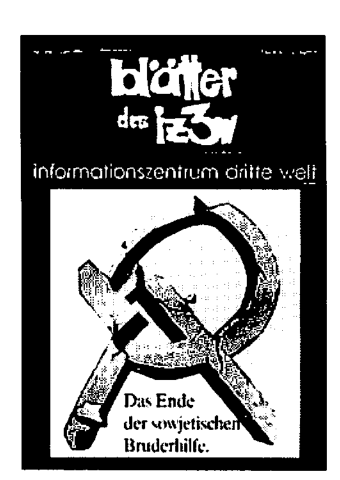
informationszentrum dritte welt - iz3w








- **seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik . . .**
- **Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt**
- **Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung . . .**
- **gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute**

erscheint acht mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,- + 1,80 Porto
**Bezug:**
**iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg**

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
☐ Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
☐ im Abonnement
☐ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
  ☐ in bar
  ☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift